Mittwoch, 6. August 1986 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 180 - 32. W. - Preis 1,20 DM - H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

exklusiv in der WELT



Ein pazifisches Zeitalter?

Noch unter Carter wurde die Pazifik-Flotte der USA zum Ersatzteillager für die atlantische Flotte degradiert. Heute fließen die Handelsströme über den Pazifik mächtiger als jene über den Atlantik, Japan ist Amerikas größter Lieferant, und alle Welt spricht von den gloriosen Aussichten eines kommenden, eines pazifischen Zeitalters. Seite 6

Heute in der WELT

Das Playboy-Imperium wankt

Die einst hoch bezahlten Playboy-Bunnies, Symbol einer neuen unbekümmerten Sexualität, haben sich als züchtige Servierinnen verdingt, die Hamburger verkaufen. Der letzte der Playboy-Clubs hat seine Pforten geschlossen. Hugh Hefners Freikörper-Imperium leidet unter Potenzstörungen. Die Nachfrage nach zellophanverpacktem Sex sinkt. Seite 3

POLITIK

Normalisierung? „DDR"-Staatschef Honecker wird voraussichtlich im Oktober zu politischen Gesprächen nach Peking reisen. Dies würde einen neuen Anfang in den seit den 60er Jahren gespannten Beziehungen zwischen Ostblock und China bedeuten.

Einladung: Die zu Verbannung verurteilte sowjetische Bürgerrechtlerin und Lyrikerin Irina Ratschinskaja ist von der britischen Regierung zur ärztlichen Behandlung nach England eingeladen worden. Diese Einladung wurde den Sowjetbehörden auf offiziellem Weg übermittelt.

Abgesetzt: Ein junger Geiger des rumänischen Ensembles „Romasul", das sich zu einer Tournee in Frankreich aufhält, hat sich von seiner Gruppe abgesetzt. Die Behörden gehen davon aus, daß Turc Sorin um Asyl bitten wird.

Schadenersatz? In den Niederlanden wird offen darüber diskutiert, ob Forderungen an Bonn gestellt werden sollen, wenn das deutsch-niederländisch-belgische Gemeinschaftsprojekt „Schneller Brüter" in Kalkar nicht ans Netz gehen sollte. (S. 5)

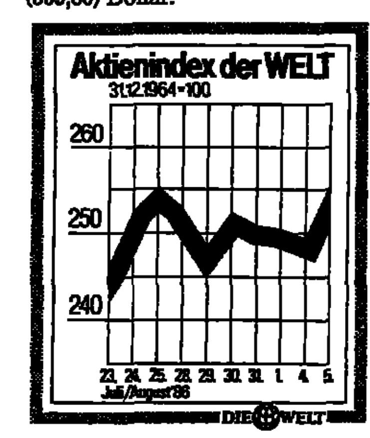
Terrorismus: Wegen Mitgliedschaft in der terroristischen „RAF" ist in Frankfurt der Prozeß gegen Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner eröffnet worden. Sie sollen der am Wochenende in Rüsselsheim verhafteten Eva Sybille Haule-Frimpong in Offenbach eine Unterkuft verschafft haben.

Reservisten: Die Soldaten der Bundeswehr werden künftig in den ersten neun Monaten nach Abschluß des Grundwehrdienstes nicht zu Wehrübungen herangezogen. Die Regelung soll zu Beginn des Jahres 1987 in Kraft treten.

WIRTSCHAFT

Rohöl: Die Opec-Konferenz hat sich auf eine Mengenbegrenzung für ihre Rohöl-Ausfuhren geeinigt. Die 13 Ölminister verabschiedeten einstimmig einen iranischen Plan, der für die nächsten zwei Monate die Ölausfuhren um bis zu vier Millionen Barrel täglich begrenzen und so die sinkenden Preise auf dem Weltmarkt stabilisieren soll. Der Markt reagierte mit starkem Preisanstieg. (S. 9)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten führte gestiegene Nachfrage gestern zu zahlreichen Plusankündigungen. Der Rentenmarkt tendierte weiter freundlich. WELT-Aktienindex 255,32 (249,48). BHF-Rentenindex 107,298 (107,238). BHF-Performance-Index 106,300 (106,211). Dollarmittelkurs 2,0983 (2,0801) Mark. Goldpreis je Feinunze 358,50 (359,80) Dollar.



KULTUR

Barbizon: Der Ort übt noch heute seine Anziehungskraft auf Künstler aus. Junge Maler treffen sich hier regelmäßig wie auf dem Montmartre. Das bunte Gemisch lockt viele Touristen an. (S. 15)

Schloßhof: Lortzings „Hans Sachs" in Heidelberg. Seine Typen bemühen sich vergebens, zu Charakteren zu werden. Es wird deutlich – dieser „Sachs" bleibt weiter im Abseits stehen. (S. 15)

SPORT

Schach: Garri Kasparow steht bei der Weltmeisterschaft vor seinem ersten Sieg über Anatoli Karpow. Die vierte Partie wurde mit deutlichen Vorteilen für den Titelverteidiger unterbrochen. (S. 14)

Tennis: Daviscup-Spieler Michael Westphal steckt in einer tiefen Krise. In Kitzbühel verlor er zum neunten Male hintereinander in der 1. Runde eines Grand-Prix-Turniers; diesmal gegen Perez.

AUS ALLER WELT



Farbe: „Das Schönheitsfleckchen" nach einem Stoff von Alfred de Musset hieß der erste deutsche Farbtonfilm, der vor 50 Jahren mit Lil Dagover (Foto) als Madame Pompadour über die Leinwand flimmerte. Die Farbqualität wurde seinerzeit für gut befunden, die Helligkeit litt. (S. 16)

Witwen: Unsere Gesellschaft wird nicht unerheblich von den Problemen der etwa sechs Millionen Witwen und Witwer geprägt. Die Bewältigung des Alleinseins – ein Forschungsauftrag. (S. 16)

Lafontaine wirft Leinen drei Fehlentscheidungen vor

Aber er hält an dem Umweltminister fest / „Konsequenzen" bei Behörden

fac. **Bonn/Saarbrücken**

Der Umwelt-Skandal an der Saar erhält eine neue politische Dimension: Die Opposition nimmt jetzt Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD), der trotz massiver Kritik eine Entlassung Minister Jo Leinens ablehnt, fest ins Visier. Lafontaine hatte gestern nach einer Sitzung des Kabinetts dem Umweltminister öffentlich eine Reihe von „Fehlentscheidungen" vorgeworfen. Außerdem kündigte er personelle und organisatorische Maßnahmen in den zuständigen Behörden des Landes an. Die Entlassung eines Ministers, so gab der Regierungschef vor der Landespressekonferenz zu verstehen, komme für ihn aber erst nach einer Serie von Fehlern in Frage.

Leinen wurde von Lafontaine kritisiert, da er dreimal vorschnell Erklärungen abgegeben habe. So habe Leinen fälschlicherweise die Kokerei Fürstenhausen als Verursacher des Fischsterbens beschuldigt und von einer Schließung des Betriebes berichtet, obwohl dies nicht den Tatsachen entsprochen habe. Schließlich habe auch die Aussage des Ministers nicht nachgewiesen werden können, daß das giftige Zyanid in zwei Schüben in die Saar eingeleitet worden sei. Lafontaine fügte hinzu, er gehe „davon aus, daß sich solche Fehlentscheidungen nicht wiederholen werden".

Der Ministerpräsident schloß auch aus, daß jetzt einzelne Beamte verantwortlich gemacht würden. Während einer Sondersitzung des Landtags am Freitag will der Ministerpräsident den Abgeordneten mitteilen, wie er sich die „Konsequenzen" vorstellt. Wie Regierungssprecherin Zimmermann der WELT bestätigte, hat das Kabinett das Umweltressort von dem aufgrund der Finanzprobleme erforderlichen Stellenabbau ausgenommen. Der Umweltalarmplan des Landes solle überarbeitet werden. Künftig seien außerhalb der Dienstzeiten und am Wochenende das zügige Eingreifen der Umweltbehörden und die rechtzeitige Information der politischen Führung gewährleistet.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Günther Schwarz, warf Lafontaine wegen seiner Weigerung, Leinen zu entlassen, „Flucht aus der politischen Verantwortung" vor. Lafontaine fürchte offensichtlich „unkalkulierbare Reaktionen Leinens", die möglicherweise die parlamentarische Mehrheit der SPD gefährden könnten. Der Ministerpräsident, so Schwarz, sei „politisch erpreßbar" geworden.

Mit Empörung quittierte die CDU Lafontaines Attacken gegen den rheinland-pfälzischen Umweltminister Klaus Töpfer (CDU). Der Ministerpräsident hatte Töpfer als „ahnungslosen Schwätzer" bezeichnet. Bei den saarländischen Behörden sei zwar wegen zu später Analysen Zeit verspielt worden, doch sei der Vorwurf, ein schnelleres Handeln hätte die Katastrophe begrenzen können, „schäbig, unkollegial und in höchstem Maße sachunkundig". Nach dem Einleiten des Zyanids habe niemand das Fischsterben stoppen können. Unter Anspielung auf die Kießling-Affäre um Bundesverteidigungsminister Wörner setzte Lafontaine hinzu: „Ich nenne das ‚wörnern'; das ist ein neudeutsches Wort für das unbegründete Beschuldigen anderer und Selbstamnestieren."

DER KOMMENTAR

Erstmals uneins

REINER GATERMANN

In ihrer nüchternen Art hat Frau Thatcher ihren Gesprächspartnern einige Dinge klargestellt: Das Commonwealth allein kann Südafrika nicht wirkungsvoll boykottieren, seine lange Liste von Maßnahmen kann nicht viel ausrichten; dagegen können einige wenige Beschlüsse Europas auf Pretoria eine „Schockwirkung" haben. Deswegen ist es nur logisch, daß London einer konzertierten Aktion von EG, USA und Japan den Vorzug gibt – allerdings nicht in der Form, daß Südafrika wirtschaftlich schweren Schaden nimmt.

Zudem räumte Frau Thatcher mit dem Wunschdenken auf, eine solche extrem vielfältige staatspolitische Mischung, wie sie die „Völkerfamilie" darstellt, dürfe zur Wahrung ihrer Existenzberechtigung nur einheitliche Beschlüsse fassen. „Jeder von uns hat unterschiedliche Positionen und unterschiedliche Perspektiven", stellte die Premierministerin fest. Dabei ist es nun keineswegs so, wie Rajiv Gandhi behauptete: Großbritannien sei der große Ve[...]rer und das Commonwe[...] werde dadurch gestärkt, [...] London nun die Führerr[...] nicht mehr innehabe. Viele [...]ten sind schon lange der A[...]sicht, daß das Commonweal[...] mehr Nachteile als Vortei[...] bringe.

Was von viel größerer Bedeu[...]tung ist: Mit ihrem Standpunk[...] hat Frau Thatcher Großbritan[...]nien auf eine Position gebracht, die ihm viel natürlicher erscheinen muß als diese künstliche und undefinierbare Rolle als „Führer des Commonwealth". Großbritannien hat erneut und nachdrücklich unter Beweis gestellt, daß es zu Europa gehört und zur EG gehören will. In diesem Verbund liegt auch seine Zukunft.

Einige Commonwealth-Mitglieder sehen darin eine Art Verrat. Das sind zumeist die, die am wenigstens zum Familienzusammenhalt beigetragen haben. Sie tun sich selbst keinen Gefallen, wenn sie Großbritannien vor die Wahl zwischen Europa und Commonwealth stellen.

„London verliert die Führungsrolle"

Bruch des Commonwealth verhindert / Thatcher schert bei Sanktionen gegen Pretoria aus

gtm./DW. **London**

Die Uneinigkeit über Sanktionen gegen Südafrika auf der Mini-Konferenz von sieben Commonwealth-Staaten in London hat zwar nicht zum Bruch der Völkerfamilie geführt, doch werden allgemein negative Auswirkungen auf die Gemeinschaft erwartet. Nachdem sechs der sieben Regierungschefs sich auf einen Elf-Punkte-Katalog geeinigt hatten – die britische Premierministerin schloß sich diesem Programm nicht an –, erklärte der Australier Robert Hawke, die britische Position im Commonwealth werde sich durch die erstmals festgeschriebene Isolierung Londons verändern.

Ähnlich äußerte sich der indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi. Großbritannien könne sich nicht mehr als Führer betrachten, nachdem es wirtschaftliche Gesichtspunkte über die Grundwerte des „Klubs" gestellt habe.

Frau Thatcher hatte sich während der zweitägigen Beratungen nur „sträubend" zu äußerst begrenzten Sanktionen in Form eines freiwillig von britischen Firmen einzuhaltenden Investitionsverbots und Werbeverbots für den Südafrika-Tourismus bereiterklärt. Außerdem will sie einem von der EG vorgeschlagenem Einfuhrverbot für Kohle, Eisen, Stahl und Goldmünzen zustimmen, falls dieses tatsächlich von der EG verhängt werden sollte. Auch nach ihrer Entscheidung für begrenzte Sanktionen sagte die Regierungschefin, sie glaube nicht, daß diese etwas bewirken könnten.

Während die Haltung von Frau Thatcher in einem Kommentar des staatlichen südafrikanischen Rundfunks gelobt wurde, reagierte die südafrikanische Wirtschaft gestern nervös auf die Beschlüsse von London. Als Reaktion auf die Sanktionen sank an den Devisenmärkten der Kurs der südafrikanischen Währung.

Der von den sechs Regierungschefs (Kanada, Australien, Indien, Sambia, Zimbabwe und Bahamas) verabschiedete Maßnahmenkatalog, der nicht nur den übrigen Commonwealth-Mitgliedern, sondern auch der „internationalen Gemeinschaft" zur Nachahmung empfohlen wird, beginnt mit den bereits im Herbst 1985 in Nassau beschlossenen, aber bisher nicht in Kraft gesetzten Sanktionen.

Dazu gehören der Abbruch der Flugverbindungen mit Südafrika, das Verbot von Investitionen und Reinvestitionen von Unternehmensgewinnen, ein Importstopp von südafrikanischen Landwirtschaftsprodukten, die Kündigung der Doppel-Besteuerungsabkommen, die Beendigung von Regierungsbeihilfen für Investitionen in und den Handel mit Südafrika, das Verbot einer Vergabe von Regierungsaufträgen an Unternehmen, die mehrheitlich in südafrikanischem Besitz sind sowie das Werbeverbot für Südafrika-Reisen. Diese Liste wurde jetzt noch ergänzt durch ein Verbot von Bankkrediten sowohl an den öffentlichen als auch den privaten Sektor, ein Importboykott von Kohle, Erz, Uran und Stahl sowie die Beschränkung der Tätigkeiten von Konsulaten in Südafrika.

Arbeitslosen-Zahl leicht gestiegen

DW. **Nürnberg**

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland ist im Juli aus saisonbedingten Gründen um 53 643 auf 2,131 828 Millionen gestiegen. Wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, gestern mitteilte, stieg die Arbeitslosenquote von 8,4 Prozent im Juni auf 8,6 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter nahm um 31 059 auf 86 905 ab, die der offenen Stellen ging um 2937 auf 169 595 zurück. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen betrug im Juli 2 212 000 (Juni 2 229 000).

Physiker-Boykott wegen Jurij Orlow

DW. **Genf**

Rund hundert westliche Physiker werden eine Konferenz vom 7. bis 11. August in Nowosibirsk boykottieren. Sie wollen damit ihre Besorgnis über das Schicksal des sowjetischen Physikers und Gründers einer Menschenrechtsgruppe, Jurij Orlow, ausdrükken, der nach sieben Jahren Haft in der Verbannung nahe dem Polarkreis lebt. Die Initiative geht vom niederländischen Nobelpreisträger Simon van der Meer und Wissenschaftlern des Europäischen Kernforschungszentrums (CERN) in Genf aus.

Israel will Juden in der UdSSR helfen

DW. **Moskau/Tel Aviv**

Die Probleme der Juden in der UdSSR sind nach den Worten des israelischen Ministerpräsidenten Peres ein Thema der bevorstehenden Gespräche mit der Sowjetunion. Bei den Kontakten steht die Einrichtung von Konsulaten im Vordergrund. Das deute zwar ein Ende der teilweise bestehenden Isolation Israels an, sei jedoch kein Durchbruch. In Moskau hieß es, es werde kein Botschafter entsandt, solange das Nahost-Problem nicht gelöst sei.

Rappe für neues Überstundengesetz

AP, **Hamburg**

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie, Hermann Rappe, hat ein Gesetz angeregt, nach dem künftig nur noch ein Viertel der geleisteten Überstunden bezahlt werden darf und der Rest in Freizeit abgegolten werden muß. In einem Interview mit der „Bild"-Zeitung schätzte Rappe, daß durch eine solche Regelung rund 100 000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Jeder Betrieb müsse einzeln regeln, wie die Freizeit verteilt werden solle.

Kohl behält sich Entscheidung vor

Botschafterposten in Pretoria weiter offen / Baum kritisiert Strauß

ms. **Bonn**

Das Bundeskanzleramt hat in einer Erklärung gegenüber der WELT klargestellt, daß Bundeskanzler Helmut Kohl bislang keine Entscheidung über die Neubesetzung des Botschafterpostens in Südafrika getroffen hat. In der Erklärung wird betont, mit dem Kanzler habe bisher „weder Bundesaußenminister Genscher noch ein von ihm Beauftragter über die personelle Besetzung in Pretoria gesprochen. Infolgedessen kann es weder Zustimmung noch Ablehnung des Bundeskanzlers zu der Absicht Genschers geben, den Diplomaten Hans-Günter Sulimma zum Botschafter am Kap zu ernennen. Das Thema stehe auch nicht auf der Tagesordnung des Kabinetts.

Wie das Kanzleramt erklärte, hat sich Bundeskanzler Kohl vorbehalten, „daß Personalien nur in seiner Anwesenheit im Kabinett beraten und entschieden werden. Diese Anordnung hat der Kanzler vor Beginn der Sommerferien bekräftigt".

Die geplante Besetzung des Botschafterpostens in Pretoria mit Sulimma war vor allem bei Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß auf Mißfallen gestoßen. Wie ein CSU-Sprecher gestern in München bestätigte, hält Strauß den Afrika-Beauftragten des Auswärtigen Amtes „schlicht für den falschen Mann" und den Vertreter einer entgegengesetzten Afrika-Politik. Der Sprecher kündigte an, daß die CSU das jetzt „anmahnen" werde, nachdem Genscher in Abwesenheit des Bundeskanzlers Sulimma im Kabinett zur Sprache gebracht habe.

Anlaß für die Kritik der CSU an Sulimma ist offenbar ein interner Bericht des Beamten über seine letzte Dienstreise durch Südafrika. Darin waren kritische Bemerkungen über den gemäßigten Zulu-Führer Buthelezi enthalten, den Strauß für einen auf friedlichen Ausgleich in Südafrika bedachten Mann hält.

DW. **Bonn**

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum bezeichnete die jüngsten Attacken des bayerischen Ministerpräsidenten auf Außenminister Genscher als „Angriff auf die Substanz der Regierung". Baum sagte gestern in einem Interview der „Deutschen Welle", die „Regionalgliederung Bayern" der Union stelle die Außenpolitik der eigenen Regierung in Frage. Er fügte hinzu: „Die FDP wird auf diese Außenpolitik nicht verzichten und nicht auf den Mann, der sie verwirklicht. Und das ist Genscher." Aus den Worten von Strauß sei auch zu spüren, daß er am liebsten selbst in Bonn Außenminister sein würde.

Genscher, der sich zu den Angriffen auf seine Politik und seine Personalentscheidungen bisher nicht geäußert hat, befindet sich zu zweitägigen Gesprächen mit seinem Amtskollegen Raif Dizdarevic in Jugoslawien. Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Tanjug geht es bei dem Meinungsaustausch der beiden Politiker vorrangig um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bonn und Belgrad.

Koalition mit 52 Prozent vorn

E.N. **Bonn**

Zufriedenheit mit dem politischen System und mit den Leistungen der Bundesregierung hat die überwiegende Mehrheit der Befragten bei zwei zeitgleichen Meinungsbefragungen in der Bundesrepublik Deutschland geäußert. „Ipos" (Mannheim) und die mit diesem Institut verbundene „Forschungsgruppe Wahlen" attestierten, daß „wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre", die Koalition mit 52 Prozent vorn liegen würde.

Seite 4: Bundesregierung im Aufwind

Staatshilfe für die Werften?

geo, **Kiel**

Der frühere Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein, Gerd Lausen, sieht vor dem Hintergrund der weltweiten Werftenkrise für die Werften in der Bundesrepublik Deutschland ohne staatliche Hilfe kein Überleben. Lausen, heute Vorstandsvorsitzender der Landesbank, spricht sich in einem Konzept für eine den „bisherigen Rahmen sprengende Subventionierung durch die öffentlichen Hände" aus.

Seite 9: Neuer Plan

Shultz attackiert US-Weizenpolitik

DW. **Washington**

US-Außenminister George Shultz lehnt subventionierte Getreideverkäufe der USA an die Sowjetunion weiterhin ab. Die Sowjets müßten „sich schütteln vor Lachen", daß ihnen das Getreide billiger verkauft werde als einer amerikanischen Hausfrau. Shultz weiter: „Ich finde es lächerlich. Ich glaube nicht, daß es irgend einen Sinn macht. Es ist falsch." Ein Wahrzeichen der US-Regierung sei ihr anti-sowjetischer Kampf um globale politische und wirtschaftliche Freiheit gewesen. Nun, da dieser Kampf fast gewonnen sei, werde angesichts von Schwierigkeiten die Freiheit zurückgestellt.

Shultz hatte die Pläne für den Verkauf von subventioniertem Weizen schon in der vergangenen Woche als „lächerlich" hingestellt, als Reagan noch keine Entscheidung getroffen hatte, da verschleierter Protektionismus zu einem „Subventionskrieg" führen werde.

Schachzug mit globalen Folgen

DW. **Peking**

China hat in seiner Stellungnahme zur Ankündigung Gorbatschows, Truppenteile aus Afghanistan abzuziehen, zurückhaltend, aber nicht unfreundlich reagiert. Einer der Gründe ist wohl die gleichzeitige Ankündigung, mit der Mongolischen Volksrepublik über die Verminderung des dort stationierten 60 000 Mann starken sowjetischen Truppenkontingents zu sprechen. Insofern ist der angekündigte Abzug von sechs strategisch und taktisch unwichtigen Regimentern aus Afghanistan nichts anderes als eine Propagandageste, um Peking freundlich für die eigentlichen strategischen Veränderungen zu stimmen. Für den Westen kann der Schachzug Moskaus globale Folgen haben: Die Bindung sowjetischer Truppen im fernen Osten läßt nach und die Sowjets gewinnen „Masse" für die Abrüstungs-Verhandlungen mit dem Westen.

Seite 2: Langer Marsch nach China

Japan lädt Gorbatschow ein

rtr, **Tokio**

Japan hat den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow zu einem Besuch nach Tokio eingeladen. Vertreter des Außenministeriums berichteten in Tokio, man hoffe, daß die Visite vor Ende Januar kommenden Jahres stattfinden werde. In der Einladung, die dem sowjetischen Botschafter in Japan, Nikolai Solowjew, von Außenminister Tadashi Kuranari übermittelt wurde, wurde erstmals ein Zeitplan für einen solchen Besuch vorgeschlagen.

Er wisse, daß Gorbatschows Terminplan voll sei, hoffe aber auf eine baldige Antwort, sagte der Außenminister dem Botschafter. Im Juli hatte der sowjetische Parteichef gesagt, es gebe Anzeichen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, gegenseitige Besuche der politischen Führer stünden auf dem Plan. Der japanische Ministerpräsident Kakuei Tanaka hatte die UdSSR 1973 besucht.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Stoltenberg zurrt fest

Von Hans-Jürgen Mahnke

Gerade in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind Klarstellungen immer notwendig, selbst wenn sie fast schon die Form eines Rituals annehmen. Ob Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg mit seiner erneuten Beteuerung, die Bundesregierung werde an ihrem auf ein dauerhaftes, inflationsfreies und sich selbst tragendes Wachstum ausgerichteten Kurs festhalten, bei den Amerikanern Eindruck hinterlassen hat, ist allerdings äußerst zweifelhaft. Dafür sind die Forderungen aus Washington an die Europäer und Japaner, mehr für ihre Konjunktur zu tun, auch zu sehr innenpolitisch geprägt. Denn es stehen wichtige Wahlen ins Haus.

Das macht zwar das Drängen der Amerikaner verständlich, da weiter sinkende Zinsen die Wirtschaftskräfte stimulieren und steigende Exporte die angekratzten US-Außenbilanzen aufpolieren würden. Aber dies rechtfertigt keinen geld- und finanzpolitischen Kurswechsel in der Bundesrepublik. Immerhin darf nicht übersehen werden, daß die deutsche Konjunktur nach der Winter- und Frühjahrsschwäche zur Jahresmitte hin angesprungen ist, daß die Aussichten für eine Fortsetzung des Aufschwungs auch für 1987 äußerst günstig sind. Daran ändern auch die jüngsten Zahlen vom Arbeitsmarkt nichts. Die leichte Zunahme der Arbeitslosigkeit im Juli ist jahreszeitlich bedingt. Schulentlassungen, das Auslaufen von Ausbildungsverhältnissen treffen mit Betriebsferien zusammen.

Die USA sollten hier nicht immer die internationale Zusammenarbeit beschwören. Sicher, im September haben die Notenbankenchefs und die Finanzminister der fünf führenden Industrienationen des Westens mit ihrem koordinierten Vorgehen den Kursverfall des Dollar eingeleitet. Inzwischen haben die USA mit ihren einseitigen Zinssenkungen diese gemeinsame Linie verlassen. Koordination bedeutet nicht, daß einer den Ton angibt und die anderen folgen. Zunächst hat der rasche Kursverfall des Dollar den USA nicht geholfen. Das konnte auch nicht erwartet werden. Solche Anpassungen brauchen ihre Zeit. Wer sich die nicht nimmt, schafft sich immer neue Probleme. Daß die Bundesregierung diese nicht auch noch importieren will, ist sicher richtig.

Wechsel in Kolumbien

Von Friedrich Bast

Am 7. August übergibt Belisario Betancur seinem Nachfolger Virgilio Barco das Amt des 106. Präsidenten Kolumbiens. Die letzten sieben konnten ihre Amtszeit von vier Jahren vollenden, in Südamerika bemerkenswert. Barcos Wahlsieg war keine Überraschung, wohl aber überraschte der Entschluß der besiegten Konservativen Partei, nicht mehr an der Regierung teilzunehmen, wie es seit 1958 der Fall war, sondern in der Opposition nach der verlorenen Identität der Partei zu suchen.

Das kann Kolumbiens demokratisches Leben bereichern, und dabei wird Belisario Betancur als letzter dem Namen nach konservativer Präsident weiter eine große Rolle spielen. Es gereicht der liberalen Mehrheit im Parlament zur Ehre, daß sie der Versuchung widerstand, ein Scherbengericht über Betancurs Rolle bei den Gewaltakten der Guerrilla im Justizpalast von Bogotá zu veranstalten. Sie lehnte eine Anzeige des Generalstaatsanwaltes ab, die den Weg dazu öffnete.

Ohnehin erwarten Barco überwältigend große Probleme. Er muß nun zum Befriedungsprozeß vorstoßen, der unter Betancur bei einem umstrittenen, allzu oft gebrochenen Waffenstillstand mit den Guerrillagruppen stehen blieb. Barco wird aber den Bemühungen der Contadoragruppe in Mittelamerika wesentlich weniger Zeit widmen wollen als sein Vorgänger.

Untrennbar mit der Befriedung des Landes ist der Kampf gegen das organisierte Verbrechen verbunden, bei dem so viele Kolumbianer in den letzten Jahren das Leben verloren. Kolumbien (4,5mal so groß wie die Bundesrepublik mit weniger als der Hälfte ihrer Bewohner) ist ein an Bodenschätzen – unter anderem Kohle, Erdöl, Smaragde, Gold – reiches Land mit bedeutender Viehzucht und ertragreichen Kaffeepflanzungen. Seine Häfen am Atlantischen und am Stillen Ozean geben ihm ebenso wie die enge Verbindung zur Karibik und zum Amazonasbecken große Möglichkeiten, die es nie wirklich auszunutzen verstand. Es gelang bisher nicht, genügend Arbeitsplätze zu schaffen und eine gerechte Einkommensverteilung zu erzielen. Der Ruf, der Barco als gediegenem und erfahrenem Administrator vorausgeht, trägt zur Hoffnung bei, daß er diesen Aufgaben gewachsen ist.

Um drei Ecken

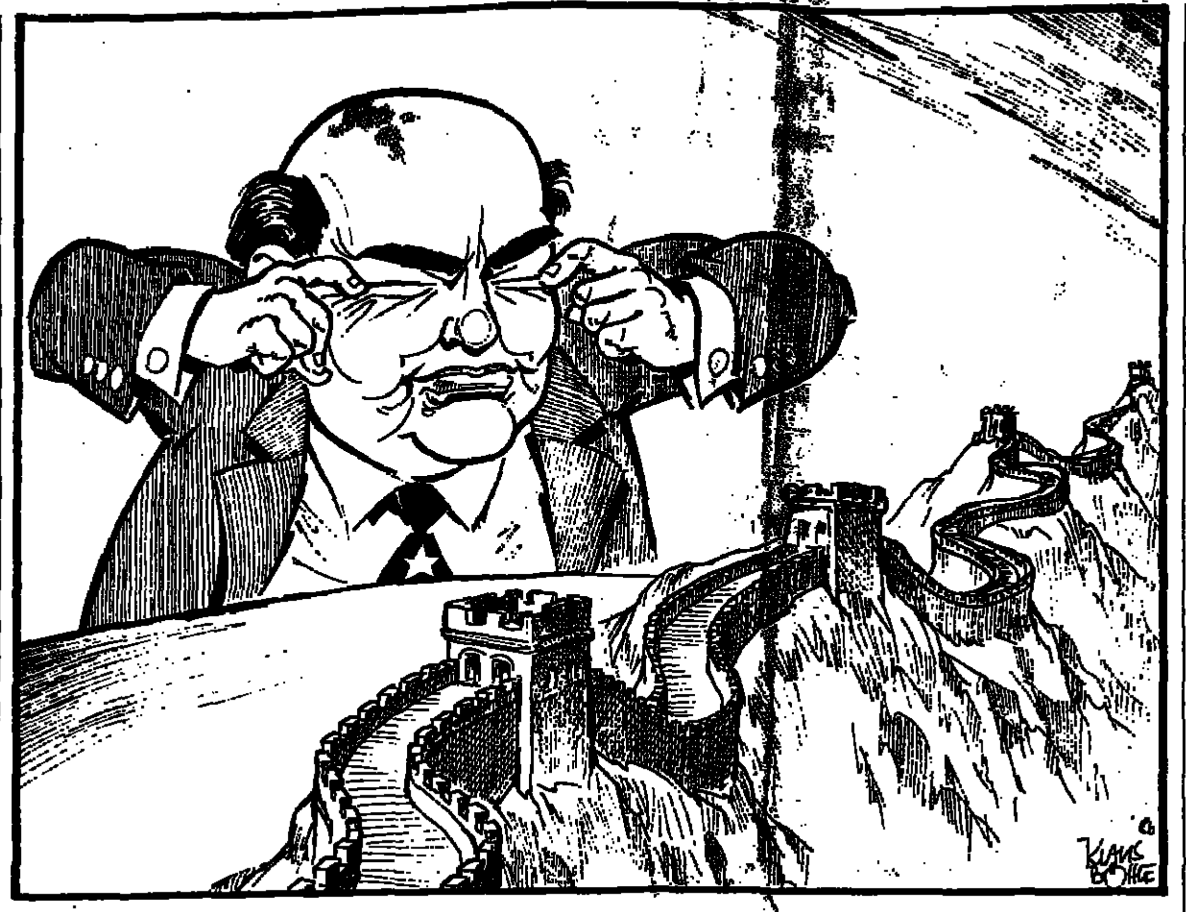
Von Detlev Ahlers

Auch private Fernseh- und Radio-Sender bedürfen eines öffentlich-rechtlichen Daches; das war bislang die conditio sine qua non der SPD. Und die Werbung bedarf einer strengen Reglementierung, meint die Partei. Die Grünen sind allerdings auch bei der Erfüllung dieser Bedingungen nicht bereit, private Veranstalter zuzulassen. Außer ...

Ja, zum Beispiel außer illegal agierenden Sendern; denen gebührt Sympathie, wenn nicht gar finanzielle Hilfe. Das wurde vor einiger Zeit deutlich auf einer Pressekonferenz der Grün-Alternativen Liste Hamburgs, die sich mit der Medienzukunft auseinandersetzte. Privates Radio, so sagte die GAL, sei von Übel. Ein paar Tage zuvor hatte sie allerdings ihre Unterstützung für das „Radio Freies Wendland" bekundet, einen mobilen Sender, der ein zum Teil durchaus witziges Anti-Atom-Programm rund um die Gorlebener Auseinandersetzungen machte, aber auch Aufrufe zur Gewalt und taktische Empfehlungen ausstrahlte.

Inzwischen sind Teile der SPD auf diese grüne Linie eingeschwenkt – am anderen Ende der Republik, in Freiburg. Dort gibt es den ältesten illegalen Sender, das „Radio Dreyeckland", das weder ein öffentlich-rechtliches Dach hat, noch auf Werbung verzichtet – allerdings wirbt es nicht für Waschmittel, sondern für Gesetzesverstöße. Aber das kann man tolerieren, denken einige Mitglieder der Freiburger SPD-Stadtrats-Fraktion, die dem „Freundeskreis" des Senders angehören. Man sieht auch darüber hinweg, daß „Radio Dreyeckland" keineswegs darauf verzichtet, seine Werbung sonntags zu verbreiten.

Wenn man etwas toleriert, sich gar als „Freund" geriert, sticht schärfer hervor, was man verteufelt. Es gibt Staaten, in denen darf praktisch jeder jeden Unfug ausstrahlen, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen – Italien zum Beispiel. Die Unterstützung von „Radio Dreyeckland" durch Teile der SPD ließe sich so auslegen, daß dieser Zustand angestrebt werde. Dem ist aber nicht so. Private Veranstalter, die nicht zur Gewalt aufrufen und überhaupt „die Meinung des anderen" vertreten, müssen nach wie vor seitens der SPD mit jeder Schikane rechnen.



Schöne Augen nach Fernost — KLAUS BÖHLE

Langer Marsch nach China

Von Herbert Kremp

Die Chinesen haben zurückhaltend, aber nicht unfreundlich auf die Rede Gorbatschows in Wladiwostok reagiert, die in erster Linie an ihre Adresse gerichtet war. Die Avancen gingen weit über Breschnews Lockruf von Taschkent im März 1982 hinaus, sie versprechen zum erstenmal konkrete Entlastung auf dem Gebiet der Rüstungen.

Die Sowjets haben vom Krisenjahr 1969 an etwa eine Million Soldaten an der russisch-mongolischen Grenze stationiert – die Schätzzahlen schwanken zwischen 40 und 50 Divisionen –, hinter denen später 171 Raketensysteme vom Typ SS-20 (513 Atomsprengköpfe) aufgebaut wurden. Die Chinesen modernisieren sehr langsam und bei abschmelzendem Wehretat – zur Zeit 11,9 Prozent der Staatsausgaben, 1950 noch 41 Prozent – ihre Streitkräfte. Sie entließen bisher 800 000 Mann, aus vorwiegend ökonomischen Gründen, ohne Gegenleistung der sowjetischen Seite. Für Moskau öffnet sich ein Spielraum zur Reduzierung, der globale und rüstungs-diplomatische Folgen haben kann: Die Bindewirkung Chinas läßt nach, und die Sowjets gewinnen „Masse" für die West-Verhandlungen über konventionelle Abrüstung.

Der Westen tut also gut daran, die ostasiatische Schachpartie Gorbatschows ernst zu nehmen. Die Ankündigung des Generalsekretärs, mit der Mongolischen Volksrepublik über die Verminderung seines dort stationierten 60 000 Mann starken Kontingents zu sprechen, ist neu. Bisher lehnten die Sowjets einen derartigen Schritt unter Hinweis auf die angebliche Souveränität Ulan Bators ab. Truppenverminderungen an der chinesisch-sowjetischen Grenze liegen im beiderseitigen Interesse. Bei den acht Konsultations-Runden in Moskau und Peking vor Wladiwostok hatte sich auf diesem Gebiet nichts gerührt. Das kann bei der neunten Runde im Oktober anders werden.

Der Abzug von sechs strategisch und taktisch unwichtigen Regimentern aus Afghanistan bedeutet demgegenüber eine (un)reine, etwas zynische Propaganda-Geste – das weiß man in Asien besser als in Europa. Der Krieg in Zentralasien wird weitergehen. Auch der in Kambodscha und Laos. Zu der chinesischen Forderung, die Hilfe für Vietnam einzustellen, äußerte sich Gorbatschow mit keinem Wort. Statt dessen empfahl er den Chinesen, „kameradschaftliche Dialoge" mit Hanoi aufzunehmen. Daran denken die Führer in Peking nicht: Sie halten Vietnam unter militärischem Druck, was die Sowjets wiederum drei Milliarden Dollar scharfgeladener Entwicklungshilfe pro Jahr kostet.

Die Wladiwostok-Rede Gorbatschows zeigt also zweierlei: Die Sowjets suchen in der ostasiatisch-pazifischen Region finanzielle Entlastung und Anschluß an die dynamischen Veränderungen. Im Unterschied zu den Amerikanern haben sie nach dem Kriege keinen politischen und wirtschaftlichen Anschluß an die prosperierenden Zentren dieses Teils der Welt gefunden. Ihre Freunde und Verbündeten dort – Vietnam (mit Laos und Kambodscha), Nord-Korea, Mongolische Volksrepublik – sind rein militärische Faktoren mit unterentwickelten sozialistischen Ökonomien, sozusagen spartanische Staaten. Afghanistan ist in sich gespalten und vorerst nicht zu befrieden. Der asiatische Teil der Sowjetunion – er ist der größere Teil des Landes – fügt sich in dieses Bild ein: Die Militärstruktur ist stärker als die Wirtschaftsstruktur, zu deren Entwicklung das Geld fehlt.

Wie sich die Sowjetunion unter diesen Umständen an der „Dynamik" des pazifischen Raumes beteiligen will, ist den Kennern schleierhaft. Sie verfügt über Flotte und Position von ihrer Pazifik-Küste bis Vietnam, über sonst nichts. Wachstum und Zukunft liegen auf der anderen Seite, in der pazifischen Gegen-Welt von Amerika, Japan, Süd-Korea, Taiwan, Teilen Südostasiens. Dort entstehen magnetische Kräfte, von denen sich auch China angezogen fühlt. Seine Öffnung gegenüber den USA, Japan und Europa ist die große Revolution der achtziger Jahre. Die Formel von der politischen Äquidistanz, vom gleichen politischen Abstand gegenüber den Weltmächten, ist ein Schleier, hinter dem sich Unabsehbares verbirgt.



Suche nach Entlastung: Gorbatschow in Wladiwostok — FOTO: DPA

Die eingeschränkte Weltmacht-Rolle der Sowjetunion wird in Fernost deutlicher sichtbar als in Europa, wo Moskau kontinentale Faustpfänder hält. Für den Asiaten bedeutet der Sowjetmensch nicht viel – er hat Waffen und eine sozialistische Mafia in der Dritten Welt. Das militärische Potential schrumpft mit den Weiten, und die Unterentwickelten sind kein Gegenstand asiatischer Ethik. Gesprochen hat Gorbatschow im Grunde nur zu den Chinesen. Im Reich der Mitte regiert das wirtschaftliche Interesse, Maos Weltrevolution ist zur Geschichte geworden, der zelotische Sozialismus verschwindet hinter der Formel: Ein Staat, zwei Systeme. Gesellschaftspolitisch hat China sich heute weiter von der Sowjetunion entfernt denn je. Doch wird das Experiment, um das es sich immer noch handelt, nur gelingen, wenn die Militärlasten kalkulierbar bleiben und die alte maoistische Militär-Elite in Pension geschickt werden kann. Darauf stellt Gorbatschow sein Werben ab.

Seine Ankündigung einer Truppenreduktion paßt zu der Maxime Deng Xiaopings, China benötige für seine Modernisierung eine „friedliche Umwelt". Druck von den Grenzen zu nehmen bedeutet jedoch nicht „Entspannung" oder gar „Annäherung" – die europäische Denkschablone paßt nicht auf Asien. Man tut ganz einfach etwas zum beiderseitigen Nutzen. Daß dadurch in der eurasischen Dimension militärpolitische Gewichte verändert werden könnten, interessiert die Sowjets und den Westen mehr als die sehr kühlen, mit sich selbst beschäftigten Chinesen.

IM GESPRÄCH Orlando Bosch

Castros Geisel in Caracas

Von Günter Friedländer

Im Oktober 1976 explodierte eine Bombe in einem kubanischen Flugzeug nach dem Abflug von Barbados. An Bord befand sich die Mannschaft kubanischer Fechtmeister, die von einem Wettkampf in Guyana, nach Zwischenlandungen in Trinidad und Barbados, heimreiste. Dreiundsiebzig Passagiere kamen ums Leben. In Trinidad wurden zwei Venezolaner verhaftet, die die Bombe gelegt hatten, während die venezolanische Polizei in Caracas zwei Exilkubaner in Gewahrsam nahm. Einer war Orlando Bosch.

Dieser Mann hat eine Vorgeschichte: Er wurde 1968 in den USA wegen eines Attentates gegen ein polnisches Schiff im Hafen von Miami zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, benutzte aber seine provisorische Freilassung, die USA zu verlassen. Wohl deshalb vermutete man, daß Bosch der intellektuelle Urheber des Anschlags auf das kubanische Flugzeug sein könnte. In den fast zehn Jahren seither konnte jedoch kein Beweis für eine Mittäterschaft von Bosch erbracht werden. 1980 sprach ihn ein Militärgericht frei, und soeben gelangte ein Zivilgericht zu derselben Wertung. In den sechs Jahren zwischen den beiden Urteilen beschäftigten sich Berufungsinstanzen mit Formfragen, während Bosch für ein Verbrechen im Gefängnis blieb, das er nach Ansicht seiner Richter nie beging.

Er setzte sich gegen diese Ungerechtigkeit erfolglos mit Hungerstreiks und anderen Protesten zur Wehr. Seine einzige Genugtuung blieb, daß er bei den Exilkubanern zum Märtyrer ihres Kampfes gegen den Kommunismus wurde, deren „patriotische Vereinigung" in Miami ihn zusammen mit seinen Töchtern verteidigen.

Die internationalen Organisationen aber, die sich so laut für politische Gefangene einsetzen, zeigen kein Interesse für Orlando Bosch und sein Schicksal. Warum sitzt Bosch überhaupt in einem venezolanischen Gefängnis? Weil Fidel Castro Venezuela im Verlauf dieser zehn Jahre unverblümt damit drohte, Guerrilleros ins Land zu schicken, sollte Bosch freigelassen werden. In Venezuela zieht man es vor, mit Formfragen die Jahre zu vertrödeln. Auch der neue Freispruch scheint daran nichts zu ändern. Nun will die Anklage erneut Einspruch erheben, und niemand kann sagen, wann der nächste Akt des Dramas beginnen wird.



Freigesprochen und dennoch in Haft: Bosch — FOTO UPI

Orlando Bosch ist Fidel Castros Geisel, und das schöne daran ist, daß Castro nicht einmal für Boschs Unterhalt aufzukommen hat. Das müssen Venezuelas Steuerzahler tun. Bosch mag in mancher Hinsicht nicht mit denjenigen vergleichbar sein, die in den letzten Jahren Helden vieler Geiseldramen waren. Aber er teilt ihr Schicksal: gegen jedes Recht der Freiheit beraubt zu sein, weil das dem internationalen Terrorismus so gefällt. Es gibt dabei einen schwerwiegenden Unterschied. Sein Kerkermeister ist die Regierung eines freien, demokratischen Landes.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nürnberger Zeitung

Sie ist skeptisch gegenüber der Forderung nach Sanktionen gegen die „DDR":

Nach Lage der Dinge gibt es nichts, was die Bundesregierung gegen Ost-Berlin unternehmen könnte, ohne höchst unerwünschte Nebenwirkungen zu erzielen. Wirtschaftliche Sanktionen würden entweder gegen innerdeutsche Verträge oder einschlägige Verfassungsgerichts-Urteile verstoßen und von der DDR postwendend mit Repressalien im Reiseverkehr beantwortet, da ist das Instrumentarium, Gott sei's geklagt, ja ziemlich umfangreich.

Basler Zeitung

Sie glossiert die US-Weizenlieferungen an die UdSSR:

Vom „Reich des Bösen" war die Rede, das an die Wand gerüstet werden solle und ohnehin auf den „Aschenhaufen der Geschichte" zutreibe. In diesem „Kreuzzug" forderte Reagan Vasallentreue von den Alliierten. Das Erdgas-Röhren-Geschäft der Westeuropäer wurde 1982 recht eigentlich (wenn auch unwirksam) verboten, die Vorschriften für Technologie-Exporte gegen Osten massiv verschärft. Jetzt aber, so scheint es, wird das Sowjetreich nicht totgerüstet, sondern durchgefüttert.

LES ECHOS

Die Pariser Zeitung kommentiert die Annäherung von Israel und der Sowjetunion:

Denkt man an die geringen Fortschritte auf dem Weg des Friedens seit dem Camp-David-Abkommen im Oktober 1978, verdient der Gedanke, die UdSSR zu einer Globalregelung des israelisch-arabischen Konflikts heranzuziehen, heute in Erwägung gezogen zu werden. Der israelische Ministerpräsient Schimon Peres hatte dies übrigens begriffen, als er im vergangenen Herbst ein die UdSSR einbeziehendes „internationales Forum" anregte.

WESER KURIER

Die Bremer Zeitung vermutet zum Streit Genschers mit Strauß:

So ritualisiert der Schlagabtausch mittlerweile auch wirkt – man genießt doch immer wieder, wenn auf offener Bühne die Fetzen fliegen. Der Streit nutzt unverkennbar beiden Seiten. Solange sich die FDP der Abneigung des CSU-Chefs sicher wähnen kann, mag es ihr gelingen, die Rolle eines Korrektivs vorzuführen.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung kommentiert die Daimler-Ansiedlung in Rastatt:

Man (muß) sich fragen, ob das Versteckspiel, das Pokern, Feilschen und Drohen mit einer anderen Standortentscheidung einem Konzern vom Formate Daimler-Benz angemessen ist. Auch, ob das reichste Unternehmen der Republik nicht zumindest einen Teil der Geländeerschließung hätte selbst bezahlen können, bleibt eine Frage.

NORDBAYERISCHER KURIER

Die Bayreuther Zeitung schreibt zum Mallorca-Tourismus:

Braun, bräuner, am bräunsten heißt die Devise. Abends dann, bei deutschem Bier und Wiener Schnitzel, wird mit diskretem Blick in der Runde abgecheckt, wer denn nun schon die tollste Farbe abbekommen hat ... Einen Vorteil hat dies freilich: Die Einheimischen genießen trotz Touristenmassen relative Ruhe und beobachten den Riesenrummel aus sicherer Distanz mit mitunter doch recht nachdenklicher Miene.

Mehr als Chefs einer Versicherungsgesellschaft

Der Slogan der CDU weist in die richtige Richtung / Von Enno v. Loewenstern

„Weiter so, Deutschland" ist eine gute Aussage. Wer will, kann den CDU-Wahlkampfslogan an die Warnung Adenauers „Keine Experimente" anknüpfen sehen. Damals gab es Stimmen, die der Union mangelnden Wagemut vorwarfen und das Verändern um des Veränderns willen empfahlen. Man hat aus der Erfahrung gelernt. Ein Vierteljahrhundert später ist die mit dem Slogan verbundene Zusage „stabile Preise – sichere Renten – mehr Arbeitsplätze" beruhigend.

Denn eben diese drei Säulen staatsbürgerlicher Erwartung an gutes Regieren sind in dreizehn Jahren Experimentalpolitik schwer angeschlagen worden. Nun ist der seit Oktober 1982 amtierenden Regierung Kohl wiederholt vorgeworfen worden, ihren Anspruch, eine „Wende" zu verwirklichen, nicht erfüllt zu haben. Auf diesem Gebiet aber hat sie ihn verwirklicht, nicht nur politisch, sondern auch geistig.

Eine gute Hausvaterpolitik nämlich, die Schulden abbaut und für stabile Preise und sicheres Alter sorgt, ist mehr als fiskalische Vernunft. Sie setzt schon auch moralische Zeichen für junge Menschen, die sich in ihrer überwältigenden Mehrheit längst von den Aussteigerparolen der Schlaraffenzeit abgewandt haben, die sich nicht von hämischen Vorwürfen „ihr seid angepaßt!" ablenken lassen, sondern sehr wohl leistungsbereit sind; die aber wissen wollen, ob ihre Leistung gut aufgehoben ist.

Die CDU deklariert sich da als „Partei der Zukunft". Dies wird durchaus verstanden als das Bekenntnis zum Schaffen und Erhalten eines geordneten und damit ordentlichen Staates, zum Unterschied von jenen Parteien – sagen wir getrost, denn der jetzt auch von Geißler gebrauchte Ausdruck stimmt: zum Unterschied von jenem „Lager", das Leistungsverweigerung, Neid und wirtschaftliche wie fiskalische Verantwortungslosigkeit im Namen einer Theorie aus dem vorigen Jahrhundert verkörpert. Die jüngste Ipos-Umfrage zeigt, daß die Bürger einen gut geführten Staat wollen und der jetzigen Bundesregierung dafür gute Noten geben.

So weit, so gut. Aber was ist mit der Außen- und Sicherheitspolitik, der Deutschlandpolitik – mit der geistigen Führung schlechthin? Stimmt es, wie manche nach der Geißler-Präsentation freudig spekulieren, daß die CDU zur Deutschlandpolitik nichts zu sagen hat, daß gar „der Anti-Amerikanismus-Vorwurf an die SPD ... erst einmal in den Propagandaschubladen der CDU verschwunden" ist?

Nicht so, heißt es im Adenauerhaus; man habe sich diesmal zwar auf die innenpolitischen Fragen beschränkt, werde aber schon nächste Woche im Vorfeld des SPD-Parteitags genau dieses Thema des Anti-Amerikanismus der SPD und die davon ausgehende Gefährdung unserer Sicherheit ausbreiten. Im Wahlprogramm der CDU würden Außen- und Deutschlandpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftspolitik zu je einem Drittel in dieser Reihenfolge vertreten sein. Die Deutschlandpolitik der CDU werde mit der „Nebenaußenpolitik" der SPD kontrastiert werden, vor allem mit der Art, wie die SPD sich inzwischen Honeckers Forderungen zu eigen gemacht hat.

Nun hat die SPD außenpolitisch gewiß keine überzeugenden Argumente mehr; daß Washington ihr tief mißtraut, ist hinlänglich bekannt; aber seit dem Abschluß des wissenschaftlich-technologischen Abkommens in Moskau kann sie sich auch nicht mehr als der Alleingesprächspartner des Kreml darstellen. Ihre Art von Schaukelpolitik zwischen den Mächten beeindruckt nur wenige, darunter hauptsächlich die Ewiggestrigen; die große Mehrheit wünscht an unserer Westbindung nicht zu rütteln – eine Tatsache, der die SPD auch durch Lippenbekenntnisse zur NATO Rechnung trägt. Doch wäre die CDU falsch beraten, wenn sie es dabei beließe.

Ihre taktvolle Zurückhaltung in Fragen der Deutschlandpolitik im Namen von „Kontinuität" und im Umfeld von allerlei Besuchserwartungen hat viele betroffen gemacht – keineswegs „nur" Vertriebene. Gerade in Kreisen der Jugend wird da ein „anders weiter" erwartet, wird zunehmend nach Menschlichkeit und Moral gefragt, aber eben nicht als Nicaragua-Kriegsspielerei, sondern als Verpflichtung gegenüber den eigenen Landsleuten im Namen von Einigkeit und Recht und Freiheit. Es ist interessant, daß auch im Adenauerhaus schon das Wort umgeht: „Wir sind mehr als Vorsitzende einer Versicherungsgesellschaft." Dies wird auch auf Schule, Hochschule und Bildung schlechthin bezogen. Man wünscht sich, daß es in Aussagen umgemünzt wird.

Denn eine Jugend, die von der Billigmacherei der „marxistischen Methode" genug hat, die wieder wissen will, „wie es gewesen", die ein Gefühl für Werte statt Talmi zurückgewonnen hat – sie ist dankbar für Konsolidierung und Lehrstellen, aber sie fühlt: Der Mensch lebt nicht von der Geldwertstabilität allein. Sie will gefordert sein. Sie gibt gern der Partei die Stimme, die ihr imponiert, durch geistigen wie moralischen Anspruch.

Die Häschen lassen die Ohren hängen

Der „Playboy“ ist in die Jahre gekommen – und in die Krise geraten. Der Zeitgeist, so scheint es, kann nicht mehr allzu viel einem Hugh Hefner, seinem Männer-Magazin und seiner Häschen-Philosophie abgewinnen. Das Playboy-Dasein ist hart geworden – zwischen Puritanern hier und Pornographen dort.

Von FRITZ WIRTH

Das Ding läuft unter US-Patentnummer 7 622 884. Es besteht aus einem watteweichen runden Knäuel, dort zu befestigen, wo der Mensch bereits am rundesten ist und sich selbst nicht sehen kann. Einem Stück Seidentuch, so am Körper zu vermessen, daß das Üppige noch üppiger wirkt und überzuquellen droht. Dazu ein weißer Hemdkragen mit schwarzer Fliege und ein Paar alberner, leicht geknickter Hasenohren. im Haar zu befestigen.

Patentnummer 7 622 884 war das Symbol einer neuen Freiheit, einer neuen Begehrlichkeit, einer neuen, unbekümmerten Sexualität. Es machte aus jüngeren Mädchen, die bisher mit dem leicht abgewirtschaf*teten Dienstleistungs*namen „Serviererin“ versehen wurden, über Nacht knackfrische männerbecircende „Bunnies“. Gespielinnen einer Männerwelt und einer lasziven He-Philosophie, in der der Not- und Urschrei der Feministinnen noch kein Echo fand

Dieses patentierte „Bunny“-Kostüm hatte in der kalten Nacht des 29. Februar 1960 in Chicago Premiere. Es war die Zeit, als freigelegte Haut Teil der Mode wurde und eine Dame namens Mary Quant in London mit dem Mini-Rock die Oberschenkel der Damenwelt bis in jene Höhen freilegte, wo sie einen alten mathematischen Lehrsatz ins Wanken brachten, wonach sich zwei Parallelen erst im Un*endlichen* treffen.

26 Jahre und 25 000 „Bunnies“ später ist der patentierte Sex aus der Mode gekommen. Das „Playboy“-Imperium zerbröckelt. Die „Bunnies“, die in ihren Glanzzeiten ein Monatsgehalt von 2000 Dollar kassierten. haben sich für einen Minimal-Stundenlohn von 3,50 Dollar wieder als schlichte, züchtige Serviererinnen verdingt und verkaufen unpatentierte „Hamburger“.

Der letzte der 22 „Playboy“-Clubs, die einst über eine Million Mitglieder hatten, schloß die Tore. Das „Playboy“-Magazin, seit 1953 Lautsprecher einer neuen Freikörper-Philosophie, hat seit 1972 die Hälfte seiner Kurven-Bestauner verloren und erreichte ein vorläufiges Auflagentief von 3,4 Millionen Exemplaren.

Hugh Hefner, der Großvater und Groß-Kaufmann der nackten Haut, der auf dem Höhepunkt seiner Lustperiode den Sex rücksichtslos den Elementen aussetzte und sich Lotterbetten zu Wasser, zu Lande und in der Luft aufstellen ließ, hat lange seine schwarze DC 9 nebst ellipsenförmigem Bett für vier Millionen Dollar verkauft, sein Wasserbett in Chicago einem Museum zur Besichtigung überlassen und sich selbst auf ein rechteckiges Normalbett in Los Angeles zurückgezogen. Die Regie seines an finanziellen Potenzstörungen leidenden Konzerns legte er in die Hände seiner Tochter Christie, und er selbst versucht, nach einem Schlaganfall die Sprache wiederzufinden.

Ihm fallen, so klagt er, plötzlich nicht mehr die passenden Worte ein. Mag sein, daß er deshalb bis heute nicht die passende Erklärung für den Niedergang seiner horizontalen *Lebensphilosophie findet. Der Sex*-Epikureer, der sich nach Jägermanie einer Strecke von bisher rund tausend Gespielinnen rühmt, hat sich auf das Nächstliegende konzentriert und sucht den Niedergang seiner patentierten Lebensform zunächst anderen anzulasten.



Aus besten Playboy-Zeiten: Hugh Hefner im Kreis seiner Markenzeichen
FOTO: KEYSTONE

Von Feministinnen mißverstanden?

Den Feministinnen zum Beispiel. Deren unversöhnlicher Widerstand gegen seine „Playboy“-Herrlichkeit hat ihn besonders hart getroffen, weil er sich selbst als „Feminist“ betrachtet und sich bei der Verteidigung seines Lebens- und Verdienststils immer häufiger linksliberaler Argumente bediente.

Dann hantiert er mit dem Vorwurf einer staatlichen Pressezensur und belegt es mit dem Hinweis, daß sich auf Druck der Regierung inzwischen 10 000 Supermärkte weigern, sein Magazin in ihre Regale zu stellen. Und schließlich bietet er den larmoyanten Stoßseufzer an, daß die schöne, zügellose Welt der sechziger Jahre einer neuen Moralität gewichen sei, die *sich unter Ronald Reagan in den USA* ausbreite.

Schaut man genauer hin, werden diese Argumente schnell brüchig. Die Feministinnen können kaum für einen Auflageschwund des „Playboy“ verantwortlich gemacht werden, weil sie die letzten waren, die ihn kauften und auch sonst in ihren Anti-„Playboy“-Kampagnen nicht sehr erfolgreich waren. Und zur Entdeckung der neuen Moralität in den USA will es nicht passen, daß im gleichen Maße, wie die Nachfrage nach dem milden und harmlosen Softporno des „Playboy“-Magazins nachließ, sich der Umsatz der harten Video-Pornos in den letzten drei Jahren in den USA auf 450 Millionen Dollar verdoppelte.

Viel näherliegend ist der Schluß, daß eher im komplizierten und lokkeren Reich des Hugh Hefner, der sich nostalgieschwer heute noch abwechselnd einen Romantiker und Puritaner nennt, etwas nicht stimmte. Beispielsweise das Konzept und die Strategie. Die arrogante Herren-Philosophie seiner Etablissements und die aufschneiderische Sex-Großmannssucht passen nicht mehr in die amerikanische „Yuppie“-Welt der achtziger Jahre, in die Welt der *„young urban professionells“. Diese* „Yuppie“-Frauen erlauben heute nicht mehr die Flucht ihrer Männer an füllige „Bunny“-Busen. Wenn am Abend ausgegangen wird, bestimmen sie mit, wohin es denn geht. Und vor allem: Sie wollen dabei sein. Der Versuch Hefners, diesen „Yuppie“-Frauen mit einer männlichen „Bunny“-Generation, den sogenannten „Rabbits“ entgegenzukommen, schlug fehl. Die Damen sprangen nicht drauf an, und die Männer fühlten sich unwohl in deren Gesellschaft.

Mit 600 Dollar ging Hefner 1953 an den Start

Im übrigen ist die Unterstellung, daß die USA unter dem Einfluß des Ronald Reagan und der religiösen Fundamentalisten in einen neuen strikten Moralismus eingetaucht seien, zumindest ungenau. Tatsächlich zeigen sich zugleich auch deutliche Spuren eines moralischen „Laisser-faire“. und die Wahrheit ist wohl, daß sich in den USA in den letzten Jahren eine neue Polarisierung zwischen neuer Moralität und „Laisser-faire“ entwickelt hat.

Die bittere Wahrheit für den Niedergang des „Playboy“-Empires des Hugh Hefner ist wohl lausiges Management. Hefner, der dieses Empire 1953 mit 600 Dollar startete und auf seinem Höhepunkt jährliche Einnahmen von 220 Millionen Dollar hatte, war zumindest in den letzten zwei Jahrzehnten mehr daran interessiert, nach seiner eigenen Philosophie zu leben, denn sie zu verbreiten. Diesem Desinteresse und diesem Management mit langem Zügel fiel Anfang der achtziger Jahre vor allem der ergiebigste Teil seines Konzerns zum Opfer, seine Spielkasinos.

Die Bilanz: Eine zeitlos scheinende Idee vom befreiten Sex ist verwelkt. Die Zeiten sind nicht mehr so, und die Verwalter dieser Idee haben mit 60 erste lähmende Durchblutungs-Störungen. Es gibt für die Männer mit dem Patent Nummer 7 622 884 keine Patent-Lösungen mehr.



Hefners Tochter Christie ist seit 1982 „Playboy“-Chefin. Ihr bröckelndes Imperium muß nun ganz ohne Bunny-Clubs auskommen. Dieser wurde 1978 in Nassau auf den Bahamas eröffnet.
FOTOS: DPA

Starker Tobak gegen das Rauchen am Arbeitsplatz

Längst ist die friedliche Koexistenz von Rauchern und Nichtrauchern am Arbeitsplatz gefährdet. Doch es gibt bisher wenig Verbindliches zu der Frage, wer wann wo rauchen darf. Es scheint, daß in diesem Konflikt bald immer mehr die Juristen das Wort erhalten.

Von EBERHARD NITSCHKE

„Am Arbeitsplatz passiv inhalierter Tabakrauch ist als gesundheitsschädliches Arbeitsstoffgemisch zu werten.“ – Dieser Satz im wissenschaftlichen Arbeitspapier der „Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) könnte für die etwa 19 Millionen Raucher in der Bundesrepublik Deutschland Folgen haben. Denn nun steht nach Ansicht von Experten vor allem durch Klagen gegen den blauen Dunst in Amtsräumen eine Kette von Prozessen in Aussicht.

Amtmann Klaus Goldbecker von der Bonner Stadtverwaltung hat diesen Schritt längst getan. Seit nunmehr fast neun Jahren kämpft er als passionierter Nichtraucher darum, am Arbeitsplatz durch Rauchen von Kollegen nicht behelligt zu werden. Außerdem will Goldbecker, der mit 50 Jahren der Pensionsgrenze noch fern ist, mit seiner Klage erreichen, daß man ihn nicht durch Versetzung in eine andere Abteilung aus dem Verkehr zieht. Anfang Juli 1986 nun hat das Bundesverwaltungsgericht in dieser Sache die Revision zugelassen. Es wird entscheiden müssen, ob die Umsetzung eines Beamten mit dem Zweck, ihn zwar vor Tabakrauch zu schützen, andererseits aber auch rauchenden Kollegen in einem Großraumbüro das Weiterrauchen zu ermöglichen, rechtmäßig ist.

Goldbecker im durch Rauchverbotsschilder an Tür und Schreibtisch gesicherten Einzelzimmer: „Viele meiner Kollegen wünschen, daß ich im Prozeß obsiege. Nur das abschreckende Beispiel von mir vor Augen, scheuen sie vorerst, sich zu rühren.“

Das mag sich ändern. Denn seit die Bedeutung des – immerhin für 336 700 Landesbedienstete geltenden – Runderlasses des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Hermann Heinemann (SPD), in Sachen „Nichtraucherschutz in Diensträumen“ vom 4. Dezember 1985 sich recht verbreitet, wird auch der Ruf von Juristen laut, daß man auf diesem wichtigen Sektor Rechtszersplitterung vermeiden müsse.

Anders als bisherige gutgemeinte Hinweise von Amtschefs an Raucher, doch bitte Rücksicht auf ihre nikotinfrei lebenden Kollegen zu nehmen, handelt es sich bei Heinemanns Erlaß um eine „unmittelbar verbindliche Dienstanweisung oder Dienstvorschrift für das Verhalten im Dienst“, so Goldbeckers Rechtsanwalt Adolf Wischnaht in Bielefeld. Leiter der Behörden, Dienststellen, Gerichte und anderer Einrichtungen des Landes seien verpflichtet, unter Beteiligung der Personalvertretungen zu prüfen, ob in ihrem Geschäftsbereich nichtrauchende Mitarbeiter und Besucher vor den Nachteilen und Gefahren des „Passivrauchens“ hinreichend geschützt sind. Das bedeute zum Beispiel ein Rauchverbot in Kantinen, Aufenthalts- und Pausenräumen, wenn es dort noch nicht getrennte Bereiche für beide Gruppen gibt, wobei als bemerkenswert empfunden wird, daß der Erlaß weder die Fensterlüftung noch das Vorhandensein einer Klima- und Lüftungsanlage als geeignete Schutzmaßnahme erwähnt.

Dies alles kann nach gegenwärtiger Rechtslage nur im Lande Nordrhein-Westfalen durchgesetzt werden, wie auch der Schutz der Nichtraucher bei Sitzungen „und sonstigen dienstlichen Zusammenkünften“ – was spätestens alle volle Stunde eine Rauchpause von zehn Minuten Dauer erforderlich macht. Noch gibt es keine Erfahrungen über das ganze Ausmaß jener „dienstlichen Zusammenkünfte“, zu denen auch die unter Versicherungsschutz stehenden Betriebsausflüge und Betriebsfeiern gehören – auch wenn die Teilnahme an ihnen freigestellt ist.

Bisher hält die Bundesregierung auf diesem Sektor die Arbeitsstätten-Verordnung, die auch eine Belüftung am Arbeitsplatz regelt, für ausreichend. Und das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit unter Ministerin Rita Süssmuth ließ verlauten: „Die derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisse reichen nicht aus, um ein generelles Rauchverbot am Arbeitsplatz zu verfügen.“

Immerhin aber hat der Rechtsanwalt Jörg Rahmede aus Hamm (Juristische Schriften, Band 27: Recht und Medizin) unter dem Titel „Passivrauchen, gesundheitliche Wirkungen und rechtliche Konsequenzen“ 27 Raucher-/Nichtraucher-Prozesse beschrieben, *von denen 25 zugunsten* der Nichtraucher entschieden wurden. Sein Fazit „Wer Nerven hat, soll klagen!“ liest sich so: „Überall dort, wo staatliche Verantwortungsträger aufgrund ihrer Ordnungsgewalt verpflichtet sind, in ihrem räumlichen Bereich Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu verhindern, sowie im Rahmen aller rechtlichen Beziehungen, die eine *Fürsorgepflicht* begründen, können Nichtraucher Schutzmaßnahmen vor dem Tabakrauch anderer verlangen.“ Schon deswegen, weil Rauchen „keine völlig sozialtypische Verhaltensweise“ sei.

Gestützt auf solch starken Tobak hat die Fraktion der Grünen im Rat der Stadt Bonn im Juli nach einer achtstündigen Ratssitzung bei Gericht den Antrag auf Wiederholung gestellt, nachdem ein Antrag auf Nichtrauchen von der Mehrheit zurückgewiesen worden war. Ein Formfehler, auf den das Verwaltungsgericht Köln aufmerksam machte, verhinderte, daß das Gericht überhaupt tätig wurde.

Auch außerhalb der Behö[...]n erregt der Qualm die Gemüte[...] hat der Schachbund Nordrhein[...]stfalen auf seinem Kongreß besc[...]sen, ab 1. September ein totales [...]ch-verbot einzuführen. Bei der [...]organisation „Deutscher S[...]bund“ in Berlin meint man da[...] Anfrage, sicherlich müsse nu[...] Diskussion geführt werden, o[...] die Nordrhein-Westfalen unter Druck ihrer Raucher-Lobby da[...]pier wieder zu Asche machten: [...]tig dürfen Spieler und Turnier[...] beim Turnier rauchen, das Publi[...] hat rauchfrei zu bleiben.

Konsequenter ist man da sc[...] beispielsweise bei der Deutsc[...] Bundesbahn. Hier hat man wertn[...]tral erklärt, eine Verminderung d[...] Raucher-Plätze in den Wagen der Z[...]ge „anzustreben“. Das bedeutet ab[...] – so ein Sprecher der Zentralverwa[...]tung – nichts anderes, als daß jede[...] Großraumwagen, der turnusmäßig zur Untersuchung geht, auf das Verhältnis 28 Plätze Raucher, 52 Nichtraucher umgestellt wird.

Während die deutsche Zigaretten- und Tabakindustrie nach der 39prozentigen Tabaksteuer-Erhöhung vom 2. Juni 1982 für das Jahr 1988 einen neuen Steuerzugriff erwartet und dieses „Lustobjekt des Fiskus“ mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß 19 Millionen Raucher auch 19 Millionen Wähler seien, versucht eine „Erste Raucher-Lobby“ verlorenes Terrain wiederzugewinnen. *Gegen die wachsende Militanz* der Nichtraucher, die man zur Zeit in den USA sehe, versucht diese zunächst kleine „Vereinigung Gleichgesinnter“ am Chiemsee dem Qualm seinen Raum zu erhalten und weiteren Nichtraucherschutz einzudämmen. Dabei spielt in der Debatte der interessante Hinweis eine Rolle, die Raucher zahlten ja schließlich für die *118 Milliarden Zigaretten, die 15 500* Tonnen Zigaretten-Feinschnitt und die 1800 Tonnen Pfeifentabak eines Jahresverbrauchs an die 20 Milliarden Mark Steuern.

Einer, der dazu beiträgt, ist der „Pfeifenraucher des Jahres 1984“ Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, aus dessen Haus ein allgemeines Nichtraucherschutz-Gesetz kommen müßte.

Bis dahin versucht die CSU in Bayern, Raucherpausen und Raucherekken in Schulen des Landes abzuschaffen. Der christsoziale Landtagsabgeordnete Paul Wilhelm: „Nach dem altbayerischen Grundsatz: Liberal sind wir schon, aber nicht blöd.“



Produktion eines „gesundheitsschädlichen Arbeitsstoffgemisches“
FOTO: SVEN SIMON

Moskau, die SED und das nationale Problem

hrk. Berlin

Die SED-Führung hat im Vorfeld des 25. Jahrestages des Mauerbaus durch Zitate von Michail Gorbatschow eingeräumt, daß es im – ebenso wie Deutschland – geteilten Korea ein „nationales Problem des ganzen koreanischen Volkes" gibt.

Es gebe aber Wege zur „Lösung" dieses Problems. In der Frage der Einheit Deutschlands leugnet die „DDR" die Existenz einer deutschen Nation und beruft sich auf zwei deutsche Staaten, da Deutschland angeblich „in den Flammen des Zweiten Weltkrieges untergegangen" sei.

In dem direkt aus dem SED-Zentralkomitee stammenden Kommentar im Zentralorgan „Neues Deutschland" über innen- und außenpolitische Ziele der Sowjetunion wird der KPdSU-Generalsekretär aus Reden in Wladiwostok und Chabarowsk mit den Sätzen zitiert: „Es gibt, wie Michail Gorbatschow sagte, eine Möglichkeit, nicht nur die gefährlichen Spannungen auf der Korea-Halbinsel zu beseitigen, sondern auch auf dem Weg zur Lösung des nationalen Problems des ganzen koreanischen Volkes in Gang zu kommen." Ost-Berlin unterstützt seit Jahren den Wiedervereinigungs-Kurs Nordkoreas – aber unter kommunistischen Vorzeichen.

Das den Russen seit langem unangenehme Überlegenheitsgefühl, das sich die SED-Führung wegen der wirtschaftlichen Prosperität in der „DDR" leistet, schlägt in der Analyse ebenfalls nachhaltig durch: Gorbatschows Programm trage „sowohl den Bestrebungen des Sowjetvolkes als auch den wichtigsten Tendenzen der internationalen Entwicklung Rechnung".

Das heißt, den eigenen Wünschen der Russen sei bislang nicht ausreichend Rechnung getragen und andernorts, in der „DDR" zum Beispiel, sei man derartigen Tendenzen in der Entwicklung länger nachgekommen.

Im harten Rennen um Daimler behielt Späth die Nase vorn

Von HARALD GÜNTER

Lothar Späth, bemängelte dieser Tage die Heidelberger Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, sei das „klassische Beispiel" eines Politikers, der um des Erfolges willen in der Wirtschaftsförderung „über das Ziel hinausschießt". Ein Erfolg Späth'scher Sündenfälle wider die Gesetze des freien Marktes ist demnächst in Rastatt zu besichtigen: Auf einem 190 Hektar großen Gelände am Rand der mittelbadischen Grenzstadt entsteht das dritte Fertigungswerk für Personenwagen des Hauses Daimler-Benz. Das Investitionsvolumen liegt bei insgesamt 1,8 Milliarden Mark, die Zahl der Arbeitsplätze, die in dem strukturschwachen Raum zwischen Karlsruhe und Baden-Baden entstehen, um 7000. Zwar dürfte Rastatt letztlich auch als personelles Auffangbecken für die Überkapazitäten dreier nahegelegener Lastwagenwerke dienen. Der beschäftigungspolitische Effekt des Bauvorhabens, seine langfristigen Auswirkungen auf die regionale *Wirtschafts- und Finanzstruktur sind* trotzdem nicht hoch genug zu veranschlagen.

Ein Glücksfall ist das Ganze nicht nur für Stadt und Land. Nach dem *Zusammenbruch* seiner Landesbank-Pläne tut auch Lothar Späth das Rastatter Erfolgserlebnis gut. Es ist ihm freilich nicht in den Schoß gefallen: Die Standortentscheidung des Stuttgarter Automobilkonzerns kostet den Steuerzahler vorab 120 bis 140 Millionen Mark. Aber daran nahmen letztlich nur die Grünen im Stuttgarter Landtag Anstoß. Selbst die oppositionelle FDP, Speerspitze der Kritik an „späthkapitalistischen" Investitionshilfen, befand in diesem Fall, „daß wir, ob es uns gefällt oder nicht, im Interesse der Arbeitsplätze diesen Weg gehen müssen".

Der Weg war sozusagen fremdbestimmt. Bremen, hartnäckigster Mitbewerber um die Gunst des Bauherren, hatte 160 bis 180 Millionen Mark Fördermittel als Köder ausgelegt. Bayern und Rheinland-Pfalz schickten sich an, ihrerseits in das Subventionsrennen einzugreifen. Also durfte auch Baden-Württemberg nicht abseits stehen. Andernfalls, meinte Späth in der Stunde des Erfolgs, „hätte Daimler-Benz sehr wohl andere Standortentscheidungen treffen können".

Für Rastatt sprach die Nähe des Stammhauses

Die Wahrheit wird man wohl nie erfahren. Für Rastatt sprachen die Nähe zum Stammhaus sowie zu den drei Nutzfahrzeugfabriken in Mannheim, Wörth und Gaggenau, das am Ort bereits bestehende Getriebewerk und, schwer einzuschätzen, die Freundschaft zum Landesvater. Gegen Rastatt fielen seine Lage in dem umkämpften Leittarifbezirk Nordwürttemberg-Nordbaden und das Baugelände in den versumpften Rheinauen in die Waagschale. Mit dem ersten Standortnachteil wird Daimler-Benz leben müssen, mit dem zweiten nicht. Wunschgemäß erhält der Bauherr von der Stadt ein voll erschlossenes und entwässertes Industriegelände. Über den Preis entscheidet am 28. August der Gemeinderat. Er soll, wie inoffiziell verlautet, bei rund fünf Mark pro Quadratmeter liegen.

Möglich macht's der Geldregen aus Stuttgart. Jene 120 bis 140 Millionen Mark, die Rastatt als Landeszuschuß überwiesen bekommt, decken vermutlich rund 80 Prozent aller Arrondierungs- und Erschließungskosten. *Den Rest bezahlt die Stadt.* Auf diese Weise entfällt der dem Investor bei Industrieansiedlungen üblicherweise *abverlangte Eigenanteil an den* kommunalen Vorarbeiten.



Ein Mercedes in der Steilwandkurve – auch mit dem Unternehmen geht's weiter bergauf. FOTO: DAIMLER-BENZ

Der „Deal" mit Daimler-Benz umfaßt indes mehr als das Rastatter Großprojekt. Firmenvorstand und Landesregierung, so war einem lapidaren Halbsatz der Pressemitteilung des Stuttgarter Staatsministeriums am Montag nachmittag zu entnehmen, „stehen zusammen mit der Stadt Ulm in Gesprächen über die Errichtung von umfangreichen Forschungseinrichtungen in Verbindung mit der Universität Ulm". Dahinter verbirgt sich nicht weniger als die Grundsteinlegung zu einer Art „Wissenschaftsstadt": *Auf dem* Eselsberg sollen die vielfältigsten Forschungsaktivitäten des Automobilkonzerns und seiner Töchter (AEG, Dornier, MTU) konzentriert werden. Das in Frage kommende Baugelände, über dessen Verkauf jetzt verhandelt wird, umfaßt knapp 70 Hektar und grenzt unmittelbar an den Universitätskomplex an. Offenbar trägt sich Daimler-Benz mit dem Gedanken, in Ulm die *Entwicklung* des Zukunftsprojekts „Auto 2000" abzuwickeln, Dornier sucht dem Vernehmen nach die Zusammenarbeit mit der Uni-Klinik und ihren medizinischen Forschungskapazitäten. „Für Ulm", sagte gestern Oberbürgermeister Ernst Ludwig (CDU) im Gespräch mit der WELT, „ist das eine ganz, ganz wichtige Weichenstellung."

An Technologietransfer ebenfalls gedacht

Das Land unterstützt diese Weichenstellung nach Kräften. So soll die Universität einen neuen ingenieurwissenschaftlichen Zweig mit dem Schwerpunkt Elektrotechnik und Hochfrequenztechnik erhalten. Rund 100 Millionen Mark werden dafür investiert, 90 neue Stellen im wissenschaftlichen Bereich geschaffen. Auf dem Wege des „Technologie- und Wissenschaftstransfers" sollen Industrie und Hochschule von dieser Kooperation wechselseitig profitieren.

*Vor dem Aufkauf durch Daimler-*Benz sollte bereits das in der Stadt gelegene Forschungsinstitut der Ulmer AEG *auf den Eselsberg* verlegt werden. Den Eindruck, daß die Erweiterung dieser Pläne in Richtung *auf ein Großforschungszentrum* des Gesamtkonzerns mit der Einigung im Fall Rastatt zusammenhängt, läßt *das Staatsministerium unwidersprochen* im Raum stehen.

Seite 11: Neues Pkw-Werk

Massive Zweifel am Institut für Berufsbildung

p. p. Bonn

Das Berliner „Bundesinstitut für Berufsbildung" (BIBB) zeichnet sich durch einen Mangel an „Flexibilität und Kreativität, raschem und vorausgreifendem Eingehen auf zentrale Themen der Berufsbildung und systematischer Rückkopplung mit der Berufsbildungspraxis" aus. So lautet ein Kernsatz in dem Gutachten, das eine Sachverständigen-Kommission jezt auftragsgemäß dem Bundesbildungsministerium vorgelegt hat. In den Augen der Wissenschaftler und Praktiker werde „das BIBB meist nicht in erster Linie als ein Forschungsinstitut, sondern weit mehr als ein bürokratisch organisiertes Amt wahrgenommen".

Im Haushaltsausschuß des Bundestages waren erstmals massive Zweifel an der Effektivität des Berliner Amtes geübt worden. Bildungsministerin Wilms hatte daraufhin die Experten-Kommission unter Leitung des Kölner Wirtschaftswissenschaftlers Horst Albach beauftragt, die ihr unterstellte Behörde zu durchleuchten. Fazit: „Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß Verbesserungen der Effizienz der Forschung im BIBB notwendig und möglich sind." Allerdings seien von den im Institut Verantwortlichen leider selbst „keine Verbesserungsvorschläge unterbreitet" worden.

Was vor allem fehle, seien eine ausreichende „Praxisnähe" sowie die Bearbeitung der Themen „Lernprozeßforschung, berufliche Bildung Erwachsener, Erforschung der Bedeutung technischer Entwicklungen für die Berufsbildung, Analyse der Qualität der beruflichen Bildung" – mithin fast die gesamte Palette der Fragen, die Grundlage für politisches Handeln sind. Manches erklärt sich dabei aus dem Umstand, daß die Zahl der Hauptabteilungen im BIBB „sich nicht aus einer systematischen Analyse des Forschungsfeldes" ergab, „sondern aus Erwägungen des politischen Proporzes".

CDU weist Kritik an Wahlslogan zurück

D. G./DW. Bonn

Die Kritik des Bundes der Vertriebenen (BdV) an dem neuen Wahlslogan der CDU „Weiter so, Deutschland", ist gestern von der Parteizentrale in Bonn zurückgewiesen worden. BdV-Generalsekretär Lackschewitz hatte zu dem CDU-Motto erklärt, *in den Ohren jedes Deutschen, für* den Deutschland mehr als die Bundesrepublik sei, höre sich der Slogan *wie Hohn an.*

Der stellvertretende CDU-Sprecher Maaß meinte dazu, jeder sollte eigentlich wissen, was die CDU unter dem Begriff Deutschland verstehe.

Hier werde versucht, einen Keil zwischen Vertriebene und CDU zu treiben, der gar nicht existiere.

Im Gegensatz dazu steht allerdings ein Beitrag in der jüngsten Ausgabe des „Schlesiers", des Mitteilungsblattes der Landsmannschaft Schlesien. Darin heißt es, das langjährige Bündnis zwischen Unionsparteien und Vertriebenen zeige nicht nur tiefe Risse, sondern es habe auch den Anschein, daß „führende CDU-Politiker den Anspruch auf Wiedervereinigung auch mit den deutschen Ostgebieten endgültig aufgegeben haben". Außerdem wurde zur Gründung einer „Wiedervereinigungspartei" aufgerufen.

Von diesem Aufruf distanzierte sich allerdings der BdV. Sein Präsident, Herbert Czaja, erklärte dazu, bei diesen Leuten handele es sich um „wirre Köpfe" ohne breite Basis.

Rheinland-Pfalz wählt am 17. Mai

rtr. Mainz

In Rheinland-Pfalz wird der *neue* Landtag aller Voraussicht nach am 17. Mai 1987 gewählt. Regierungssprecher Schreiner teilte gestern in Mainz mit, Ministerpräsident Vogel (CDU) habe dem Kabinett diesen Termin vorgeschlagen.

Das Kabinett werde den Termin *nach der im* Wahlgesetz vorgeschriebenen Unterrichtung des Landtags, seiner Fraktionen und der Parteien des Landes beschließen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: *DIE WELT*, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Zwei Umfragen sehen Regierung im Aufwind

Selbst SPD-Wähler bestätigen der Union Erfolge

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine deutlich positive Beurteilung dieser Bundesregierung ist der *einheitliche Trend, der gleichzeitig in* zwei Umfragen ermittelt wurde. Das Institut für praxisorientierte Sozial*forschung (Ipos) ermittelte* diese Ansicht vor allem bei der Bekämpfung des Preisanstiegs, bei der Ankurbelung der Wirtschaft, dem Abbau der Staatsschulden und der Verbrechensbekämpfung.

Im „Politbarometer" des ZDF auf der Basis von Fragen der Ipos verbundenen „Forschungsgruppe Wahlen" ergab sich, daß die Koalition derzeit mit 52 Prozent vor SPD und Grünen liegt, und daß die wirtschaftliche Lage seit sechs Jahren nicht so gut beurteilt wurde, wie heute.

Für Ipos war auffällig, daß sogar die Wähler der Oppositionsparteien der Regierung mehrheitlich Erfolge auf den wichtigsten Sektoren bescheinigen. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, beim Umweltschutz und bei der Rentensicherung hat sich, so das Bundesinnenministerium bei Vorlage des Umfrageergebnisses, die Beurteilung der Entwicklung durch Wähler der SPD und der Grünen bei der diesjährigen Untersuchung gegenüber den Vorjahren erheblich verbessert. Ipos charakterisiert die Lage mit dem Satz: „Die Mehrheit der Befragten möchte eher in einer Gesellschaft leben, die Wirtschaftswachstum, Marktwirtschaft und Leistungsorientierung fördert."

70 Prozent für weitere Nutzung der Kernenergie

Auffallend ist, daß auch nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl laut Ipos „noch gut 70 Prozent der Befragten für eine Nutzung der Kernenergie" eintreten.

Die Zahl der Befürworter eines weiteren Ausbaus von Kernenergie hat sich dagegen wesentlich verringert. Mehr als ein Viertel der Befragten möchte jetzt die vorhandenen Kraftwerke stillegen. Ipos hat durch eine „Informationsfrage" in diesem Zusammenhang allerdings festgestellt, daß ein großer Teil der Meinungslieferanten über Dinge spricht, von denen sie nicht allzuviel wissen, da 20 Prozent der Befragten den Kernkraftwerken einen höheren Beitrag zur Luftverschmutzung zumaßen, als den Kohlekraftwerken.

Die „Forschungsgruppe Wahlen" hat demgegenüber in einer nur auf Bayern beschränkten Umfrage ermittelt, daß auf die Frage, ob die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf weitergebaut werden sollte, sich 30 Prozent für den Weiterbau, 33 Prozent für eine Unterbrechung und 36 Prozent für Einstellung des Vorhabens aussprachen.

*Siebzig Prozent der von Ipos Befra*gen erklärten, mit dem politischen System Demokratie „zufrieden" oder „sehr zufrieden" (13 Prozent) zu sein, wobei die CDU/CSU-Wähler mit 90 Prozent, die der Grünen mit 37,9 Prozent in die Waagschale kamen.

Die wichtigste politische Bedeutung wird nach wie vor der Schaffung von Arbeitsplätzen zugemessen (81,3 Prozent), gefolgt vom Umweltschutz, der gegenüber den Vorjahren, in denen das Bundesinnenministerium diese Untersuchung bestellt hatte, das Thema Rentensicherung an Bedeutung in den Augen der Bevölkerung überholt hat.

Die Forderung, den „Datenschutz zu verbessern" (in einer Liste von 13 als „sehr wichtig" eingestuften politischen Aufgaben und Zielen), wurde von 31,5 Prozent bejaht – ziemlich am Ende der Reihe vor „Bürokratie abbauen" *mit 30 Prozent* als Schlußlicht.

Bundesverfassungsgericht genießt großes Ansehen

Bei der Frage nach den Einrichtungen des Staates mit dem von der Bevölkerung ihnen entgegengebrachten höchsten Vertrauen lag das Bundesverfassungsgericht ganz vorne, gefolgt von den übrigen Gerichten und der Polizei.

Mit deutlichem Abstand folgen auf der Skala Bundestag (1,7 von fünf möglichen Punkten) und Bundeswehr, während merkwürdigerweise Bundesregierung und Kirchen nach dieser Fragebeantwortung mit je 1,4 gleichziehen.

Es fällt auf, daß SPD-Wähler die Polizei höher einschätzen, als die Gewerkschaften (2 : 1,7) und daß Wähler der Grünen auf dieser Werteskala außer den Gewerkschaften und dem Bundesverfassungsgericht überhaupt nichts gelten ließen, sondern nur Minuspunkte vergaben. Das geringste Vertrauen brachten Befragte aller Parteien dem Fernsehen, den Gewerkschaften und der Presse entgegen, wobei das Fernsehen bei den Meinungslieferanten mit Hochschulbildung sogar einen negativen Durchschnittswert erhielt.

Ipos kommentiert das mit dem Satz: „Hier zeigt sich also Mißtrauen."

Und der Verfall des Ansehens der Gewerkschaften wird mit der Bemerkung charakterisiert: „Sie haben ihre Funktion als Mitbestimmungsinstitution in den Augen vieler Bürger verloren."

Die Bereitschaft zur Beteiligung an der Volkszählung 1987 ist nochmals von 74,9 Prozent 1985 auf 77,1 Prozent gestiegen.

Das entspricht genau dem Prozentsatz der *Ablehnung bei Wählern* der Grünen, von denen Ipos meint: „Sie heben sich deutlich durch eine andere Wertorientierung von den anderen Befragten ab."

Facharbeiter bald noch gefragter

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Wirtschaft richtet sich auf eine weitere Erholung und damit auf einen sich abzeichnenden Fachkräftebedarf in naher Zukunft ein. Um diesem „frühzeitig durch Weiterbildung und Umschulung Arbeitsloser entgegenzuwirken", haben die Industrie- und Handelskammern inzwischen in mehr als 80 Berufen eigene Umschulungs- und Weiterbildungskurse entwickelt. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat jetzt in einem umfangreichen Kompendium diese „Bildungsangebote für einen neuen Start" zusammengestellt, die sich an arbeitslose Fach- und Führungskräfte richten, aber auch an Hochschulabsolventen, „die in der Wirtschaft Fuß fassen wollen".

Rückweg in die Berufstätigkeit

Aus den vorliegenden Erfahrungen der Kammern mit ihren Fortbildungs-Aktivitäten ergab sich ein entscheidender Schwerpunkt bei den IHK-Technikerlehrgängen, in denen Facharbeiter aus Metall- und Elektroberufen umgeschult werden etwa zu Spezialisten der Elektro- und Mikroprozessortechnik sowie der CAD/CAM-Technik auf dem Konstruktionssektor. Aber auch kaufmännische Sachbearbeiter und Schreibkräfte haben bereits in großer Zahl über EDV-Lehrgänge den Rückweg in die Berufstätigkeit geschafft. Wie es beim DIHT heißt, zeigten darüberhinaus „die guten Vermittlungsquoten bei Außenhandels-Lehrgängen und Fremdsprachentraining in Business-Englisch, daß sich auch mit den zunehmenden außenwirtschaftlichen Beziehungen gerade mittelgroßer Unternehmen neue Perspektiven für Arbeitslose eröffnen".

Auf arbeitslose Lehrer zugeschnitten

Die Qualifizierungsangebote der Kammern reichen vom „Sachbearbeiter-Kolleg Außenwirtschaft – Einführung in das Exportgeschäft" über die „Umschulung zum Energieanlagenelektroniker" bis zum Seminar über „Angewandtes Marketing". Dabei sind die Bereiche Marketing und Außenhandel vor allem auf arbeitslose Lehrer und Geistes- und Sozialwissenschaftler zugeschnitten worden, die nach ihrem Hochschulexamen keine Anstellung finden. Beim DIHT wird darauf verwiesen, daß alle diese IHK-Veranstaltungen für Arbeitslose „meist auf Bildungskonzepten für Berufstätige aufbauen, jedoch wegen der Übungsphasen – teilweise auch in Unternehmen – zeitlich aufwendiger sind". Insgesamt 1000 Stunden Zeitaufwand für einen Lehrgang sind kei*ne Seltenheit.* Aber: „Die Angebote werden in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen vor Ort entwickelt, *um die Übernahme der Arbeitslosen* zu optimieren."

Im Skandal Pinzner setzt der Senat auf „Schadensbegrenzung"

Personelle Konsequenzen lediglich auf der unteren Hamburger Behördenebene

UWE BAHNSEN, Hamburg

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub hat Bürgermeister Klaus von Dohnanyi gestern früh mit der Besichtigung des politischen Scherbenhaufens begonnen, der durch die tödlichen Schüsse des Killers Werner Pinzner im Sicherheitstrakt des Polizeipräsidiums entstanden ist. Vor der wöchentlichen Senatssitzung erörterte der Regierungschef zunächst mit Innensenator Rolf Lange dessen Bericht über diese zweite *Sicherheitsaffäre* nach dem „Hamburger Kessel" vom 8. Juni auf dem Heiligengeistfeld.

Einen weiteren Sachstandsbericht hatte die Justizsenatorin Eva Leithäuser dem Bürgermeister in die Senatskanzlei bringen lassen. In der anschließenden Senatssitzung spielte der Fall jedoch bezeichnenderweise keine Rolle – die politische Devise in der Landesregierung lautet: Nicht die Nerven verlieren, für Schadensbegrenzung sorgen. Ausgegeben hat diese Losung der „starke Mann" im Senat hinter Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, sein Stellvertreter Alfons Pawelczyk.

Für die politische Entschärfung eines bisher in der Hansestadt beispiellosen Vorgangs – im Sicherheitstrakt des Polizeipräsidiums konnte ein zur Vernehmung erschienener Schwerverbrecher plötzlich eine Pistole ziehen, den ihn vernehmenden Staatsanwalt vom Stuhl schießen und dann seine Frau und sich selbst umbringen – hat Pawelczyk Konsequenzen auf der untersten denkbaren Ebene in der Kriminalpolizei festgelegt. Zu administrieren hatte sie Innensenator *Rolf Lange, der der WELT* noch einmal erläuterte, weshalb er den Chef der Fachinspektion FD 65 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Kriminaloberrat Wolf Plewka, abgelöst und als stellvertretenden *Leiter in die Staatsschutzabteilung* der Kriminalpolizei versetzt hat. Diese Entscheidung hatte Lange in der *Öffentlichkeit, aber auch in der* sozialdemokratischen Regierungspartei den Vorwurf eingetragen, er handle nach *dem Grundsatz: „Die Kleinen* hängt man, die Großen läßt man laufen".

Lange erklärte dazu, der Fall Pinzner habe, so weit die Polizei daran beteiligt gewesen sei, unmittelbar die Organisationsverantwortung und die Dienstaufsicht Plewkas als Leiter der Spezialdienststelle FD 65 berührt. Inzwischen festgestellte Sicherheitsdefizite bei vorherigen Vernehmungen Pinzners seien in diese Kategorie einzuordnen und an der Person des Kriminaloberrats Plewka „festzumachen". Ausschließlich dieser Aspekt sei der Grund für seine Versetzung. Da es sich aber um einen hochbefähigten Beamten handele, dem kein persönlich zurechenbares Verschulden anzulasten sei, solle Plewka als stellvertretender Chef der Staatsschutzabteilung eine neue Chance erhalten.

Diese Entscheidung verrät die politische Handschrift des Lange-Vorgängers und Mentors, Alfons Pawelczyk. Der Zweite Bürgermeister ist der Auffassung, daß der Senat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung bis zur Bürgerschaftswahl des 9. November im Amte bleiben sollte, und daß Rücktritte vor diesem Termin infolgedessen als „politisch schädlich" unter allen Umständen verhindert werden müssen.

Hanns Seidel war in jeder Beziehung ebenbürtiger Vorgänger von „F.J.S."

PETER SCHMALZ, München

Es war, als spräche Franz Josef Strauß von seinem Ebenbild: Auf allen politischen Feldern undogmatisch und flexibel, von federnder Härte, vor jeglicher Vorleistung gegenüber dem Osten warnend, gleichzeitig aber eine „geschmeidige Politik der Festigkeit" im Interesse der unter kommunistischer Herrschaft lebenden Deutschen anmahnend, ein Verfechter des Föderalismus und ein Mitbegründer der sozialen Marktwirtschaft. Kein Wort, das der CSU-Vorsitzende nicht für *die Charakterisierung* seiner eigenen Person gelten ließe. Doch der Mann, über den Strauß gestern in einer Feierstunde in der Münchner Residenz sprach, hieß Hanns Seidel, war bayerischer Ministerpräsident, Vorgänger von Strauß im Amt des Parteivorsitzenden und ist vor 25 Jahren im Alter von 59 Jahren gestorben.

Heute lebt sein Name fort in der CSU-nahen *Hanns-Seidel-Stiftung*, die als vierte der Parteienstiftungen Mitte der 60er Jahre gegründet wurde. Die gestrige Feierstunde wie auch ein vor wenigen Tagen in Kreuth veranstaltetes Symposium sollten dazu dienen, die auch in der eigenen Partei geschwundene Erinnerung an die Bedeutung dieses Mannes für die heutige Volkspartei CSU, für die soziale Wirtschaftsstruktur wie für den föderativen Aufbau der Bundesrepublik zu beleben.

Strauß erinnerte an die ersten *Nachkriegsjahre, als die CDU ein von* planwirtschaftlichen Zügen durchwobenes Ahlener Programm präsentierte und er, gemeinsam mit dem bayerischen Wirtschaftsminister Seidel (1947–1954) diesem „historischen Irrtum mit aller Leidenschaft" entgegentrat und sich für Erhards Konzept der sozialen Marktwirtschaft in die Schanze schlugen. Der CSU-Vorsitzende: „Es waren harte, aber auch erfüllte Jahre leidenschaftlichen Ringens." Als Credo Hanns Seidels bezeichnete Strauß diese Wirtschaftsform, die „in einem Verhältnis der Spannung zu schrankenlosem Liberalismus auf der einen und ausnahmslos staatlich gelenktem Sozialismus auf der anderen Seite" stehe.

[illegible] Seidel FOTO: KEYSTONE

Daß Seidel heute weithin unbekannt ist, liegt nicht zuletzt an seiner Beschränkung auf Bayern. Er hätte Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Bundesjustizminister und Präsident der Montanunion-Behörde werden können, als leidenschaftlicher Föderalist fühlte er seine Verpflichtung jedoch in Bayern.

Die „deutsche Aufgabe Bayerns" sah Seidel darin, Vorbild zu sein für andere Länder in der Bewahrung und Stärkung des föderativen Staatsaufbaus, den er für bürgernäher und anpassungsfähiger hielt als den Zentralstaat.

Es schien, als würde er von einem Vermächtnis an sich selbst reden, als Strauß den Seidel-Satz zitierte: „Vom Grad der Fähigkeit, die landespolitischen Aufgaben zu erfüllen, hängt der Grad der Überzeugungskraft ab, mit der der Anspruch auf eigenstaatliche Qualität erhalten werden kann."

Bayern würde heute womöglich anders aussehen, wäre Seidel als Parteivorsitzendem (1955–1960) nicht gelungen, die klerikalen Kräfte um Alois Hundhammer zurückzudrängen, die CSU von einer konfessionellen Bindung freizuhalten und ihr dadurch die Basis zu verschaffen, zu einer Volkspartei mit Wahlerfolgen *von rund 60 Prozent* aufzusteigen. Theo Waigel dazu in Kreuth: „Andernfalls hätten wir heute wahrscheinlich *nur* 35 bis 40 Prozent der Stimmen."

Schadenersatz bei Stopp des „Schnellen Brüters"?

Niederlande und Belgien mit 1,5 Milliarden an Kalkar beteiligt

HELMUT HETZEL, **Den Haag**

In Kreisen der beiden Haager Regierungsparteien, der christdemokratischen CDA und der rechtsliberalen „Partei für Freiheit und Demokratie" (VVD), werden Schadenersatzforderungen gegen die Bundesrepublik für den Fall, daß das deutsch-niederländisch-belgische Gemeinschaftsprojekt „Schneller Brüter" in Kalkar nicht ans Netz geht, inzwischen offen diskutiert und grundsätzlich für möglich gehalten.

Zwar hüllen sich die offiziellen Regierungsstellen nach außen hin noch in Schweigen und kommentieren die jüngst von der nordrhein-westfälischen Landesregierung in Düsseldorf getroffene Entscheidung eines Ausbaustopps für Kalkar lediglich mit den Worten: „Wir warten ab." Doch vor allem bei der rechtsliberalen VVD werden jene Stimmen immer lauter, die sich uneingeschränkt für Schadenersatzforderungen aussprechen, falls Kalkar nicht in Betrieb genommen werden sollte.

Der energiepolitische Sprecher der VVD, R. Braams, ist einer der schärfsten Befürworter eines solchen Vorgehen der Haager Regierung. „Wir müssen dann alles versuchen, gegenüber den Deutschen den maximal möglichen Schadenersatzspielraum auszunutzen." Entscheidend für ihn ist dabei, daß das „Aus für Kalkar aus rein politischen Gründen zustande kommt". Der liberale Politiker schlägt daher vor, daß man sich, soweit noch nicht geschehen, auf Regierungsebene zwischen Bonn, Den Haag und Brüssel über „die neue Situation" in Sachen „Schneller Brüter" umgehend verständigen solle.

Bericht Moskaus abwarten

Die Niederlande sind mit 1,1 Milliarden Gulden (rund 1 Milliarde Mark) am Bau des „Schnellen Brüters" in Kalkar beteiligt. Etwas zurückhaltender als die VVD äußert sich der energiepolitische Sprecher der Christdemokraten (CDA). Aber auch der CDA-Sprecher ist ebenso wie sein liberaler Kollege der Meinung, daß Schadenersatzansprüche gestellt werden müßten, „falls Kalkar aus rein politischen Gründen nicht in Betrieb genommen wird". Man solle, so die CDA, aber in jedem Fall erst einmal den Bericht und die genaue Analyse Moskaus bei der Internationalen Atombehörde in Wien über die Gründe der Tschernobyl-Katastrophe abwarten, bevor man solch weitreichende Entscheidungen treffe.

Stärkster Befürworter in Holland für die Inbetriebnahme des „Schnellen Brüters" sind jedoch die niederländischen Elektrizitätswerke (SEP). Die SEP wolle alles tun, um ihre Rechte als Kalkar-Investor „voll und ganz auszuschöpfen".

Brüssel weiter interessiert

Da der christdemokratische Haager Regierungschef Ruud Lubbers unmittelbar nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl für das eigene Land einen Ausbaustopp für zwei noch geplante Kernkraftwerke verkündete, wird in Den Haag allgemein damit gerechnet, daß die Haltung der christlich-liberalen Regierung in der „Kalkar-Frage" und somit auch in Sachen Schadenersatz von der noch zu treffenden Grundsatzentscheidung „Weiterer Ausbau der Kernenergie ja oder nein?", abhängen dürfte.

Ganz anders dagegen sieht man in Belgien die Kernenergie. Brüssel, das ähnlich wie Frankreich bereits 60 Prozent des gesamten Energiebedarfes mit Hilfe der Kernenergie deckt und das an dem Gemeinschaftsprojekt „Schneller Brüter" mit umgerechnet 500 Millionen DM beteiligt ist, hüllt sich auf Regierungsebene zwar ebenso wie Den Haag noch in Schweigen, die Tatsache jedoch, daß man sich im für Kalkar zuständigen Brüsseler Energieministerium kürzlich bereit erklärte, einen noch ausstehenden belgischen Beitrag zum Ausbau der Atomanlage in Kalkar in Höhe von umgerechnet rund 50 Millionen Mark zu bezahlen, dürfte darauf hindeuten, daß die christlich-liberale Brüsseler Regierung unter Premierminister Martens die Inbetriebnahme des „Schnellen Brüters" weiterhin unterstützt.

Im Brüsseler Energieministerium ist man übrigens in der Schadenersatzfrage der gleichen Meinung wie in Den Haag. „Auch wir", so hieß es gegenüber der WELT, „werden verpflichtet sein, Schadenersatzansprüche anzumelden, falls die Inbetriebnahme des ‚Schnellen Brüters' wegen politischer Meinungsverschiedenheiten in Deutschland blockiert werden sollte."

Sorgsam umging Craxi das Thema der Rotation im Amt des Regierungschefs

Programm vorgestellt / Schwerpunkt Finanzen und Außenpolitik / Warnung an Libyen

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Die Regierungserklärung, mit der Bettino Craxi gestern in Rom sein Kabinett dem Parlament vorstellte, erweckte vor allem in zwei Punkten das Interesse der politischen Öffentlichkeit: Der Ministerpräsident entwarf ein Programm für die nächsten 20 Monate bis zum regulären Ende der laufenden Legislaturperiode im Frühjahr 1988, ein Programm also, das im Falle der Respektierung der Koalitionsabmachung über Craxis Ablösung durch einen Christdemokraten im März kommenden Jahres auch noch die nächste Regierung binden würde. Er erwähnte jedoch mit keinem Wort direkt die von ihm eingegangene Verpflichtung, das Amt des Regierungschefs nach acht Monaten einem Repräsentanten der Democrazia Cristiana zu überlassen.

Nur am Rande sprach Craxi in allgemeiner Form von der zwischen den fünf Koalitionsparteien „aus freier Wahl getroffenen politischen und programmatischen Vereinbarung", die in erster Linie diesen Wechsel zum Gegenstand hat. Ob sich die Christdemokraten mit dieser vagen Form zufrieden geben werden, in der sich Craxi zu der von ihm in dieser Frage übernommenen Verpflichtung bekannte, muß in den nächsten Tagen die Parlamentsdebatte über die Regierungserklärung zeigen.

Als Hauptprogrammpunkte für die nächsten 20 Monate nannte der sozialistische Regierungschef neben der Weiterführung des von seinem ersten Kabinett eingeleiteten politischen Stabilisierungsprozesses die weitere Verminderung der Inflationsrate, die für Ende dieses Jahres mit weniger als sechs Prozent veranschlagt wird, den Wiederausgleich der Zahlungsbilanz mit dem Ausland, die Einleitung eines Gesundungsprozesses bei den öffentlichen Ausgaben sowie energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die vor allem in Süditalien und bei der Jugend weit über dem Durchschnitt liegt.

Für die kommenden acht Monate, in denen er vereinbarungsgemäß noch an der Spitze der Regierung stehen soll, stellte Craxi als Programmziele heraus:

– Die Ausarbeitung des Haushaltsfinanzierungsgesetzes für 1987, das bis Ende September dem Parlament unterbreitet werden soll;

– Gesetzgebungsinitiativen zur Verhinderung drohender Volksentscheide über das Strafrecht und die Justiz im allgemeinen

– sowie die Limitierung parlamentarischer Geheimabstimmungen durch Abänderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses.

Einen ungewöhnlich breiten Raum gab der Ministerpräsident der Außenpolitik, ohne allerdings besonders neue Akzente zu setzen. Unter Bezugnahme auf die von ihm als verheißungsvoll dargestellte neueste Phase des amerikanisch-sowjetischen Dialogs sprach er sich für die Wiederingangsetzung eines „authentischen Entspannungsprozesses" aus.

In der Europapolitik erinnerte er an die Bemühungen seiner alten Regierung während der italienischen EG-Präsidentschaft um die Beschleunigung der europäischen Integration. Das Ergebnis dieser Bemühungen habe ihn zwar nicht den Erwartungen der Bürger entsprochen. Italien glaube jedoch nach wie vor, „daß der Übergang von der Wirtschaftsgemeinschaft zu einer authentischen europäischen Union ein Weg ist, zu dem es keine Alternative gibt".

Libyen gegenüber wiederholte Craxi die schon während des Lampedusa-Zwischenfalls ausgesprochene Warnung, daß weitere Angriffe einen italienischen Vergeltungsschlag auslösen würden.

Unita fügt der Luftwaffe Angolas harte Schläge zu

US-Raketen für Rebellen eingetroffen? / Angebot Pretorias

M. GERMANI, **Johannesburg**

Die Meldung der angolanischen Widerstandsbewegung Unita, sie habe am Wochenende bei Munhango in der Provinz Bie sechs Kampfhubschrauber der Regierung abgeschossen, ist für politische Beobachter ein sicheres Anzeichen, daß die von US-Präsident Reagan Ende vergangenen Jahres versprochene Hilfe für den Rebellenführer Jonas Savimbi eingetroffen ist. Bereits Ende Juli hatte die Unita den Abschuß von zwei MiG 23 in der Moxico-Provinz gemeldet. Umstritten war damals in Washington, ob Savimbi die neuesten US Boden-Luft-Raketen vom Typ Stinger erhalten sollte, die für die Kampfkraft seiner rund 60 000 Mann starken Streitkräfte von entscheidender Bedeutung sind.

Die Regierung in Luanda hatte im Oktober vergangenen Jahres eine wichtige Niederlage gegen die Rebellen in der Schlacht von Mavinga erlitten, als Savimbis Truppen den Vorstoß der sowjetisch geleiteten Fapla-Armee zum Stoppen brachten. Seither wurde die angolanische Rüstung mit sowjetischen Waffenlieferungen stark ausgebaut.

Südafrikanische Militärs, allen voran Verteidigungsminister Magnus Malan, halten die Aufrüstung, vor allem der angolanischen Luftwaffe, die über mehr als 160 Kampfflugzeuge der Typen MiG 17 bis 23 sowie über fast die gleiche Anzahl von Kampfhubschraubern verfügt, für im Verhältnis zu umfangreich, um nur eine Guerrilla-Armee von der Größe der Unita zu bekämpfen. Experten weisen in diesem Zusammenhang auf den schwächsten Punkt in der südafrikanischen Verteidigung hin, nämlich ihre Luftwaffe. Die MiG 21 und 23 werden von kubanischen und sowjetischen Piloten geflogen, nur zum geringen Teil von Angolanern selbst.

Großoffensive ausgeblieben

Luanda hat die Erfolgsmeldungen der Rebellen weder bestätigt noch dementiert, berichtete jedoch von einem angeblichen Attentatsversuch auf Unita-Chef Jonas Savimbi durch drei seiner Guerrillaführer. Das hätten angeblich gefangene Unita-Guerrillas ausgesagt. Die drei Verschwörer seien hingerichtet worden.

Bei den Kämpfen in den vergangenen Wochen zwischen den Regierungstruppen und der Unita haben die Rebellen nach Ansicht von Beobachtern einen höheren Preis bezahlen müssen, als das bisher der Fall war. Statt der erwarteten Großoffensive zur endgültigen Zerschlagung der Rebellenstreitkräfte sei es bisher jedoch nur zu sporadischen und vereinzelten Zusammenstößen gekommen. Die angolanische Regierung hat inzwischen die Möglichkeit von „Friedensgesprächen" mit der Unita ausgeschlossen. Ein Regierungssprecher in Luanda erklärte, „es wird niemals Kontakte zu den Marionetten geben".

Abzug Kubas Bedingung

Präsident Edoardo dos Santos hatte auf der OAU-Gipfelkonferenz in Addis Abeba behauptet, Südafrika bereite sich darauf vor, mit 20 000 Mann, 120 Panzern, 350 Geschützen und 800 Panzerwagen, unterstützt von 90 Flugzeugen und 50 Kampf- bzw. Transporthubschraubern, gegen Angola vorzugehen. Südafrika dementierte die Anschuldigungen und verwarf sie als Propaganda, „wie sie von vielen Nachbarn Südafrikas benutzt werde, um ihre internen Schwierigkeiten und die Tatsache, daß Terroristen unterstützt und beherbergt werden, zu verschleiern".

In einem Brief an UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar bot der südafrikanische Außenminister Roelof Botha erneut Verhandlungen seiner Regierung mit Luanda über einen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola sowie im Gegenzug Bemühungen um eine endgültige Unabhängigkeit Namibias an. Präsident Botha hatte im März den 1. August als Stichtag vorgeschlagen, allerdings den Abzug der Kubaner zur Bedingung für die Unabhängikgkeit des Territoriums und die Implementierung der UNO-Resolution 435 gemacht. Luanda hatte dieses Angebot ignoriert.

Die Regierung dos Santos ist weiterhin nur an der bedingungslosen Gewährung der Unabhängigkeit bei Verbleib oder nur teilweisem Abzug ihrer kubanischen Schutztruppen interessiert. Außenminister Botha sagte in seinem Schreiben an Pérez de Cuéllar, die politischen Führer im südlichen Afrika sollten mit Diskussionen beginnen, um ihre Differenzen zu überbrücken. Gleichzeitig beschuldigte er die Regierung in Luanda, für das Scheitern der südafrikanischen Vorschläge verantwortlich zu sein.

Afghanistan als EG-Gipfelthema?

DW. Bonn

Hans-Gert Pöttering, Mitglied des Europäischen Parlaments, hat gestern dazu aufgerufen, den Krieg der Sowjetunion gegen das afghanische Volk zu einem Thema des nächsten EG-Gipfels zu machen.

Die Außenminister der 12 Gemeinschaftsländer sollten bei ihrer nächsten Begegenung diesen „brutalsten und grausamsten Krieg der Gegenwart" zu einem ihrer Hauptthemen erklären und Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs vorbereiten.

Pöttering, sicherheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU im Europäischen Parlament, erklärte, daß die EG – die sich mit Recht der Lage in Südafrika annehme – sich ebenso ernsthaft und konsequent um das Leiden und die Not des afghanischen Volkes kümmern müsse. Sie dürfe sich nicht nur auf wohlklingende Resolutionen beschränken.

Warschau kritisiert Bartoszewski

dpa, Warschau

Das polnische Parteiorgan „Trybuna Ludu" hat gestern den polnischen Historiker Wladyslaw Bartoszewski, der in diesem Jahr den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhält, wegen seines Auftritts bei einer Tagung der „Kirche in Not" in Königstein kritisiert. Diese Organisation sei „kraß anti-kommunistisch" und wolle destruktiv auf die Beziehungen zwischen Kirche und Staat im Ostblock einwirken. „Trybuna Ludu" schreibt weiter, Bartoszweski, der zur Zeit als Gastprofessor in der Bundesrepublik lebt, habe den Westen vor „wertlosen Vereinbarungen" mit Ostblock-Staaten gewarnt. Er habe die Reformierbarkeit des kommunistischen Systems in Frage gestellt, an die in den „gemischten Gebieten" lebenden Deutschen erinnert und sich ironisch über die historischen „urpolnischen" West-Gebiete (Oder-Neiße-Gebiete) geäußert.

Manila spricht mit Rebellen

AP, Manila

Die philippinische Regierung bemüht sich um eine Aussöhnung mit ihren Gegnern. Im Raum von Manila traf Landwirtschaftsminister Ramon Mitra mit den ehemaligen Journalisten und Vertretern der kommunistischen Rebellen, Satur Ocampo und Antonio Zumel, zusammen.

Nachdem Mitra die Präsidentin Corazon Aquino über die Gespräche informiert hatte, teilte er der Presse mit, daß die Treffen weitergeführt werden sollen. Beide Seiten hätten sich darauf geeinigt, die Verhandlungen „Friedensgespräche" zu nennen. Im vorhergegangenen Wahlkampf hatte Frau Aquino den kommunistischen Rebellen Verhandlungen über einen Waffenstillstand zugesichert. Die Aufständischen nahmen ihr Angebot an, verlangten aber die Auflösung der von Marcos für den Kampf gegen die Rebellen aufgestellten Milizeinheiten.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nitrat und „Wasserpfennig"

Wenn man das Verursacherprinzip zum absoluten Grundsatz erhebt, wie etwa Oberbürgermeister Rommel in Stuttgart, dann dürfte es wohl keinen „Wasserpfennig" geben. Denn wenn laut Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen die Stickstoffdüngung beziehungsweise Überdüngung die Ursache für die Nitratbelastung des Grundwassers ist (Grenzwert 50 mg), dann würden ja die Landwirte als Verursacher durch einen Wasserpfennig noch „belohnt", zumindest entschädigt werden, wenn sie auf N-Düngung und Pflanzenschutzmittel in Wasserschutzgebieten verzichten. Damit würde das Verursacherprinzip im Umweltschutz außer Kraft gesetzt, wenn nicht gar auf den Kopf gestellt.

Daß jedoch das Verursacherprinzip, das bei der Behebung von Umweltschäden der Industrie (Kohlekraftwerke, Autoabgase usw.) zweifellos seine Berechtigung hat, nicht absolut gesetzt werden kann, sieht man zum Beispiel daran, daß wohl niemand auf die Idee käme, etwa von den Haushalten, die rund 18 bis 20 Prozent der Umweltschadstoffe erzeugen (Ölheizungen usw.), eine Art „Haushaltsabgabe" oder einen „Ölpfennig" zu verlangen.

Vordergründig gesehen dürften zwar zum Teil auch die bäuerlichen Familienbetriebe, nicht nur die Agrarfabriken, zur Nitratbelastung des Grundwassers beigetragen haben. Betrachtet man aber die größeren Zusammenhänge, so weiß heutzutage jedermann, daß die jahrzehntelange EG-Agrarpolitik zur verhängnisvollen Überschußproduktion geführt hat, wobei eine der wesentlichen Ursachen auch die Stickstoffdüngung beziehungsweise Überdüngung gewesen sein dürfte.

Wenn jedoch Umweltschutz uns alle angeht, wenn die Reinhaltung des Trinkwassers, wenn die Sicherstellung unserer Ernährung – etwa zu 70 Prozent aus der eigenen Landwirtschaft – zur fundamentalen Grundlage unseres Lebens gehören, dann dürfte wohl das Solidarprinzip den Vorrang vor dem Verursacherprinzip bekommen und uns alle einen Wasserpfennig wert sein.

Die Erhaltung der Umwelt kann man wohl nur mit den bäuerlichen Familienbetrieben, nicht gegen sie erreichen.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Hefner,
Freiburg

Bürger und Asylanten

Die in der Asylfrage zu erreichende Erweiterung der Kluft zwischen der Volksmeinung und den handlungsschwachen Politikern ist von der Moskauer Regie noch einkalkuliert, indem sie der Schwächung der Bundesrepublik und ihres Konsenses dienen kann.

Rolf Klaus Hornung,
Reutlingen

*

Geehrte WELT-Redaktion,

mich schmerzt es in der Seele, daß so oft die schweren menschlichen Schicksale hinter dem Politikum „Asylanten" einfach vergessen werden. Wer hat denn je behauptet, daß Nächstenliebe keine Mühen und keine Kosten bedeuten.

Beste Grüße
Peter Schumann,
München

*

Zu den wiederholten Asylberichten der WELT eine naheliegende, aber bisher nicht hervortretende Sicht: Die Weimarer Republik konnte das Recht souveräner Staaten, politisch verfolgten Ausländern Asyl zu gewähren, ausüben, obwohl innerstaatlich ihre Verfassung von 1919 für den Ausländer kein subjektives Grundrecht auf Asyl begründete.

Um so weniger darf, wer nicht darauf aus ist, das eigene Volk zu diffamieren, bezweifeln, daß auch die Bundesrepublik politisch Verfolgten Asyl gewähren würde, auch wenn ihr Grundgesetz von 1949 hierzu schwiege.

Die jüngste Verschärfung des französischen Ausländerrechtes, wäre mit der Stringenz des deutschen verfassungsrechtlichen Asylrechts kaum voranzubringen.

Eines ist gewiß: In den vier politikfähigen Parteien wächst unaufhaltsam die Zahl der Wähler, die verlangen, daß gerade das Schicksal des deutschen Asylgrundrechts notfalls auch Wahlkampfthema wird.

Dr. Rudolf Scheld,
Landgerichtsdirektor a. D.
Gießen

*

Und was tut in dieser rein politischen Sache, dem Asylanten-Problem, unsere Bundesregierung?

Herr Kohl hat lt. WELT vom 28. Juli den Zustand als „unerträglich" bezeichnet und die Möglichkeit direkter Gespräche angedeutet. Einen Tag später war der Bundeskanzler bereits am Wolfgangsee eingetroffen, wo er bis zum 25. August Urlaub machen will. Zwischendurch hat er aber Zeit, in Paderborn am Liborifest teilzunehmen und am 13. August – Tag des Mauerbaus – im Berliner Reichstagsgebäude eine Rede zu halten. Von einem Gesprächstermin mit Herrn Honecker hört man nichts!

Mit freundlichen Grüßen
Rudi Markert,
Wehr/Baden

Trügerisch

„Mehr Tote in Städten: Experten schlagen Alarm"; WELT vom 12. Juli

Sehr geehrter Herr Horrmann,

die Zahlen lesen sich gewiß sehr schön: „Nur" 708 Tote auf der Autobahn, aber 9491 auf den übrigen Straßen.

Diese Sicherheit trügt. Eine bestimmte Straßenlänge kann nur so sicher sein, wie die auf sie entfallende Unfallhäufigkeit. 1984 gab es 400 000 Unfälle mit Personenschaden. Davon entfielen lt. Statistischem Bundesamt auf 8000 Kilometer Autobahn 5 Prozent = 2,5 Unfälle pro Kilometer. Auf die restlichen 478 054 Kilometer Straßen 95 Prozent = 0,8 Unfälle pro Kilometer. Auf 8000 Kilometer Autobahn waren 708 Tote zu beklagen, das sind 9 Tote auf 100 Kilometer! Dagegen 9491 Tote auf den restlichen Straßen oder 2 Tote auf 100 Kilometer!

Nichts gegen die Autobahnen, nur die maßlose Übertreibung ist fehl am Platze.

Mit freundlichen Grüßen
Wolf D. Filbry,
Salem 3

Lob

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,

jeden Wochenanfang nehme ich die Montag-WELT mit dem Bewußtsein aus dem Briefkasten, daß mir ein besonderer Genuß bevorsteht: die Pankraz-Spalte auf der Kultur-Seite.

Dr. Ernst Gmachl,
Salzburg

*

Sehr verehrte Frau Borngäßer,

Ihr hochinteressanter Aufsatz über Odessa „Das versunkene Marseille des Ostens" (WELT vom 29. 7.) veranlaßt mich, Ihnen herzlichen Dank und große Anerkennung für Ihre außerordentlich kenntnisreichen und wichtigen Artikel zu sagen.

Mit freundlichen Grüßen
Hilde Bergänder,
Schalksmühle

„Einheitsblock"

„So kann die CDU die Arbeiter im Revier wieder für sich gewinnen"; WELT vom 26. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

die politische Kernfrage dürfte darin liegen, ob die „Einheitsgewerkschaft", der DGB, auf die freiheitlich-demokratischen Grundsätze der innergewerkschaftlichen Minderheiten genügend Rücksicht nimmt und überhaupt mit unserer Demokratie zu vereinbaren ist.

„Einheitsgewerkschaften", die ihre Macht parteipolitisch mißbrauchen, die darüber hinaus versuchen, andere Gewerkschaften aufzusaugen oder auszuschalten, verstoßen gegen den Geist der pluralistischen Gesellschaft und stören ihr friedliches Funktionieren.

Würden wir uns der Einheitsgewerkschaft anschließen, oder wie viele Kritiker und Befürworter des DGB meinen, im DGB für parteipolitische Neutralität kämpfen, würden wir auf unsere Eigenständigkeit verzichten und uns aufgeben. Unsere Mitglieder würden gleichgeschaltet und ihre Stimmen im geistigen Einheitstopfgericht untergehen.

Uns aber graut vor einem monolithischen Block, der an die Unterdrückung der Eigenart, der Eigenständigkeit und der persönlichen Freiheit erinnert.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Holler,
Erster Vorsitzender des Deutschen Arbeitnehmer-Verbandes,
Marl in Westfalen

Schelte

„Tanz der Macho-Frau auf dem Schreibtisch"; WELT vom 26. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

die großartige Künstlerin Leni Riefenstahl als „Macho-Frau" zu bezeichnen ist ungehörig, beleidigend und der WELT unwürdig.

Hochachtungsvoll
Wolf Dieter Jacobi,
Pullach

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Gewissen: das Bewußtsein eines inneren Gerichtshofes im Menschen."

Immanuel Kant, deutscher Philosoph (1724–1804)

Personen

FILM

„Der Tag davor" – als Gegenstück zu dem amerikanischen Atom-Apokalypse-Film „The Day After" – heißt der nächste Film von **Giuliano Montaldo**. Wie der Regisseur in Rom erklärte, geht es um einen dreiwöchigen Überlebenstest, den 15 Personen in einem Atombunker in der Bundesrepublik Deutschland machen. Gedreht wird in Roms Cinecitta, zu den Mitwirkenden gehört **Burt Lancaster**. Die italienisch-französisch-kanadische Koproduktion entsteht mit einem Budget von rund 13 Millionen Mark.



Burt Lancaster

GEBURTSTAG

Die Titel seiner Bücher verraten bereits, daß **Richard W. Eichler** es liebt, gegen den Strom publizitätsträchtiger Kunstmeinungen zu schwimmen. „Könner – Künstler – Scharlatane" hieß 1960 seine Philippika gegen Abstrakte und Moderne. „Die tätowierte Muse" nahm das Thema fünf Jahre später mit einem Streifzug durch die Karikaturgeschichte auf, denn die Karikaturisten konnten sich – da sie auf konventionelle, verständliche Stilmittel angewiesen blieben – nie recht mit der malerischen Avantgarde anfreunden. „Der gesteuerte Kunstverfall" und „Viel Gunst für schlechte Kunst" waren weitere sarkastische Variationen über das Unbehagen an den Kunstübungen der Zeitgenossen. Andere Bücher widmeten sich der Sprachpflege. Und daß Eichler nicht nur polemisieren kann, zeigte er mit „Liebenau, Bildnis einer sudetendeutschen Stadt". An Preisen mangelt es dem Autor inzwischen nicht, und so wird es ihm auch nicht an Glückwünschen zu seinem 65. Geburtstag am Freitag fehlen.

KIRCHE

Der bisherige Oberhirte der russisch-orthodoxen Kirche von Estland, Metropolit **Alexi von Tallin**, ist zum Metropoliten von Leningrad und Nowgorod bestellt worden. Er nimmt damit in der russisch-orthodoxen Hierarchie nach dem Patriarchen von Moskau den zweiten Rang ein. Die Haltung von Alexi wird von Beobachtern als „regierungskonform" beschrieben. Kritiker werfen ihm besonders vor, sich nur in ungenügendem Maß für Priester und Laien seiner Kirche eingesetzt zu haben, die im Zusammenhang mit ihrem religiösen Engagement in Konflikt mit den Behörden gerieten.

EHRUNGEN

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, **Jürgen Warnke**, hat in Lima vom peruanischen Außenminister **Alan Wagner** den höchsten Orden Perus, den „Sonnenorden", überreicht bekommen. Wagner sprach Warnke die Anerkennung Perus für die deutsche Hilfe aus, die in den letzten 25 Jahren über 1,35 Milliarden Mark betrug. Warnke, der sich zu einem offiziellen Besuch in Lima aufhält, hat Staatspräsident **Alan Garcia** im Namen der Bundesregierung zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland eingeladen.

*

Reinhold Grzybowski, Leiter des Katholischen Kirchenamtes in Hamburg, ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Komtur des Ritterordens des heiligen Gregor des Großen ernannt worden. Die Ehrenurkunde wurde Grzybowski vom Bischofsvikar für Hamburg und Schleswig-Holstein, Weihbischof **Karl-August Siegel**, überreicht.

*

Die Athener Akademie der Wissenschaften hat der Philologin für Neugriechische und Byzantinische Philologie, Frau Professor Dr. **Isidora Rosenthal-Kamarinea** den Preis der Akademie verliehen. Mit dieser Auszeichnung wird „ihr ganzes Werk und Wirken zur Verbreitung des neugriechischen Schrifttums und der neugriechischen Kultur im deutschsprachigen Raum" gewürdigt.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Adolf Nahrstedt** von der Technischen Universität Braunschweig hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Pharmazeutische Biologie innerhalb des Fachbereichs Chemie der Universität Münster erhalten und angenommen.

*

Professor Dr. **Klaus Willecke** ist auf Lebenszeit auf den Lehrstuhl für Genetik und zum Direktor des Instituts für Genetik der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn bestellt worden.

GESTORBEN

Der leitende Testpilot des US-Flugzeugunternehmens Grumman, **Charles A. Sewell** (56), ist am Montag beim Absturz eines von ihm gesteuerten Flugzeugs aus dem Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommen. Sewell war für 330 Einsätze als Jagdflieger in Korea und Vietnam hoch dekoriert worden und hatte 140 Flugzeugtypen erprobt. Die Maschine, bei der nach Augenzeugenberichten offensichtlich der Motor ausgesetzt hatte, stürzte kurz nach dem Start in der Nähe des Flughafens von Brooklyn (US-Bundesstaat Connecticut) in einen Wald und ging in Flammen auf.

*

Deng Jiaxian, führender Atomwissenschaftler der chinesischen Volksrepublik und „unbekannter Vater der chinesischen Atombombe", ist am 29. Juli in Hongkong im Alter von 62 Jahren gestorben. Deng, der seine Ausbildung als Atomphysiker in den USA erhielt und 1950 nach China zurückkehrte, war in den letzten 28 Jahren seines Lebens nicht in der Öffentlichkeit erschienen. Das chinesische Magazin „Outlook Weekly" bezeichnete in einem im Juni veröffentlichten Artikel Deng als „unbekannten Vater der chinesischen Atombombe". Deng leitete ein Forschungsteam, das die erste chinesische Atombombe entwickelte. Persönlich war Deng für 15 der 32 Atomtests verantwortlich, die China seit dem ersten Atombombenversuch in der Wüste Gobi im Jahre 1964 unternommen hat. Deng hatte seine theoretischen Vorarbeiten für die Atombombe 1959 beendet, fünf Jahre vor dem ersten Atombombentest in China. Er war außerdem Leiter des Instituts für Rüstungsforschung und Mitglied des ZK der KP Chinas.



Deng Jiaxian



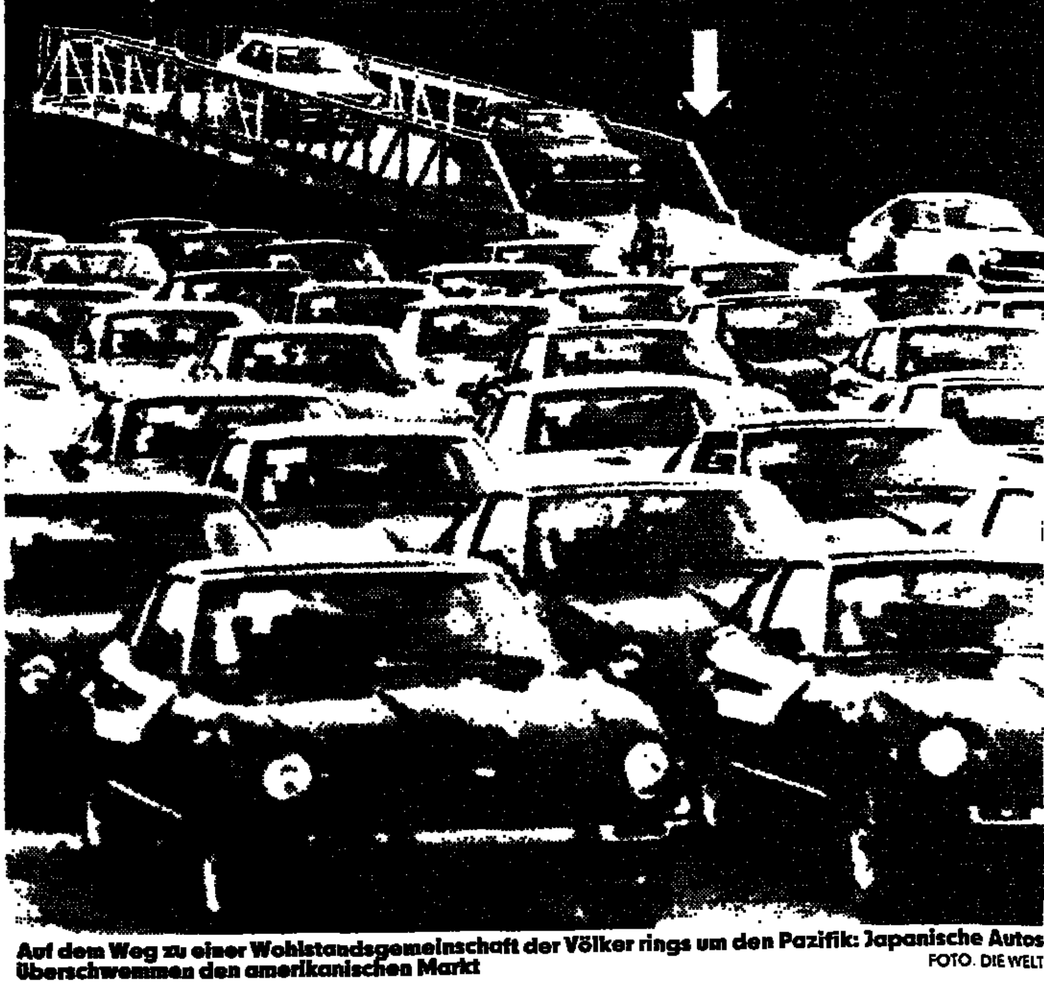
Das pazifische Becken als Schmelztopf: Wie der kleine Kim aus Korea, soeben von amerikanischen Eltern adoptiert, kommen Jahr für Jahr Asiaten in die USA – um zu bleiben. FOTO: DPA

Peter v. Zahn

Verläßt uns Amerika?

6. Folge

Den ersten Anstoß zu einer Neubewertung der Rolle Ostasiens hat Richard Nixon 1972 mit seinem Besuch in Peking gegeben. Aber noch unter Carter wurde die Pazifik-Flotte der USA zum Ersatzteillager für die atlantische Flotte degradiert. Das ist vorbei. Heute fließen die Handelsströme über den Pazifik mächtiger als jene über den Atlantik, Japan ist Amerikas größter Lieferant, und alle Welt spricht von den gloriosen Aussichten des kommenden, des pazifischen Zeitalters.



Auf dem Weg zu einer Wohlstandsgemeinschaft der Völker rings um den Pazifik: Japanische Autos überschwemmen den amerikanischen Markt FOTO: DIE WELT

Das 21. Jahrhundert wird das pazifische Jahrhundert sein

Hundert Meilen nördlich von San Franzisko blickt ein altes russisches Fort auf den Pazifischen Ozean hinaus. Aus den Schießscharten der hölzernen Ecktürme ragen die Mündungen von Kanonen. Hinter Palisaden steht ein Kirchlein mit dem russischen Andreaskreuz auf dem Turm. Der Altar soll in der guten alten Zeit von Kanonen flankiert gewesen sein.

Die gute alte Zeit war 1812. Da gingen hier hundert Russen aus Alaska mit ihren aleutischen Knechten an Land und bauten in großer Eile die Befestigung, die heute Fort Ross heißt. Die spanische Garnison in San Franzisko sollte davon möglichst erst Wind bekommen, wenn bereits vollendete Tatsachen geschaffen waren. Das war im Sinne des vormaligen Gouverneurs von Alaska, des Grafen Resanow, der dem Zaren in den Ohren lag, aus Kalifornien eine russische Übersee-Provinz zu machen. Eine Million chinesischer Kulis aus Kanton würde dabei helfen.

Den Europäer beschleicht beim Besuch von Fort Ross das Gefühl, unbeobachtet an einem versteckten Kreuzweg der Geschichte zu stehen. Ringsum herrscht Ausflugsstimmung. Waghalsige Jungen lassen sich photographieren, wie sie auf der Kanone reiten. Es sind kleine Amerikaner, manche mit japanischen Gesichtszügen, alle in Jeans, keiner in Kosakenbluse.

Daß es so kommen würde, war 1812 keine ausgemachte Sache. Überall auf der Welt war das ein turbulentes Jahr. Die Briten zündeten Washington an und die Franzosen standen in Moskau. Davon wußten die Russen in Fort Ross noch nichts; Nachrichten reisten mit monatelanger, womöglich jahrelanger Verspätung. Nordkalifornien war Niemandsland zwischen Rußland und Spanien. Zwischen einer aufsteigenden und einer absteigenden Kolonialmacht.

Roter Block zwischen Elbe und Gelbem Fluß

Die Briten waren an der pazifischen Küste Kanadas vorerst nur durch die Pelzhändler der Hudson Bay Company vertreten, Frankreich hatte Louisiana eben verkauft, die Vereinigten Staaten reichten nur bis zur Mitte des Kontinents. Wer zum Teufel hätte damals den Zaren hindern können, sich an der nordamerikanischen Küste des Stillen Ozeans festzusetzen und Kalifornien, leer wie es war, zu russifizieren?

Einige Gebäude in Fort Ross haben Brände und das Erdbeben von 1906 überstanden, andere sind rekonstruiert. Das Haus des letzten Kommandanten steht noch, wie er es für seine Frau, eine geborene Prinzessin Helena Gagarin, gebaut hatte. Für sie ließ er einen Konzertflügel, eine gelehrte Bibliothek und feine französische Weine aus St. Petersburg kommen. Der Transport durch Sibirien, ehe es die Eisenbahn gab, und entlang den Küsten von Alaska und British Columbia mit dem Segelschiff war etwas umständlich. Er dauerte zwei Jahre. Die Länge der Nachschubwege war einer der Gründe, warum die Russen 1841 den südlichsten Befehlsstand ihrer Besitztümer auf der amerikanischen Seite des Stillen Ozeans an Johann August Sutter aus Kandern in Baden verkauften, der einige Jahre später den großen Goldrausch und damit die Besitznahme Kaliforniens durch die Vereinigten Staaten auslöste. 1864 folgte der Verkauf von Russisch-Alaska.

Inzwischen hatte das Erscheinen einer Flotte der US Navy vor Yokohama die Öffnung Japans für den Handel mit der westlichen Welt erzwungen. Ein halbes Jahrhundert später gerieten sich das kaiserliche Rußland und das kaiserliche Japan um Außenprovinzen des chinesischen Reiches in die Haare. Ein amerikanischer Präsident mußte Frieden stiften. Rußland schied zunächst als pazifischer Rivale der beiden Großmächte Japan und USA aus. China mauserte sich mit amerikanischer Inspiration zur Republik Sun Yat-sens. Die politische Entwicklung im Stillen Ozean war eingeleitet, die mit Pearl Harbour und der Kapitulation Japans auf dem Deck des Schlachtschiffes „Missouri" enden sollte.

Als ich zum ersten Mal nach Kalifornien kam, war der Korea-Krieg in vollem Gang. General MacArthur, der Verkünder des pazifischen Jahrtausends, wurde am Jalu-Fluß von den chinesischen Armeen zurückgeworfen. In Washington tobte der Parteienstreit um die Frage: Wer hat China „verloren"?

Amerika beherrschte seit dem Zweiten Weltkrieg die Meere, die Inseln und die Luft, aber das Festland von Asien mußte während der engen Zusammenarbeit zwischen Stalin und Mao als Handelspartner abgeschrieben werden. Japan lag noch in Ruinen und litt unter dem Schock der ersten beiden Atombomben. Niemand ahnte, was sich da unter dem wohlwollend autokratischen Prokonsulat MacArthurs anbahnte.

In Los Angeles oder San Franzisko stand über Asien und die Gegenküste nur das in den Zeitungen, was sich auf die Verteidigung Formosas durch die USA und auf die drohende Konsolidierung eines gewaltigen, kommunistischen Blocks zwischen der Elbe und dem Gelben Fluß bezog. Man las das Gleiche wie an der Ostküste. Man hätte gelacht, hätte einem jemand etwas von der künftigen Gläubigerposition Japans auf den amerikanischen Finanzmärkten vorgefaselt. Eine Wohlstandsgemeinschaft der Völker um den Stillen Ozean? Kein Thema.

Es gab noch keinen furiosen Wirtschaftsaufschwung in Korea und Taiwan. Hongkong war Kronkolonie und Singapur ein englischer Stützpunkt. In Malaysia focht General Templer einen Guerrillakrieg, und ehemalige Angehörige der Waffen-SS waren als Fremdenlegionäre in Dien Bien Phu für die Wiederherstellung der französischen Kolonialherrschaft tätig. Die Amerikaner als Anrainer des Stillen Ozeans interessierte das nicht besonders. Sie hatten gerade den Grundstein für eine deutsche Beteiligung am nordatlantischen Bündnis gelegt. Sie waren auf Europa fixiert.

1986 heißt es: „Die Interessen der Vereinigten Staaten verlagern sich vom Atlantik in den Stillen Ozean. Das 21. Jahrhundert wird das pazifische Jahrhundert sein."

Der Europäer liest und hört das während einer Reise durch die USA häufig. Die Prognose wird manchmal mit missionarischen Untertönen vorgetragen. Sie kann uns nicht kalt lassen. Sollte die amerikanische Schutzmacht wirklich ihr Hauptaugenmerk von Europa auf Asien wenden, so würde das auch für die Bundesrepublik, für die NATO, für West- und Osteuropa die Frage nach einer Neuorientierung des Denkens aufwerfen. Auf was gründet sich die Behauptung von der Verlagerung der amerikanischen Interessen in den Stillen Ozean heute?

Zwei Milliarden leben rund um den Pazifik

Es gibt mehrere Antworten. Die einfachste wird durch einen Blick auf die Statistik erteilt. An den Küsten des Stillen Ozeans leben zwei Milliarden Menschen. Doppelt soviel wie um den Atlantik. Die Handelsströme über den Pazifik fließen mächtiger als die über den Atlantik. Vor einem Vierteljahrhundert betrug der Güteraustausch zwischen Amerika und Ostasien nur knapp die Hälfte des Handels zwischen den USA und Europa. Heute ist er um ein Viertel größer.

Den Veränderungen der Perspektive liegt in der Tat vornehmlich der rasante Aufstieg Japans zugrunde. Japan ist der bedeutendste Handelspartner der USA und zugleich der größte Gläubiger geworden. Was Produktionskraft, technologische Leistung und modernen Service angeht, so ist das Land der aufgehenden Sonne heute allen anderen voraus und den Amerikanern dicht auf den Fersen. Nur in der Sparte „militärische Sicherheit" liegt es weit hinten, und das wird von allen Nachbarn so gewollt.

Weniger leicht erklärbar ist, warum man in Amerika erst heute so häufig und von den Neokonservativen ganz vehement mit der Nase darauf gestoßen wird, und früher nicht. Man muß da wohl den Vietnam-Schock als Erklärung heranziehen. Er hatte im Zusammenspiel mit den innenpolitischen Wirren der siebziger Jahre den klaren Blick der amerikanischen Öffentlichkeit für die Entwicklungen in Asien getrübt, zeitweise sogar zu einer Art psychologischer Abkoppelung von Asien geführt. Während der Amtszeit Präsident Carters wurde zum Beispiel die pazifische Flotte der USA zum Ersatzteillager der atlantischen degradiert. Aus Südkorea sollten die amerikanischen Truppen möglichst schnell heimwärts verschwinden. Von Taiwan wollte man die schützende Hand abziehen. Erst heute sind die Amerikaner psychisch in der Lage, vor die granitene Namenstafel für 55 000 Gefallene des Vietnamkrieges in Washington zu treten, sich an den Händen zu fassen und zu beten.

Den frühesten Anstoß zur Neueinschätzung der Rolle Ostasiens gab Präsident Nixon. Er befolgte als erster die Einsicht, daß die Konflikte zwischen den kommunistischen Bruderländern Asiens tiefer reichten als die zwischen China und dem Westen oder zwischen Rußland und dem Westen. Vielleicht mußte einer am Pazifik geboren sein, um sich von den Fixierungen des in Europa entstandenen Kalten Krieges freizumachen.

Wie richtig dieser Ansatz war, beweisen zwei Ereignisse, die durchaus nicht unter der Kontrolle Amerikas verliefen. Gemeint ist die Öffnung Chinas unter Deng für ein liberalisiertes Wirtschaftssystem – und die Besetzung Afghanistans durch sowjetrussische Truppen. Zusammen mit dem Aufstieg Japans zur beherrschenden Wirtschaftsmacht Asiens erheischte dies gebieterisch die Konzentration der USA auf Asien als den Platz großer, kommender Veränderungen.

Verglichen mit den Erschütterungen der Landschaft um den Stillen Ozean seit Hiroshima hat sich auf der atlantischen Seite nicht viel von Bedeutung zugetragen. Gott sei Dank. Die Teilung Deutschlands, die Blokkierung der russischen Expansion an der Elbe, der mühselige Bau einer europäischen Gemeinschaft – das sind alles weltpolitisch wichtige Fakten. Aber seit fünfzehn Jahren ist die Lage in Europa konsolidiert, wenn nicht gar beruhigt. Seit dem russischen Einmarsch in die Tschechoslowakei und dem Viermächteabkommen über Berlin weiß jeder, wo der andere steht. Große Katastrophen drohen der Welt nicht aus Europa. Mächtige Eingriffe ins Weltgetriebe auch nicht.

Onkel Sam trägt die Herkules-Last

Ein Kenner der Macht, wie der japanische Ministerpräsident Nakasone, ist sogar davon überzeugt, daß sich die Sowjetunion in Europa in die Defensive gedrängt fühlt, während sie im Bereich des Stillen Ozeans noch auf Beute hofft.

Bei aller Achtung vor der Art, wie die amerikanische Diplomatie in Manila den Übergang von Marcos auf Frau Aquino bewerkstelligt hat – die Guerrilla-Bewegung auf den Inseln der Philippinen ist sicher nicht ohne Nachhilfe Moskaus so lebendig. Nicaragua hat auch eine pazifische Küste, und russische Kreuzer und U-Boote dürfen in den ehemals amerikanischen Marinestützpunkten von Vietnam auf gute Bedienung rechnen. Das ist übrigens so neu nicht. Da lag schon einmal eine russische Flotte. Sie kam aus Europa und sollte die Wende im russisch-japanischen Krieg herbeiführen. Sie fand ein nasses Grab in der Meerenge von Tsushima.

Ohne die gestaltende Kraft Amerikas wäre das jetzt um den Stillen Ozean herrschende Kräftegleichgewicht nicht denkbar gewesen. Mit der Wiederaufrichtung Japans nach dem Kriege unter dem Zeichen der Marktwirtschaft haben die USA eine Erfolgsstory geschrieben, auf die sie stolz sein dürfen. Sie haben in Korea, Taiwan, Hongkong und Singapur eine solide Wirtschaftspolitik begünstigt und geschützt. Das Modell ist in seiner Mischung von Vorteilen für die Bauernfamilie und industriellem Wachstum eine gelungene Demonstration. Wenn sie es nicht sonst überall schon getan hätte, hat die private Marktwirtschaft in Asien ihre Vorzüge gegenüber jeder Kommandowirtschaft klar bewiesen.

Die USA nahmen Risiken in Kauf. Zum Beispiel, daß ihre Partner am Pazifik zunächst westliche Techniken kopierten und billige Massenware exportierten. Die Löhne waren lächerlich niedrig, die Ansprüche gering. Nach einem Vierteljahrhundert exportieren die Japaner nun das Beste vom Besten. Ihre sozialen Bedingungen sind auch ohne Wohlfahrtsstaat nicht schlechter als im Westen. Sofern die Ziffern der Einkommensverteilung, des Alphabetismus und der Kindersterblichkeit irgend etwas gelten, sind sie sogar besser.

Das Modell, das von den Japanern vorexerziert und dann von anderen übernommen wurde, fand zunächst den vollen Beifall der amerikanischen Lehrmeister. Heute wird es von ihnen hier und da als bedrohliche Konkurrenz empfunden. Man hat die „kleinen" Japaner mit beinahe sportlichem Ehrgeiz aufsteigen sehen. Man half noch nach, indem man Produktionsstätten nach Asien verlegt und sich zu Hause mit Forschung und Entwicklung beschäftigt hat. Aber ohne kräftige Produktionsbasis schweben Forschung und Entwicklung im luftleeren Raum.

Der technologische Vorsprung der Japaner löst infolge seiner Kostenvorteile in Amerika Wellen des Protektionismus aus. Das führt zu schmerzlichen Druckstellen und Anpassungsblasen auf beiden Seiten. Mag sich das Weiße Haus in Washington noch so sehr um die Abwehr unvernünftiger Schutz- und Subventionsforderungen der eigenen Industrie bemühen und die Regierung in Tokio noch so sehr den Abbau stiller Importrestriktionen bei ihrer eigenen Bürokratie betreiben – die Reibungen bleiben beträchtlich.

Das hält aber die Japaner nicht davon ab, amerikanische Schatzscheine zu kaufen, als gelte es ihr Leben. Sie vermindern dadurch das Defizit in der amerikanischen Zahlungsbilanz. Sie nennen es „die Gegenleistung" dafür, daß sie nur knapp über ein Prozent ihres Sozialprodukts für ihre Verteidigung aufwenden müssen. Die Herkules-Last trägt Onkel Sam. All das schafft Friktionen, die unbequem, und Abhängigkeiten, die ungemütlich sind.

Dennoch bleibt unter dem Strich bisher ein gewaltiger Gewinn für beide erkennbar: nämlich sichere Wege zur Befriedigung der japanischen Rohstoff-Bedürfnisse; gegenseitige Befruchtung in der Hochtechnologie; Verflechtungen durch Investitionen hin und her quer über den Stillen Ozean; schließlich und endlich das Gefühl, etwaigen militärpolitischen Bedrohungen ein formidables Doppelgespann entgegensetzen zu können.

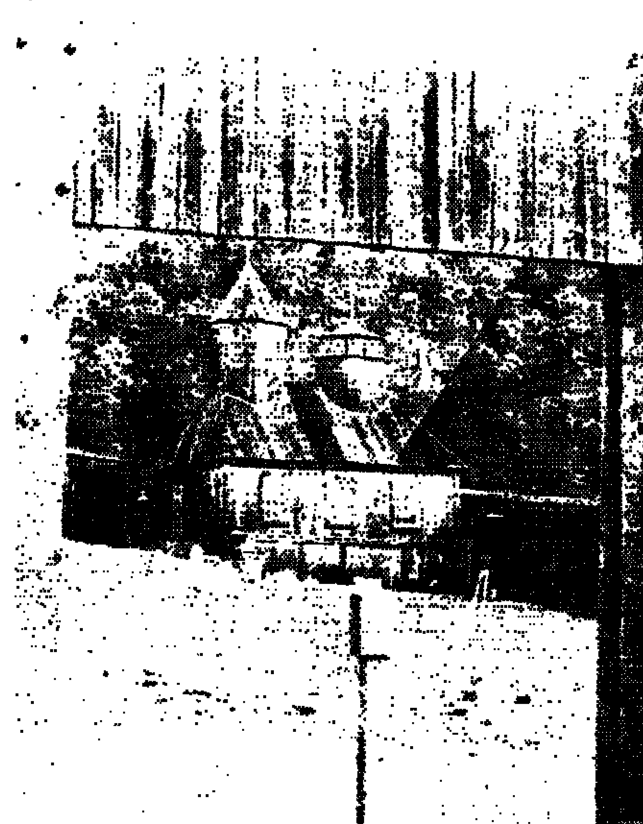
Europas elegante Leichenstarre

Manche meiner Gesprächspartner in der Neuen Welt schwärmten von den Aussichten auf das pazifische Zeitalter. Einige verglichen die elegante Leichenstarre Europas mit der Vitalität der Völker um den Stillen Ozean. Nach „Libyen" wurden bei denen auf der rechten Seite des politischen Spektrums drohende Untertöne hörbar – etwa der Art: „Wenn die Europäer ihre Verpflichtungen ignorieren und Knüppel in die Speichen des amerikanischen Streitwagens werfen, dann wird die Verlagerung der amerikanischen Interessen in den pazifischen Raum forciert. Dann haben es sich die Europäer selbst zuzuschreiben, wenn sie im Regen stehen bleiben."

Man muß das nicht zu ernst nehmen. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts bleibt der Schutz des Atlantik und die Sicherung Berlins ein Axiom der amerikanischen Weltpolitik. Gleichwertig wird sich allerdings mit der Zeit das Bedürfnis herausstellen, die jetzigen, immer noch beträchtlichen Konfliktstoffe im pazifischen Raum in einem soliden Sicherheitssystem aufzufangen. Es muß ein System der Bündnisse von Demokratien werden, die intern keine Schwierigkeiten bei der Ablösung ihrer Regierung durch eine Opposition haben.

Was dann im nächsten Jahrtausend kommt – wer weiß es schon? Die Verteidigung im Weltraum, sollte sie sich bis dahin als möglich herausstellen, wird keinen Unterschied zwischen der atlantischen und der pazifischen Seite Amerikas machen. Der Globus ist rund, und die Neue Welt ist eine Insel, die in alle Himmelsrichtungen Ausschau hält.

Das Sicherheitssystem im Pazifik, von dem eben die Rede war, muß natürlich in erster Linie von den Amerikanern mit Hilfe Japans zustande gebracht werden. Es wird aber unvernetzt mit dem westeuropäischen System nur halb soviel wert sein. Militärisch ist Amerika Bindeglied und Rückgrat des existierenden europäischen und des erhofften pazifischen Sicherheitsbündnisses. Wirtschaftlich bedarf es der engeren Verflechtung der Märkte und harmonisierter Staatsstrukturen, soweit sie den Handel beeinflussen. Das ist ohne Amerika ganz undenkbar, mit Amerika aussichtsreich; ohne die europäischen Mächte ein Torso, mit ihnen mehr als nur ein frommer Wunsch.



Ein Klavier aus St. Petersburg für Fort Ross: Als der Zar noch über Teile Amerikas regierte – Alaska und ein Stück Kaliforniens, entstand nördlich von San Franzisko das Fort Ross (Foto). Der Nachschub aus Rußland ging über Sibirien und war zwei Jahre unterwegs. – Richard Nixons historischer Besuch bei Chinas Großem Vorsitzenden, Mao Zedong: Wie richtig das Konzept hinter dieser Visite war, erkannten manche erst nach der Öffnung Rotchinas unter Deng und nach dem Einfall der Sowjets in Afghanistan.



Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54/ 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.

Samstag in der WELT

Die Rolle der amerikanischen Frau – Wie mächtig ist Reagan? – Nur im Notfall und nur für US-Interessen: Intervention in Übersee

Herr, dein Wille geschehe.

Unerwartet wurde mein geliebter, gütiger Mann, unser Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Dr. Otmar Emminger

Bundesbankpräsident i. R.

* 2. 3. 1911 Augsburg † 3. 8. 1986 Manila

aus einem erfüllten, arbeitsreichen Leben abberufen.

In tiefer Trauer:
Dr. Gisela Emminger geb. Boden
Haimo Emminger
und Frau Antje geb. Daniel
mit Eva und Florian
Irmgard Emminger geb. Schwaag
mit Andrea, Michael und Sandra
Dr. Eberhard Emminger und Familie
und Angehörige

6000 Frankfurt 70, Hasselhorstweg 36
Münster, Augsburg

Das Seelenamt findet am 11. August 1986 um 9.30 Uhr in der kath. Pfarrkirche St. Wendel, Frankfurt-Sachsenhausen, Altes Schützenhüttengäßchen 6, statt.

Die Beisetzung ist anschließend um 10.30 Uhr auf dem Südfriedhof, Frankfurt-Sachsenhausen, Darmstädter Landstraße 229.

Statt zugedachter Kränze bitten wir um eine Spende zugunsten der Deutschen Herzstiftung e. V., Konto-Nr. 90 003 500 bei der Dresdner Bank AG, Frankfurt (BLZ 500 800 00), oder der Stiftung Deutsche Krebshilfe, Konto-Nr. 90 90 90 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00).

Die Deutsche Bundesbank trauert um

Dr. oec. publ. Otmar Emminger

Präsident der Deutschen Bundesbank i. R.
Träger des Großkreuzes des Verdienstordens
der Bundesrepublik Deutschland,
des Bayerischen Verdienstordens
sowie hoher internationaler Auszeichnungen

Otmar Emminger verstarb am 3. August 1986 im 76. Lebensjahr in Manila. Er hielt sich dort im Auftrag der Bundesregierung als Berater der Regierung der Philippinen auf.

In seiner jahrzehntelangen Arbeit im Dienste der deutschen Notenbank – seit 1970 als deren Vizepräsident und von 1977 bis 1979 als Präsident und Vorsitzender des Zentralbankrats – vertrat er die Interessen der Bundesrepublik Deutschland in wichtigen internationalen Gremien mit Überzeugung und Geschick.

Währungsstabilität und eine freiheitliche nationale und internationale Währungsordnung waren die Ziele, für die er mit unermüdlicher Arbeitskraft, Sachverstand und Eloquenz eintrat. Sie begründeten die Achtung und das außerordentliche Ansehen, das er sich im In- und Ausland erworben hat. Sein Reichtum an Erfahrungen und Kenntnissen waren für alle, die mit ihm arbeiteten, von unschätzbarem Wert.

Die Deutsche Bundesbank hat dem Verstorbenen viel zu verdanken. Wir werden Otmar Emminger ein treues und verpflichtendes Gedenken bewahren.

Das Direktorium und der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank

Karl Otto Pöhl
Präsident

Helmut Schlesinger
Vizepräsident

Das Seelenamt findet am 11. August 1986 um 9.30 Uhr in der kath. Pfarrkirche St. Wendel, Frankfurt-Sachsenhausen, Altes Schützenhüttengäßchen 6, statt.

Die Beisetzung ist anschließend um 10.30 Uhr auf dem Südfriedhof, Frankfurt-Sachsenhausen, Darmstädter Landstraße 229.

Am 3. August 1986 verstarb plötzlich und unerwartet im 76. Lebensjahr der Vorsitzende unseres Verwaltungsrates

Präsident der Deutschen Bundesbank i. R.

Dr. Otmar Emminger

Der Entschlafene gehörte dem Verwaltungsrat unserer Bank seit dem Frühjahr 1980 an; zugleich war er Vorsitzender dieses Gremiums und seiner Ausschüsse. Durch seine fachlichen Qualitäten, seine Erfahrungen und seine hohen menschlichen Eigenschaften war er für unser Haus stets Helfer und Vorbild. Seinen Rat werden wir nun schmerzlich vermissen.

In Verehrung und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von diesem hochgeachteten Mann.

Wiesbaden, den 4. August 1986

Verwaltungsrat und Vorstand
der
Deutschen Pfandbriefanstalt

Das Seelenamt findet am 11. August 1986 um 9.30 Uhr in der kath. Pfarrkirche St. Wendel, Frankfurt (Main)-Sachsenhausen, Altes Schützenhüttengäßchen 6, statt.

Die Beisetzung ist anschließend um 10.30 Uhr auf dem Südfriedhof Frankfurt (Main)-Sachsenhausen, Darmstädter Landstraße 229.

Wir trauern um

Dr. Otmar Emminger

Bundesbankpräsident i. R.

Der Verstorbene gehörte seit 1980 dem Aufsichtsrat unseres Unternehmens an. Dank seines überragenden Sachverstandes, seiner reichen internationalen Erfahrungen und der Kraft seiner Persönlichkeit hatte sein Wort Gewicht. Er hat sich um unser Unternehmen verdient gemacht.

Wir bleiben Dr. Otmar Emminger in aufrichtiger Dankbarkeit verbunden.

Geschäftsführung, Aufsichtsrat, Betriebsräte und Mitarbeiter
der
Haindl Papier GmbH
Augsburg

Wir trauern um Herrn

Dr. Otmar Emminger

Völlig unerwartet wurde der Verstorbene am 3. August 1986 aus seinem aktiven Wirken gerissen. Seit 1979 gehörte er unserem Beirat an, in dem wir ihn als herausragende Persönlichkeit mit großer menschlicher Ausstrahlung geschätzt haben.

Mit Herrn Dr. Emminger verlieren wir einen an Hermes und der Kreditversicherung besonders interessierten Ratgeber von hohem Ansehen.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Aufsichtsrat, Beirat und Vorstand
Hermes
Kreditversicherungs-AG

Am 2. August 1986 verstarb der stellvertretende Vorsitzende unseres Aufsichtsrats

Dr. Otmar Emminger

Bundesbankpräsident i. R.

Der Verstorbene gehörte unserem Aufsichtsrat seit 1981 an.

Durch seine reiche Erfahrung und sein kritisches Urteil war er uns stets ein wertvoller Ratgeber.

Wir gedenken seiner in Trauer und Dankbarkeit.

Aufsichtsrat und Vorstand
der
DWT Deutsche Warentreuhand-Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Hamburg

Reagan startet nationalen Feldzug gegen Drogensucht der Amerikaner

Im Kabinett keine Widerstände gegen Pflicht-Tests / 2,5 Milliarden Dollar bereitgestellt

FRITZ WIRTH, Washington

Das amerikanische Kabinett wird sich demnächst freiwillig Rauschgift-Tests unterziehen. Die Bereitschaft dazu ist Teil einer Publicitiy-Kampagne, *mit der Präsident Reagan* gestern einen Feldzug gegen die sich in den USA epidemisch ausbreitende Rauschgiftsucht ankündigte. „Dies ist nicht eine weitere Offensive gegen den Rauschgiftmißbrauch", sagte Reagan, „dies ist ein nationaler Versuch, die USA von diesem Fluch zu befreien und jeden Teil unserer Gesellschaft gegen diese Gefahr zu mobilisieren".

Erfolge durch Drogentests

Das Programm sieht vor, daß sich staatliche Angestellte in „sensitiven Positionen", in denen die Sicherheit des Staates oder das Leben von Bürgern auf dem Spiel steht, wie etwa Fluglotsen sich künftig Pflichttests unterziehen müssen. Bei anderen Staatsangestellten soll er auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Reagan deutete an, daß Rauschgifttests künftig Teil des Einstellungsverfahrens für alle Staatsangestellten würden.

Bei den amerikanischen Militärstreitkräften sind Rauschgifttests seit Jahren üblich. Carlton Turner, der Berater des Weißen Hauses in der Rauschgiftbekämpfung, erklärte, daß der Rauschgiftgebrauch in den Streitkräften seither um 67 Prozent zurückgegangen sei. Reagan nannte fünf Ziele für seine Kampagne:

- Sie soll rauschgiftfreie Arbeitsplätze für alle Amerikaner schaffen.
- Die amerikanischen Schulen und Universitäten sollen vom Rauschgift *gesäubert werden.*
- Sie soll die amerikanische Öffentlichkeit besser über die Gefahren des Rauschgifts informieren.
- Die Strafen gegen Rauschgifthändler sollen verschärft werden.
- Es soll eine größere internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Rauschgiftgefahr angestrebt werden.

Nach Auskunft des Weißen Hauses gibt es in den USA zur Stunde drei bis fünf Millionen regelmäßige Kokainbenutzer. Etwa 20 Millionen Amerikaner rauchen regelmäßig Marihuana, außerdem gibt es rund zehn Millionen Alkoholsüchtige. Die Zahl der Toten durch Rauschgift hat sich seit 1981 in den USA verdreifacht. Reagan gab keine Einzelheiten seiner Kampagne bekannt. Ein Mitarbeiter erklärte jedoch, daß im nächsten Staatshaushalt etwa 2,5 Milliarden Dollar für diesen Anti-Rauschgift-Feldzug bereitgestellt werden sollen. Die Kosten für einen Rauschgifttest werden auf 100 Dollar veranschlagt.

Kabinett gibt Beispiel

Die Tests sind umstritten, weil ihre *Zuverlässigkeit infrage gestellt* worden ist. Bürgerrechtler haben sich gegen die Testpläne Reagans geäußert. Reagan erklärte, daß es innerhalb seines Kabinetts keine Widerstände gegen Pflichttests gegeben habe. „Wir haben uns im Kabinett zu freiwilligen Rauschgifttests bereiterklärt", sagte er, „um vor allem dem Management großer Industriebetriebe ein Beispiel zu geben". *Reagan trat dafür ein, die* Benutzer von Rauschgift nicht zu bestrafen, sondern ihnen zu helfen. Stattdessen sollen die Rauschgifthändler unnachsichtig verfolgt werden.

Moskau sieht Verhandlungs-Spielraum

Shultz und Schewardnadse treffen sich im September / Wird SDI zentrales Gipfelthema?

wth, Washington

Das zweite Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow nimmt konkrete Formen an. Das amerikanische Außenministerium kündigte gestern an, daß sich die beiden Außenminister Shultz und Schewardnadse am 19. und 20. September zu vorbereitenden Gesprächen in Washington treffen werden.

Diese Begegnung zwischen den beiden Außenministern war ursprünglich für Mai geplant gewesen, wurde jedoch von den Sowjets nach den amerikanischen Bombenabwürfen *auf Libyen im April dieses Jahres* abgesagt. Damit scheiterte auch der zunächst für den Sommer geplante Gipfel zwischen beiden Regierungschefs. In Washington geht man davon aus, daß er nun Ende November oder Anfang Dezember über die Bühne gehen wird.

Gut informierte Kreise in Washington glauben, daß der jüngste zweieinhalb Seiten lange Brief Präsident Reagans an Gorbatschow den bisherigen sowjetischen Widerstand gegen diese Begegnung durchbrochen hat. Nach diesen Informationen enthält Reagans bislang strikt geheimgehaltener Brief hinreichende konkrete Angebote, die dem Kreml die Gewißheit gegeben haben, daß es auf diesem Gipfel genug Spielraum für sinnvolle Verhandlungen gibt. Gorbatschow hatte das Zustandekommen des Gipfels bisher stets von der Aussicht auf „konkrete Ergebnisse" abhängig gemacht.

Nach übereinstimmenden inoffiziellen Berichten hat US-Präsident Reagan das Gipfel-Interesse der Sowjets besonders dadurch geweckt, daß er das Thema der Weltraumverteidigung SDI zur Debatte gestellt hat. Auf dem letzten Gipfel in Genf hatte er SDI noch völlig aus den Diskussionen ausgeklammert. Nach diesen Berichten ließ Reagan verlauten, daß er die Absicht habe, die Forschungs- und Testarbeiten am SDI-Projekt noch mindestens fünf Jahre fortzusetzen. Dann soll eine zweijährige Übergangsperiode folgen, in der mit den Sowjets über die gemeinsame Installierung von Verteidigungssystemen im Weltraum verhandelt wird. Sollten die Verhandlungen dieser Übergangsperiode ergebnislos verlaufen, würden die USA unilateral mit der Installierung dieses Systems beginnen.

Die Sowjets dagegen hatten vorgeschlagen, den ABM-Vertrag, der in seiner jetzigen Form die Installierung dieses Verteidigungssystems untersagt, um weitere zehn bis 15 Jahre zu verlängern. Dieses Gipfelvorgefecht läßt darauf schließen, daß die SDI-Frage zum zentralen Thema des nächsten Gipfels zu werden verspricht.

Bischof warnt Pastoren vor Brokdorf-Aktion

epd, Kiel

Evangelische Pastoren sollen nicht an der „Sommerblockade" gegen das Kernkraftwerk Brokdorf teilnehmen, die für heute geplant ist. Der Vorsitzende der Nordelbischen Kirchenleitung, Bischof Ulrich Wilckens, hat diese *„dringliche"* Aufforderung in einem Rundschreiben an die rund 20 Pastorinnen und Pastoren gerichtet, die an der Vorbereitung der Blockade beteiligt sind. Pastoren dürften nicht an Aktionen teilnehmen, in denen „der Schritt vom Protest zum Widerstand vollzogen wird". Damit werde der politische Dialog über die Risiken der Atomtechnik blockiert.

Mitte Juli hatten die „Solidarische Kirche", „Pax Christi", ein „Blockadeplenum Brokdorf" und andere Gruppen zu „regelmäßigen Sitzblokkaden" aufgerufen. Ziel sei es, die Schlußphase der Arbeiten und die vor der Inbetriebnahme vorgeschriebene Sicherheitsprüfung zu behindern. Als Start war der 41. Jahrestag des Abwurfes der Atombombe über Hiroshima am 6. August gewählt worden.

Legten Hausbesetzer Brand in Rathaus?

AP, Freiburg/Münster

Auf das Technische Rathaus in Freiburg ist in der Nacht zum Dienstag ein Brandanschlag verübt worden. Unbekannte hatten Fenster eingeschlagen und im Inneren des Gebäudes Feuer gelegt. Ein Raum brannte völlig aus, zwei weitere wurden stark beschädigt. Der Sachschaden beträgt 100 000 Mark.

Die Polizei vermutet, daß die Täter *im militanten Umfeld der örtlichen* Hausbesetzerszene zu suchen sind. An das Technische Rathaus hatten die Brandstifter die Parole „Hilda" gesprüht. In der Freiburger Hildastraße war in der vergangenen Woche ein besetztes Haus geräumt worden.

Ebenfalls bei einem Brandanschlag wurden Unterlagen mit Forschungsergebnissen aus 30 Jahren im Institut für Humangenetik der Universität Münster vernichtet. Kurz nachdem der Schwelbrand bemerkt worden war, explodierte in einem anderen Raum eine selbstgebastelte Bombe. Das Gebäude war zuvor mit Parolen besprüht worden, die dem Institut „rassistische Forschung" vorhielten.

Kreml sucht Aussöhnung mit Khomeini-Regime

Ranghohe Delegation von Staatschef Gromyko empfangen

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Die Sowjetunion strebt offenkundig eine Verbesserung ihrer Beziehungen zum Regime des iranischen Revolutionsführers Khomeini an. In Moskau empfingen Staatschef Andreij Gromyko und Außenminister Eduard Schewardnadse eine iranische Delegation, die vom stellvertretenden Außenminister Jawad Laridjani angeführt wurde. Die Iraner überreichten der sowjetischen Führung eine Botschaft ihres Präsidenten Sajed Ali Chamenei.

Die Gespräche, so berichtete jedenfalls die sowjetische Nachrichtenagentur Tass, konzentrierten sich auf energiepolitische Fragen. Auch sei der iranisch-irakische Krieg angesprochen worden.

Erst im Februar war der stellvertretende sowjetische Außenminister, Kornienko, nach Teheran gereist. Es war der ranghöchste Besuch eines sowjetischen Vertreters seit dem Sturz des Schahs. Damals wurde eine Vereinbarung über die Wiederaufnahme des zivilen Flugverkehrs zwischen beiden Ländern getroffen und eine Kommission zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen gebildet.

Die Beziehungen zwischen Moskau und Teheran sind problematisch. Nicht vergessen ist im Kreml, daß die iranischen Behörden vor drei Jahren die Zahl der Diplomaten in Iran drastisch reduziert und die sowjetisch-iranische Bank geschlossen hatten. Damals war auch die iranische Gesellschaft zur Pflege kultureller Beziehungen mit der Sowjetunion aufgelöst worden. Ein Hindernis ist außerdemdas rigorose Vorgehen gegen Mitglieder der prosowjetischen Tudeh-Partei. Im vergangenen Jahr hatte Moskau schließlich wegen des Golfskrieges die Arbeit an drei industriellen Projekten eingestellt. Ferner kreidet der Kreml der Teheraner Führung nach wie vor an, daß sie nicht auf Afghanistans „Friedensinitiativen" vom Mai 1980 und August 1981 reagiert hat.

Moskaus Annäherung an den Iran fällt zeitlich mit der Wende in den sowjetisch-israelischen Beziehungen zusammen. Beobachter sehen darin ein weiteres Indiz, daß die Sowjetunion äußerste Anstrengungen unternimmt, um bei der Nahost-Friedenskonferenz eine wichtige Rolle zu spielen.

Zweifel an der Flucht

„Arbeitsgemeinschaft 13. August" gesteht Fehler ein

hrk. Berlin

In West-Berlin mehren sich die Hinweise, daß die Flucht des Ost-Berliners Heinz Braun ein „getürktes" Unternehmen war. Der Staatsschutz sucht jetzt nach dem 48jährigen, der angegeben hatte, in der Uniform eines Sowjet-Soldaten und in einem „Lada" über die Sektorengrenze in den Westen gefahren zu sein.

Ungereimtheiten gibt es um das Fluchtauto. Der „Lada" soll in West-Berlin und nicht, wie Braun angab, im Ostteil der Stadt tarngrün gespritzt worden sein. Versuche der „Abendschau" des SFB, die Daten im Fahrzeugbrief mit der tatsächlichen *Fahrgestellnummer zu vergleichen,* scheiterten.

Zöllner am Übergang Invalidenstraße erklärten, am fraglichen 30. Juli sei gegen 19 Uhr „mit Sicherheit" keine Sowjet-Patrouille in den Westen gefahren, wie Braun berichtet hatte. Interne Dienstanweisungen verpflichten die Beamten, derartige Einfahrten zu melden.

Der stellvertretende Staatsschutzchef, Dieter Piete, sagte auf Anfrage der WELT, er habe den inzwischen öffentlich bekannt gewordenen Zweifeln an der Flucht „nichts hinzuzufügen". Die Vernehmung von Brauns Helfer hätte es inzwischen notwendig gemacht, diesem „zumindest einige Vorhaltungen zu machen".

In erster Linie werde gegen ihn allerdings wegen des unbefugten Tragens einer Uniform ermittelt sowie wegen einer möglichen Urkundenfälschung und denkbarer Manipulationen beim Verkauf der Exklusivrechte *an seiner Story.*

Der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft 13. August", Rainer Hildebrandt, gestand inzwischen Fehler ein. Es sei falsch gewesen, sich nicht ein „Foto des Jahrhunderts" als Beweis für die spektakuläre Fahrt vorlegen zu lassen.

Streit um Asylrecht in der FDP

D. G. Bonn

Die FDP ist in der Asyl-Frage uneinig. Kurz nachdem Präsidiumsmitglied Otto Graf Lambsdorff Bereitschaft zu einer Grundgesetzänderung signalisierte, hat der stellvertretende Bundesvorsitzende Gerhart Baum solchen Überlegungen entschieden widersprochen. Baum sagte, seine Partei sei gegen eine Manipulation des Grundgesetzes.

Er erinnerte an den Bundesparteitag Ende Mai in Hannover. Dort hatten die Freien Demokraten in ihr Wahlprogramm die Formulierung aufgenommen: „Das in der Verfassung verankerte Asylrecht ist für die FDP unantastbar. Dies ist nicht nur liberale Grundüberzeugung, sondern auch historische Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland."

Lambsdorff hatte in einem Interview der „Kölnischen/Bonner Rundschau" gesagt, er sei bereit, über eine Änderung des Asylrechtsartikels 16 im Grundgesetz zu diskutieren. Zugleich nannte Lambsdorff dafür zwei Vorbedingungen. Das Recht auf Asyl für tatsächlich politisch Verfolgte dürfe nicht angetastet werden und eine Verfassungsänderung müsse „die wirklichen Probleme lösen".

Skeptisch äußerte sich der frühere Bundeswirtschaftsminister zur Forderung, abgewiesene Asylbewerber unverzüglich abzuschieben. Die als Alternative genannte unverzügliche Ausweisung der von den Gerichten abgelehnten Asylbewerber sei „nur die halbe Wahrheit". Selbst bei verkürzter Verfahrensdauer werde sich in vielen Fällen eine Abschiebung aus humanitären Gründen nicht durchsetzen lassen. Lambsdorff fügte hinzu: „Ich bin zu der Erkenntnis gekommen, wer einmal im Lande ist, *den wird man nicht mehr los.*" Zugleich nannte er den starken Zustrom der Asylanten eine „Zeitbombe". Wer das nicht sehe, gehe über die Gefühle der Bevölkerung hinweg.

Der stellvertretende FDP-Sprecher Hans-Rolf Goebel äußerte gegenüber der WELT ernste Zweifel, daß sich seine Partei der Meinung Lambsdorffs zur Änderung des Asylartikels im Grundgesetz anschließen werde. „Die Partei wird sich diese Linie nicht zu eigen machen." Wie Goebel ankündigte, werden sich Präsidium und Bundesvorstand der FDP auf der Sitzung am 18. August in Bonn mit dem brisanten Asylantenthema beschäftigen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Giskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klüre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 51, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Mittwoch, 6. August 1986
Nr. 180

WELT DER WIRTSCHAFT



Zwei Drittel des gesamten Welthandels werden von den großen westlichen Industriestaaten abgewickelt. Dabei nimmt die Bundesrepublik seit Jahren den zweiten Rang hinter den USA ein. Bei 31 von 35 industriellen Warengruppen belegte die Bundesrepublik jeweils einen der drei führenden Plätze. QUELLE: ZAHLENBILDER

FÜR DEN ANLEGER

Südafrika: Alle Banken haben sich dem Schritt der Zentralbank, die die Prime Rate um 0,5 Prozentpunkte auf 10,5 Prozent gesenkt hatte, angeschlossen.

Börsen: Überwiegend fest schlossen die Aktienmärkte gestern weltweit. Besonders kräftig zogen die Kurse in Stockholm nach den Sommerferien an. Wall Street eröffnete fester.

Puma: Die Aktie des Sportartikelhersteller sorgt für Furore. Nachdem sie am Montag 104 DM zugelegt hatte, waren es gestern noch einmal 131 DM auf 721 DM.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 255,32 (249,48); Chemie: 145,64 (143,02); Elektro: 299,28 (288,53); Auto: 653,00(634,55); Maschinenbau: 147,63 (142,51); Versorgung: 148,09 (143,92); Banken: 394,77 (388,71); Warenhäuser: 158,74 (153,92); Bauwirtschaft: 480,85 (477,28); Konsumgüter: 171,55 (168,04); Versicherung: 1366,77 (1346,89); Stahl: 151,53 (148,72).

Nachbörse: Fest.

WELTWIRTSCHAFT

Argentinien: Die subventionierten Weizenverkäufe der USA an die UdSSR werden heftig kritisiert. Der Hauptvorwurf lautet „unlauterer Wettbewerb".

IWF: Der Zinsfuß für Normal-Kredite wurde von 7 auf 6 Prozent gesenkt.

Entwicklungsländer: Wegen der Dollar-Baisse hat sich die Schuldenkrise etwas entschärft, stellt die OECD fest. (S. 10)

Protektionismus: Insgesamt 248 Handelsgesetze befanden sich Ende Juni vor dem US-Kongreß. Japan führte die Liste der Länder an, die von diesen Gesetzen am stärksten betroffen wären.

USA: Die zunehmende Ungewißheit über die Konjunkturentwicklung hat sich in einem leichten Rückgang des Verbrauchervertrauens niedergeschlagen, ermittelte der Conference Board. Der Index sank von 97,3 auf 95,4.

MÄRKTE & POLITIK

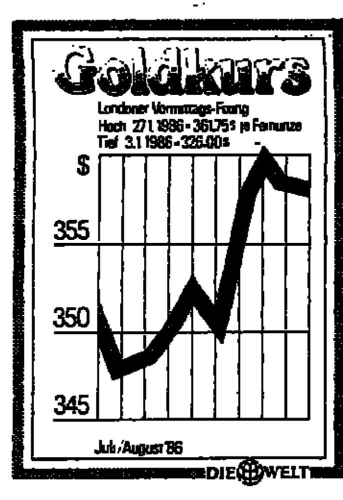
Stahl: Der Dachverband der europäischen Stahlhersteller will ein *Antidumping-Verfahren* gegen Billigländer beantragen. (S. *10*)

Reeder: Die Frachtratenlage ist weiter desolat, heißt es in der Halbjahresbilanz. 18 deutsche Schiffe wechselten zu einer Billigflagge. (S. 11)

Verkehr: Der Rhein-Main-Donau-Kanal ist eine nationale Wasserstraße, die ausschließlich der Souveränität der Bundesrepublik unterliegt, erklärte Bundesverkehrsminister Dollinger.

Renault: Als „mutmaßliche Subventionierung" blockiert die EG-Kommission eine Kapitalerhöhung des angeschlagenen staatlichen Autokonzerns.

Rindfleischmarkt: Staatliche Käufe müssen in diesem Herbst über mindestens sechs Wochen laufen, wenn ein Preiszusammenbruch verhindert werden soll, schrieb Staatssekretär Florian vom Bundesernährungsministerium an die EG-Kommission.



Edelmetalle: Der Markt wartet nach überwiegend leicht befestigten Preisen im Juli nun auf deutliche Signale für die künftige Entwicklung, so analysiert die Degussa. Optimistisch sind die Prognosen für Gold. (S. 11)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	4.8.86	1.8.86	1.7.86	1.8.85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	146,00	134,50	165,00	286,00	97,00
Normalbenzin 0,15 g Bleigehalt	–	–	139,00	265,00	88,00
Diesel (EG-Material)	95,00	87,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 1,0 % S	–	–	62,00	142,00	37,00
3,5 % S	45,50	41,50	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Daimler-Benz: Zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt der Autokonzern mit dem Bau des neuen Werks in Rastatt. Lieferzeiten werden sinken und der Beschäftigungsausgleich verbessert. (S. 11)

Rotaprint: Der Berliner Senat hat eine an Bedingungen geknüpfte Bürgschaft von 10,2 Mill. DM beschlossen. Ein Senatssprecher erklärte, es sei jetzt „an den Banken, sich zu erklären". (S. 11)

Bayerische Vereinsbank: Nach schwachem Konjunkturstart zu Jahresbeginn sind die Kunden nun bereitwilliger, sich zu verschulden. Gewachsen ist auch das Interesse an Baufinanzierungen. (S. 11)

Peter Temming: Der oft zitierte Trend hin zum papierlosen Büro hat sich nicht bestätigt, heißt es beim Börsenneuling. Er schüttet wieder 5 DM aus. (S. 11)

NAMEN & NACHRICHTEN



Wienerwald: Der Gründer der Restaurantkette, Friedrich Jahn (Foto), der Ende 1982 Vergleich anmelden mußte, übernimmt wieder die Inlandsgeschäfte. (S. 11)

US-Senat: Manuel Johnsons Nominierung als Vize-Präsident des Federal Reserve Board wurde zugestimmt. Er löst Preston Martin ab, der zurückgetreten ist.

WER SAGT ES?

Von allen politischen Idealen ist der Wunsch, die Menschen glücklich zu machen, vielleicht der gefährlichste.

Karl R. Popper, Philosoph

Stoltenberg hält nichts vom politischen Druck auf die Zinsen

Finanzminister fordert die Amerikaner auf, ihre Probleme aus eigener Kraft zu lösen

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Kritisch hat sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg gestern vor der Presse in Bonn über die amerikanischen Forderungen nach einer künstlichen Ankurbelung der deutschen Konjunktur geäußert. Insbesondere hält der Minister nichts von einem „politischen Druck" auf das Realzinsniveau. Wie zuvor schon Bundeswirtschaftsminister Bangemann, Sparkassenpräsident Geiger, Bundesbank-Vizepräsident Schlesinger und die Staatssekretäre Tietmeyer und Schlecht forderte jetzt auch Stoltenberg die US-Regierung auf, die Schwierigkeiten mit ihrem Leistungsbilanzdefizit und ihrem Haushaltsdefizit vor allem aus eigener Kraft zu beheben und den Dollarkurssturz zu stoppen.

Wie Stoltenberg im einzelnen erklärte, werde heute auch in den USA selbst kaum noch bestritten, daß das US-Leistungsbilanzdefizit eng mit dem US-Haushaltsdefizit zusammenhänge. Damit bleibe die Eindämmung des Defizits im amerikanischen Bundeshaushalt der Schlüssel zur Lösung der binnen- und außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA. Eine verringerte öffentliche Kreditaufnahme würde das vergleichsweise niedrige Sparaufkommen in den USA weniger beanspruchen, die Kapitalmärkte entlasten und die Notwendigkeit von Kapitalimporten in die USA verringern.

Natürlich sei es wünschenswert, daß die Realzinsen in den westlichen Industrieländern noch weiter zurückgehen. Aber dies könne nicht durch politischen Druck geschehen, sondern nur Ergebnis einer vertrauensbildenden berechenbaren Stabilitätspolitik sein, die keine Inflationserwartungen aufkommen lasse.

Nach Stoltenbergs Meinung sollte der Dollarkurs nicht weiter sinken, weil andernfalls nur Inflationserwartungen geweckt würden. Eine Abwertung der eigenen Währung sei kein Erfolg, sondern immer eine Niederlage, weil auf weitere Sicht und in der Summe die Nachteile überwögen. Im übrigen glaubt der Minister, daß die „in sich schattierte" Diskussion in den USA von einer gewissen Unsicherheit über die weitere Entwicklung der US-Konjunktur und vielleicht vom näherrückenden Wahltermin beeinflußt sei, zum Teil aber auch von einer Fehleinschätzung der wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Lage der Bundesrepublik ausgehe. Die geforderte reale Verringerung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses sei bereits in vollem Gange: Während die Ausfuhren von Januar bis Mai mengenmäßig praktisch stagnierten, nahmen die Einfuhren um sechs Prozent zu.

Die wichtigste Voraussetzung für weiteres Wachstum und mehr Beschäftigung in der Bundesrepublik sieht der Minister in einer konsequenten Konsolidierungspolitik. Ziele seien eine anhaltende Entlastung der Kapitalmärkte, dauerhafte Preisstabilität und niedrige Zinsen und damit ein Abschied von der Stop-and-go-Politik der siebziger Jahre. Dies sei der beste Beitrag, den die Bundesrepublik für eine verstärkte internationale Kooperation, zur Überwindung der Ungleichgewichte und für ein dauerhaftes Wachstum der Weltwirtschaft leisten könne.

Opec einig. Ölpreis steigt kräftig. Benzin folgt

Quoten auf zunächst zwei Monate beschränkt

DW. **Bonn**

Die Minister der 13 Mitgliedstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) haben in der Nacht zum Dienstag nach siebentägigen zähen Verhandlungen doch noch eine Einigung erzielt. Mit der Annahme des iranischen Vorschlags ist die Organisation auf die Basis der Vereinbarungen von 1984 zurückgekehrt.

Das Abkommen, das zunächst für zwei Monate Gültigkeit haben und am 15. August in Kraft treten soll, beinhaltet eine Senkung der Förderquoten zur Sicherstellung einer Erhöhung der in letzter Zeit stark gefallenen Ölpreise. Die Minister wollen im September erneut zusammentreten, um eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer beziehungsweise eine Dauerregelung zu beschließen. Die neuen Preisstrukturen sollen auf Wunsch Saudi-Arabiens später erörtert werden.

Dem von den Opec-Ministern erzielten Abkommen zufolge werden die Mitgliedsländer nicht mehr als als 16 Mill. Barrel (159 Liter) pro Tag fördern. Zwölf Opec-Staaten haben sich eine Gesamtförderquote von 14,8 Mill. Barrel pro Tag zu teilen. Irak wird gesondert behandelt. Es kann theoretisch frei entscheiden, doch hat Iran bereits zu verstehen gegeben, das es über Mittel verfüge, die Fördermengen seines Kriegsgegners zu kontrollieren.

Experten vermuten, daß das Land seine Förderung zwar nicht auf die 1,2 Mill. Barrel pro Tag drosseln wird, die ihm 1984 zugestanden worden waren, doch wird mit einer Senkung der noch im Juli geförderten Menge von 1,9 Mill. auf etwa 1,7 Mill. gerechnet. Der Unterschied könne dann, wie der gabunische Energieminister Etienne Tschioba in Aussicht stellte, durch eine freiwilige Förderquotendrosselung seitens verschiedener der nicht der Opec angehörender Ölstaaten erreicht werden, die dies schon in Aussicht gestellt hätten.

Die ersten Auswirkungen der Opec-Beschlüsse ließen nicht auf sich warten. Die Preise für das Nordseeöl der Qualität Brent stiegen am Montag abend in New York und am Dienstag morgen in London auf zwölf Dollar, nach einem Tiefststand von 8,50 Dollar am 23. Juli. Diese Preiserhöhungen werden unmittelbar auf die Produktenpreise durchschlagen.

Handwerk findet Anschluß an die Konjunktur

dpa/VWD, **Hamburg**

Das Handwerk in der Bundesrepublik hat im zweiten Quartal dieses Jahres eine deutliche Geschäftsbelebung verzeichnet. Die Beschäftigung nahm in fast allen Branchen zu, am stärksten im Baugewerbe. Mit dieser positiven Entwicklung habe das Handwerk nach dem schwachen ersten Vierteljahr wieder Anschluß an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung gefunden, heißt es im Konjunkturspiegel, den die „Deutsche Handwerks-Zeitung" veröffentlichte.

Die Gesamtbeschäftigtenzahl hat sich im zweiten Quartal, so geht aus Befragungen bei über 10 000 Betrieben hervor, um rund 2,5 Prozent zugenommen, vorwiegend aufgrund von Einstellungen im Bauhauptgewerbe. Die Auslastung der Betriebe stieg stärker als saisonüblich auf etwa 78 Prozent und war damit zwei Prozentpunkte besser als im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre.

Der Auftragseingang erreichte zum ersten Mal seit 1980 einen Wert von mehr als plus 20 Prozent. Die Auftragsbestände stiegen von sieben Wochen im Vorquartal auf 8,5 Prozent. Die Umsätze stiegen um gut 2,5 Prozent, womit das Vorjahresergebnis leicht überschritten wurde. Auch die Investitionstätigkeit habe sich stark erhöht.

Für das dritte Quartal rechnet das Handwerk mit einer weiteren Verringerung des Wachstumsdefizits zur Gesamtwirtschaft. Die Umsätze dürften durchschnittlich um drei bis fünf Prozent zunehmen, am stärksten im Bau- und Ausbauhandwerk.

Das Pfund hat sich wieder stabilisiert

DW. **Bonn**

Unter dem Eindruck der teilweisen Einigung der Opec-Mitglieder über eine Kürzung der Ölförderung hat sich gestern in Frankfurt das Pfund Sterling wieder stabilisiert. Es begann mit 3,0900 D-Mark deutlich fester als am Vortag und erholte sich bis auf 3,12 D-Mark. Am Montag hatte der Pfundkurs in London einen neuen Tiefstand erreicht: Er war gegenüber der D-Mark von 3,0951 auf 3,0565 gesunken.

Trotz dieser Erholung hat die Londoner National Westminster Bank gestern einen weiteren Kursrückgang des britischen Pfundes auf 2,94 D-Mark zum Jahresende 1986 und auf 2,69 D-Mark zum Jahresende 1987 vorausgesagt. Die Bank glaubt, daß eine weitere Pfundabwertung um 15 Prozent gegenüber der D-Mark innerhalb der nächsten Monate zu einem „ziemlich bemerkenswerten" Anstieg der britischen Exporte führen könnte.

Die Bank geht davon aus, daß sich das britische Zinsniveau bis zum Jahresende von derzeit zehn auf neun Prozent reduzieren wird. Das Wirtschaftswachstum in Großbritannien dürfte 1986 auf 2,5 Prozent zurückgehen gegenüber 3,4 Prozent 1985. Es soll dann 1987 wieder auf drei Prozent ansteigen. Die Bank rechnet für das laufende Jahr mit einer Inflationsrate von 3,1 Prozent und außerdem mit einem Überschuß in der Zahlungsbilanz von etwa 1,5 Milliarden Pfund (umgerechnet rund 4,65 Milliarden Mark.)

Riesenhuber: Kernfusion noch fern und teuer

A. G. **Bonn**

Die Kernfusion, also die Verschmelzung von Atomen zum Zwekke der Energiegewinnung, kann trotz günstiger Aussichten als Energieerzeugungssystem heute noch nicht zu den verfügbaren Alternativen zur Kernenergie gerechnet werden. Abgesehen von den noch nicht überschaubaren hohen Kosten würde diese Technologie frühestens Mitte des nächsten Jahrhunderts zur Verfügung stehen. Diese Feststellung traf Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber in Bonn.

Gleichwohl wäre die Kernfusion eine großartige Quelle für eine langfristige und nahezu unerschöpfliche Energie. Insofern seien auch die hohen Kosten gerechtfertigt, zumal die Bundesrepublik aufgrund der internationalen Projektverflechtung mit einem relativ geringen Beitrag (unter 30 Prozent) Zugang zu dem Gesamtwissen erhielte.

Riesenhuber äußerte sein Interesse an dem Standort für den „Next European Torus" (NET), der als Zwischenschritt von JET (in Culham) auf dem Weg zu einem Demonstrationsfusionsreaktor für Anfang der neunziger Jahre geplant ist. Bau und Betrieb werden auf 5 Mrd. Mark geschätzt. Bonn unterstützt auch den Vorschlag auf Zusammenfassung der vier Fusionsprogramme Japans, der USA, Europas und der UdSSR zur Entwicklung eines gemeinsamen Testreaktors. Zur Zeit wendet die Bundesrepublik pro Jahr 180 Mill. Mark für die Kernfusionsforschung auf.

Der Test von Genf

Bm. – Der nackten Not gehorchend haben die Ölförderländer der Opec in Genf nun doch noch einen Kompromiß zustande gebracht: Für zwei Monate wird die Förderung zurückgenommen, um den Mengendruck vom Weltmarkt zu nehmen und die Preise wieder aufblühen zu lassen.

Zwei Schönheitsfehler hat das Agreement. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Golfländer Irak und Iran, die mehr Öl fördern dürfen, weil sie Schwerter kaufen müssen für ihren heiligen Krieg. Man darf davon ausgehen, daß längst nicht alle übrigen 11 Opec-Länder bereit sein werden, weitere Mengenzugeständnisse zu machen wenn sich – was wahrscheinlich ist – herausstellt, daß Bagdad und Teheran erkennen, daß ein Sieg eine Frage der Waffen ist, und daß damit das Kommando „Quellen marsch!" eine natürliche Reaktion auf Genf sein wird.

Der zweite Schönheitsfehler läßt noch deutlicher den Schluß zu, daß die selbst verordnete Abstinenz für zwei Monate wohl eher ein Versuchsballon ist, der der Opec vor Augen führen soll, daß Solidarität die Preise eher nach oben bringt, als die permanente Unterwanderung der Preise mit einer Überschreitung der Quoten. Der Preissprung des Öls nach dem Beschluß von Genf scheint diese These zu stützen. Betrachtet man aber den Weltmarkt für Öl, dann stellt sich heraus, daß die beabsichtigte Förderkürzung bei grob zehn Prozent der Weltförderung liegt.

Die Preisfrage gilt daher nach wie vor: Werden sich die Ölförderländer außerhalb der Opec, die fast 60 Prozent der Weltförderung bestreiten, vornehm zurückhalten, oder nutzen sie die Lücke im Markt der Niedrigpreise? Die Antwort wird spätestens der 15. Oktober geben.

Chance der Dritten Welt

Von ALFRED ZÄNKER, Genf

Im uruguayischen Badeort Punta del Este werden am 15. September die Handelsminister der 92 Mitgliedstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) zusammentreten, um eine neue große Verhandlungsrunde mit dem Ziel weltweiter Liberalisierung zu eröffnen. Bei den vorbereitenden Gesprächen in Genf hat man sich zwar noch nicht über einen gemeinsamen Textentwurf für die Konferenz einigen können, um Ziele und Verhandlungsgegenstände zu umschreiben. Im Agrarbereich bremst Frankreich, besonders beim Sub*ventionsabbau. Einige Entwick*lungsländer möchten verhindern, daß der Dienstleistungssektor liberalisiert wird.

Am 15. September beginnt eine neue Gatt-Runde. Es geht vor allem um den Wunsch der Dritten Welt nach einer Liberalisierung des Welthandels. Die Genfer Vorverhandlungen brachten schon eine Annäherung.

Aber daran dürfte Punta del Este nicht scheitern. Die Meinungen haben sich in Genf schon weitgehend einander angenähert. Ein von 42 Delegationen ausgearbeiteter Kompromißvorschlag, bei dem die Schweiz und Kolumbien federführend waren, findet breite Zustimmung auch in der Dritten Welt. Ein brasilianisch-indischer Gegenvorschlag, der Dienstleistungen ganz ausschließt, wird nur von acht weiteren Ländern unterstützt.

In Gatt-Kreisen geht man davon aus, daß der große Kompromißvorschlag als Grundlage der Ministerkonferenz dienen wird. Zunächst soll ein „Ausschuß für Handelsverhandlungen" damit beauftragt werden, bis 19. Dezember ein detailliertes Arbeitsprogramm vorzulegen. Mindestens drei bis vier Jahre werden dann benötigt, um eine liberale Welthandelspolitik für die neunziger Jahre auszuarbeiten.

Kurzfristig geht es in Punta del Este jedoch vor allem darum, den protektionistischen Kräften in USA den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Handelsrunde muß beginnen, ehe der Kongreß zuschlägt und drastische Einfuhrkontrollen beschließt. Hier besteht akute Gefahr. Das ist auch der Grund, weshalb Präsident Reagan auf möglichst baldige Verhandlungen drängt. Durch bindende Beschlüsse in Punta del Este kann der Wettlauf mit den amerikanischen Protektionisten noch gewonnen werden, heißt es im Gatt.

Gleichzeitig muß der weltweite Protektionismus gestoppt werden. Hier geht es um zahlreiche „nichttarifäre" Handelshindernisse, die sogenannten freiwilligen Exportbeschränkungen und Marktabsprachen, mit denen Amerika und Europa den Wettbewerb aus der Dritten Welt in Japan begrenzen – von Textilien und Bekleidung, Stahl und Automobilen bis zu Werkzeugmaschinen und Elektronik. Das jüngste Beispiel ist das amerikanisch-japanische Halbleiterkartell. Diese *handelspolitische „Grauzone"* dehnt sich immer weiter aus. Heute dürften schon weit über 40 Prozent des Welthandels solchen Restriktionen unterliegen.

Die Entwicklungsländer verlangen – mit Recht – als Vorbedingung der neuen Handelsrunde, daß sich die Minister verpflichten, nach dem Beginn der Verhandlungen keine neuen Schutzmaßnahmen mehr zu ergreifen und die bestehenden Gatt-widrigen Hindernisse bis zum Ende der Runde abzubauen. Langfristig soll das offene, auf Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung fußende Gatt-System bei weiterem Abbau von Zoll- und Handelsschranken auf neue Bereiche ausgedehnt werden.

Schließlich könnte Punta del Este zu einem Wendepunkt in den Nord-Süd-Beziehungen werden. Im Gatt hofft man, daß die Länder der Dritten Welt immer deutlicher ihre Chance im offenen Welthandel sehen. Nur so können sie ihre Schuldenprobleme lösen.

Hier hat sich in Genf ein erfreulicher Wandel angebahnt. Vor allem zwischen den kleinen und mittleren Handelsnationen „beider Welten" entwickelt sich eine enge Zusammenarbeit. Der Beitritt Mexikos zum Gatt Ende Juli dürfte die Front der „Moderaten" im Lager der Dritten Welt stärken. Auch die Wahl von Punta del Este als Konferenzort ist bezeichnend für das wachsende Interesse der Dritten Welt an einer liberalen Welthandelsordnung.

AUF EIN WORT

„Wenn heute noch jemand meint, daß die Amerikaner unsere Freunde sind und die Russen in einer Diktatur leben, – wenn heute noch jemand glaubt, daß das freie Unternehmertum die beste Garantie für den allgemeinen Wohlstand, – wenn heute noch jemand glaubt, daß die überwiegende Mehrheit unserer Jugendlichen ordnungsliebend und strebsam ist und nicht zu Randalierern oder zur Punkszene gehört, – wenn heute noch jemand glaubt, daß Bürgerinitiativen auch einmal unrecht haben und auch von Eigennutz geprägt sein können, – dann darf er, will er seine Nerven schonen, nicht die Tagesschau einschalten."

Heinrich Altekamp, Präsident der IHK, Münster FOTO: DIE WELT

Ohne Hilfen gehen die Werften unter

Neuer Plan Schleswig-Holsteins sieht ein Drittel der 12 000 Arbeitsplätze gefährdet

GEORG BAUER, **Kiel**

Vor dem Hintergrund der weltweiten Werftenkrise wird es für die Werften in der Bundesrepublik Deutschland ohne staatliche Hilfe kein Überleben geben. Dieses Resümee zog gestern der frühere Finanzminister des nördlichsten Bundeslandes, Gerd Lausen. Anfang Juni war er vom Wirtschaftsministerium Schleswig-Holsteins beauftragt worden, ein Konzept zur Neuordnung der Werftindustrie des Landes mit ihren rund 12 000 Beschäftigten zu erarbeiten. Bei der Vorlage des Konzeptes in Kiel meinte Lausen, heute Vorstandsvorsitzender der Landesbank, eine den „bisherigen Rahmen sprengende Subventionierung durch die öffentlichen Hände" sei unabweisbar, sofern der Handelsschiffbau auch in Zukunft fortgeführt werden solle. Die Politik muß daher seiner Meinung nach im Grundsatz die Frage beantworten, ob auch in Zukunft eine leistungsfähige Handelsflotte bestehen soll.

In dem rund 80 Seiten starken Papier, das detailliert auf die Situation der Werften in Schleswig-Holstein eingeht, spricht sich Lausen gegen einen Großverbund der Werften HDW, Nobiskrug, Flender und der Harmstorf-Werften aus. Auch eine Integration der kleinen privaten Werften Hitzler, Peters, der Husumer Werft, der Kröger-Werft und der Lindenau Werft wird abgelehnt. Lausen begründete seine Ansicht mit einem Hinweis auf die Situation Schleswig-Holsteins als Flächenland. Auch könne angesichts des Mangels an Neubauaufträgen eine Zusammenfassung der Werften, die „im wesentlichen in gleichen Märkten tätig" seien, die Nachfragesituation nicht positiv beeinflussen.

Eine Kooperation wird hingegen für die drei Unternehmen Orenstein & Koppel, die Flender-Werft und die zum Harmstorf-Konzern gehörende Schlichting-Werft in Lübeck vorgeschlagen. Da die drei Unternehmen „als eigenständige Werften nicht zu halten" seien, sollte im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen und der Wirtschaftskraft des Raumes an der Zonengrenze die Frage geprüft werden, ob die Zusammenfassung der drei Unternehmen zu einer „Lübecker Werft" möglich sei. Dank ihrer Angebotspalette – Schwimmdocks, Schwimmbagger, Forschungsschiffe und Marineschiffe – würden sie einen breiten Markt abdecken.

Wenig Chancen, die Krise zu überleben, räumte Lausen den zur Harmstorf-Gruppe gehörenden Werften in Büsum (rund 400 Mitarbeiter) und der Flensburger Schiffbaugesellschaft (1200 Mitarbeiter) ein. Lausen: „Büsum ist sicherlich nicht zu halten." Und zur Situation des Flensburger Unternehmens, das noch mit dem Bau von zwei Flottendienstbooten für die Bundesmarine beauftragt ist, meinte der Werftenkoordinator, da mit einer Änderung der Auftragsituation nicht zu rechnen ist, sei eine völlige Stillegung der Werft ab Frühjahr 1988 kaum vermeidbar.

Aus dem Papier geht ferner ein Abbau der im Werftenbereich Beschäftigten um mehr als 4000 Mitarbeiter hervor. Danach muß auch HDW, die im übrigen ein Problem der Anteilseigner (Bund und Land Schleswig-Holstein) sei, seinen Beschäftigungsstand um etwa 1000 Mitarbeiter reduzieren.

Edelmetalle noch nicht mit neuem Glanz

dpa/VWD, **Frankfurt**

Auch die flaue Tendenz an den Wertpapiermärkten kann dem Edelmetallgeschäft noch keinen neuen Glanz verleihen. Nach überwiegend *leicht befestigten Preisen im Juli* wartet der Markt auf deutliche Signale für die künftige Entwicklung, schreibt der führenden deutsche Edelmetallhändler, die Degussa AG, Frankfurt.

Recht optimistisch beurteilt die Degussa in ihrem jüngsten Monatsbericht indessen die Aussichten für Gold. Es notierte am 1. August am Londoner Goldmarkt mit 361 Dollar je Feinunze. Der höchste Stand dieses Jahres vom Januar betrug 363 Dollar. Angeregt werde die Nachfrage bei dem gelben Metall offensichtlich vor allem durch die unbefriedigende Entwicklung der US-Wirtschaft und die nach wie vor ungelösten Probleme der Schuldnerländer.

Von Bedeutung für den Goldpreis bleibt weiterhin der Kurs der US-Währung. Sollten als wichtig angesehene Widerstandslinien wie etwa die *in der letzten Woche unterschrittene* Grenze von 2,10 D-Mark für einen Dollar wieder nach oben durchbrochen werden, kann dies den Goldpreis erneut drücken, schreibt die Degussa. Im insgesamt ruhigen Monat Juli hatten – bezogen auf die Londoner Fixings – sowohl Silber als auch Palladium eine Schwankungsbreite von nur 2,9 Prozent. Dagegen betrug sei beim Gold 4,5 und beim Platin 7,5 Prozent.

Mit Reagan kam die Wende in der US-Energiepolitik

Aufhebung der Preis-Kontrollen bringt mehr Unabhängikeit – 15,5 Prozent des Stroms kommen aus 100 Kernkraftwerken

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Im Herbst sind es 13 Jahre her, daß die Araber die Öllieferungen in die USA stoppten. *Der Boykott wirbelte* den Weltmarkt durcheinander und trieb den Preis für den braunen Rohstoff in schwindelnde Höhen, wozu auch der gewaltige Öldurst Amerikas beitrug. Damals beanspruchten sechs Prozent der Weltbevölkerung ein Drittel des Weltenergieangebots.

Als Bumerang erwies sich in dieser kritischen Situation eine Energiepolitik, die jahrelang den Verbrauch subventionierte. Wegen der großen Entfernungen mußte das Fahren im Straßenkreuzer bequem und billig sein; Washington garantierte der einheimischen Industrie einen Kostenvorsprung vor der ausländischen Konkurrenz. Kein Zweifel, die Araber erwischten die mächtigen USA auf dem falschen Fuß.

Erfolg mit Energie-Mix

Statt aber wie die Deutschen die dramatische Ölverknappung mit den Kräften des Marktes zu überwinden, griffen die Amerikaner zu strikten, später gestaffelten Preiskontrollen und regionalen Zuteilungen. Präsident Gerald Ford verkündete im November 1974 das „Projekt Unabhängigkeit", das niemals realisiert wurde. Chaos herrschte an den Tankstellen, was die US-Bürger Jimmy Carter niemals vergaben, der 1977 den Kampf gegen die Energiekrise noch als „moralisches Äquivalent *eines Krieges*" bezeichnete.

Ronald Reagan – und dafür müssen ihm alle Ölimportländer dankbar sein – hat mit all den marktfernen Eingriffen Schluß gemacht. Eine Woche nach seiner Einschwörung am 20. Januar 1981 hob er die Preiskontrollen für US-Öl und die anderen produktionsbehindernden Vorschriften auf. Der Erfolg am Beispiel Benzin: Im *Landesdurchschnitt ist der* Preis je Gallone (3,78 Liter) seit Reagans Amtsantritt von 1,25 auf 0,82 Dollar gesunken. Nur so konnten überdies die USA mithelfen, dem *Kartell* der Organisation der Ölexportländer (Opec) das Rückgrat zu brechen.

Die Abkehr von einer Politik, die, wie es im politischen Leitfaden des US-Energieministeriums heißt, „zu diktieren versuchte, was die Amerikaner erzeugen und konsumieren sollen", hat zu enormen Veränderungen in der Energiebilanz der größten westlichen Volkswirtschaft geführt. Das wirtschaftlichere und flexiblere System veränderte vor allem auch den sogenannten Energie-Mix, wobei sich die Abhängigkeit von nur wenigen Ressourcen verringerte.

Festzuhalten ist, daß früher in den USA der Energieverbrauch stets steiler gestiegen ist als die Wertschöpfung. Heute ist es umgekehrt. Obwohl seit dem Embargo 1973/74 die amerikanische Bevölkerung um rund ein Zehntel auf 238 Mill. gewachsen ist, schrumpfte außerdem der Energiekonsum um 0,6 Prozent, während die Energieproduktion, ebenfalls in BTU-Wärmeeinheiten gemessen, um 4,3 Prozent zunahm.

Noch heute läuft es einem kalt über den Rücken, wenn man an die außen- und sicherheitspolitische Verwundbarkeit der USA zurückdenkt, die in den kritischen Jahren täglich mehr als 2,3 Mill. Tonnen Öl verbrauchten. Im schlimmsten Jahr, 1977, stammten 433 000 (Saudi-Arabien: 188 000) *Tonnen* aus den arabischen Opec-Staaten. 1985 waren es nur noch 64 600 (22 700) Tonnen im Tagesdurchschnitt.

Ölreserve für 120 Tage

Die wichtigsten Öllieferanten Amerikas sind *jetzt Mexiko, Kanada*, Venezuela und Großbritannien. Sie deckten im vergangenen Jahr genau die Hälfte des täglichen Einfuhrbedarfs, der *seit 1977* von 1,2 Mill. auf 687 000 Tonnen reduziert worden ist. Das waren wiederum 32 Prozent des auf 2,1 Mill. Tonnen geschrumpften Gesamtverbrauchs. *Die* strategische Ölreserve, hauptsächlich gelagert in den Salzdomen Louisianas, umfaßt inzwischen mehr als 68 Mill. Tonnen, die in Notzeiten 120 Tage reichen.

Nach den langfristigen Projektionen soll der Anteil des Öls an der amerikanischen Energieversorgung bis zum Jahr 2000 von 42 (1984) auf 39 Prozent sinken. Bei Erdgas ist eine Abnahme von 25 auf 20 Prozent eingeplant, während der Anteil der Wasserkraft und anderer Quellen mit fünf Prozent gleich bleibt. Dagegen sollen die Anteile von Kohle und Atomstrom von 23 auf 29 und fünf auf sieben Prozent steigen.

Ob diese Ziele angesichts des Ölpreisverfalls noch realistisch sind, muß sich erst erweisen. Vielen US-Ölfirmen steht das Wasser bis zum Hals. Nicht mehr lohnende Bohrlöcher werden geschlossen; sogar die großen Konzerne entlassen Mitarbeiter und kürzen die Investitionen. Wie es zur Zeit aussieht, bleibt die Reagan-Administration auf ihrem Marktkurs. Sie läßt sich nicht von der Pleitewelle in Texas, *Louisiana, Oklahoma* und Alaska beeindrucken, da nach ihrem Urteil die Preisvorteile für die übrige Volkswirtschaft überwiegen. Am Potomac glaubt man, daß die eigentliche Durststrecke bald überwunden ist und sich der Ölpreis bei etwa 20 Dollar je Barrel (159 Liter) einpendeln wird.

Das Problem ist, daß die US-Ölindustrie nach 1973 fast zehn Jahre benötigte, um den Rückgang der Förderung zu Hause zu stoppen. Mit 1,21 Mill. Tonnen (nur Rohöl) lag sie 1985 bereits wieder um drei Prozent unter dem Stand vor 13 Jahren. Nach Kalkulationen der Conoco Inc. addiert sich der Investitionsbedarf der Branche bis 1990 auf 300 Mrd. Dollar. Angewiesen bleiben die USA, die über 100 operable Reaktoren verfügen, auf Atomkraft. Sie deckt 15,5 Prozent der Stromversorgung. Seit Tschernobyl wagt dieses heiße Eisen jedoch niemand mehr anzufassen.

Preiskrieg am EG-Stahlmarkt

Eurofer will in Brüssel Anti-Dumping-Verfahren einleiten

Ha. Brüssel

Nur wenig Resonanz haben bislang die Klagen der europäischen Stahlerzeuger über wachsende Billigeinfuhren aus Nicht-EG-Ländern gefunden. Jetzt will der Dachverband Eurofer in Brüssel formell die Einleitung von Antidumpingverfahren gegen Lieferungen aus Algerien, Jugoslawien, Mexiko, der Türkei und Venezuela beantragen.

Die europäischen Produzenten – voran der luxemburgische Arbed-Konzern – werfen den Exporteuren dieser Länder vor, ihre Angebotspreise unterhalb des „Normalwerts" für gleichartige Erzeugnisse festgesetzt zu haben und/oder Empfänger massiver staatlicher Subventionen zu sein.

Die EG-Kommission pflegt bei Dumpingbeschwerden im allgemeinen recht strenge Maßstäbe anzulegen. Es ist immerhin möglich, daß sie schon in Kürze jugoslawisches Warmbreitband mit einem vorläufigen Antidumpingzoll belegt.

Die Klagen über unfaire Handelspraktiken Belgrads gehen bereits auf den Herbst 1985 zurück. Bei einem strittigen Auftrag für Coils aus Mexiko soll es sich immerhin um die Größenordnung von 200 000 Tonnen handeln.

Das Importregime der EG für Stahlerzeugnisse beruht seit 1978 auf Selbstbeschränkungsabkommen mit 15 Exportländern, in deren Rahmen den Lieferländern ihr Marktanteil in Europa gesichert wird. Für Länder, die keine Abkommen mit der Gemeinschaft abgeschlossen haben, gelten für die Einfuhr Basispreise. Alle vorgenannten Länder fallen in diese Kategorie.

Eurofer wünscht seit langem eine Einbeziehung von Ländern wie Jugoslawien, Algerien oder Mexiko in das Abkommensnetz. Diese Staaten stellen in den Augen der EG-Produzenten eine zunehmende Gefahr für die Stabilität des Montanmarktes dar, weil sie nicht nur wachsende Kapazitäten und einen geringen Eigenverbrauch haben, sondern auch „künstliche" Produktions- und Exportbedingungen. Kommission und Ministerrat neigen allerdings eher dazu, parallel zur Auflockerung des Quotensystems im Innern der EG auch die Drittlandsimporte wieder zu liberalisieren.

Die Schuldenkrise ist entschärft

Dollar-Baisse vermindert Lasten der Entwicklungsländer

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer, die von 338 Mrd. Dollar 1980, dem Jahr vor der Verschuldungskrise, auf 934 Mrd. Dollar *1984 gestiegen waren, erhöhten sich* 1985 um 88 Mrd. Dollar, stellt die OECD in ihrem Jahresbericht zur Finanzierung der Auslandsschulden fest. *Umgerechnet zum aktuellen* Kurs waren es aber nur 33 Mrd. Dollar. Das entspricht einem realen Schuldenzuwachs von drei Prozent.

Gleichzeitig stabilisierte sich die Struktur des Mittelzuflusses. Die Bankkredite, deren Anteil vor der Verschuldungskrise bis auf 38 Prozent zugenommen hatte, erreichte 1985 mit 16 Prozent seinen Stand von 1970. Andererseits nahm der öffentliche Finanzierungsanteil von 35 Prozent 1980 auf 60 Prozent 1985 zu. Der Rest verteilt sich auf Exportkredite, Direktinvestitionen und Obligationen. Bei dieser Zusammensetzung wird es für absehbare Zeit bleiben, meint die OECD.

In der Verwaltung der Verschuldungsprobleme wurden letztes Jahr weitere Fortschritte gemacht. Immer mehr Entwicklungsländer würden inzwischen zugeben, daß nur eine wirklich effiziente Politik und das gute Funktionieren ihrer Volkswirtschaft aus diesen Problemen herausführen.

*Andererseits sind sich die Geber*länder darin einig, daß die Entwicklungsländer zur Stabilisierung und Tilgung ihrer Schulden ein gewisses Maß an Wirtschaftswachstum brauchen. Dafür seien weitere Finanzhilfen und ein günstiges weltwirtschaftliches Umfeld erforderlich, heißt es in dem Bericht.

Der Schuldendienst der meisten Entwicklungsländer ist aber trotz des schwachen Dollars und der niedrigen Zinsen immer noch sehr problematisch. Allein die Zinslast übertrifft durchweg den Nettokapitalzufluß dieser Länder, und die Belastung der Exporterlöse durch die Zinsen ist immer noch stärker als 1981/82.

PERSONALIEN

Dr. Karlheinz Gierden, Vorstandsvorsitzender der Kölner Bank von 1867 eG Volksbank, wird am 7. August 1986 60 Jahre.

H. M. Baumer (45), bisher Marketingdirektor bei Moulinex, hat als Vertriebsdirektor die Verantwortung für die Bereiche Marketing und Verkauf übernommen. Nachfolger als Marketingdirektor wurde **Edgar Grothe** (45).

Eduard Roth (58), Leiter der Zentralen Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit/Pressestelle der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, München, scheidet am 31. Dezember 1986 aus dem Unternehmen aus. Nachfolger wird am 1. Oktober 1986 **Hans-Ulrich Pieper**, zuletzt Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Rheinmetall in Düsseldorf.

Gießereien erzielten Absatzsteigerung

J. G. **Düsseldorf**

Nach dem 1985er Produktionsanstieg um 3,3 Prozent auf 3,5 Mill. Tonnen melden die deutschen Eisen-, Stahl- und Tempergießereien für das erste Halbjahr 1986 *Plusraten* von zwei Prozent bei den Lieferungen und von einem Prozent beim Auftragseingang.

An die Hauptabnehmerbranchen Straßenfahrzeug- und Maschinenbau wurden vier und 4,8 Prozent mehr geliefert, während zumal der Absatz von Stahlwerkskokillen nochmals um 33 Prozent schrumpfte. Nach Umfrage des Deutschen Gießereiverbandes, Düsseldorf, erwarten die meisten Gießer auch vom zweiten Halbjahr ein Fortbestehen der „insgesamt befriedigenden" Geschäftslage.

Klöckner-Beteiligung in Griechenland

J. G. **Düsseldorf**

Die Klöckner Stahl GmbH, Tochter des Duisburger Klöckner-Werke-Konzerns, beteiligt sich durch Kapitalerhöhung mit 26 Prozent am größten griechischen *Feinblechproduzenten* Hellenic Steel Co., Athen, dessen übrige Hauptaktionäre das japanische Handelshaus C. Itoh und die staatseigene griechische Etba-Bank sind.

Hellenic Steel (1985er Umsatz 380 Mill. DM mit 1100 Beschäftigten) produziert ohne eigene Stahlbasis im Werk Thessaloniki rund 450 000 Jato Feinbleche, verzinkte Bleche und Weißbleche. Klöckner sieht in dem Engagement vor allem die Chance, verstärkt in die Vormaterialbelieferung einzusteigen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Tellschaft Bauausführung und Dachdeckung GmbH; **Bonn:** Allgemeine Investitions- u. Bautreuhand GmbH i. L.; **Büdingen:** Bernhard Keller, Bäckermeister, Gedern, Stadtteil Ober-Seemen; **Detmold:** Nachl. d. Otto Stammeier, Heizungsbaumeister, Lage; **Freiburg:** Wohn- u. Gewerbebauges. m.b.H.; **Hagen:** Nachl. d. Josef Lorenz Wietfeld, Zahnarzt, Dülmen; **Hannover:** Polaris-Aste Handelsges. mbH; **Hechingen:** Nachl. d. Johann Eduard Krzeminski, Rangendingen-Höfendorf; **Kempten:** Sport- u. Ferienhotel Rosenalm GmbH, Scheidegg; **Lehrte:** Gerhard Brunke, Buchhändler; **Mönchengladbach:** Les Vignerons Français, Weinimport und -vertriebsges. mbH, Jüchen-Damm; **Neustadt a. d. Wstr.:** a) Willi Krasemann, b) Friedrich Krasemann KG; **Soest:** SAL Soester Allgemeine Anlagen Leasing GmbH; **Stuttgart:** Nachl. d. Hans-Joachim Waldemar Kurz; **Westerstede:** Melitta Runken geb. Krischtschun, Kauffrau, Edewecht.

Firmen verschulden sich mehr

Gute Ertragsentwicklung bei der Bayerischen Vereinsbank

dpa/VWD/DW. **München**

Die Erträge der Bayerischen Vereinsbank AG, München, haben sich im ersten Halbjahr 1986 ähnlich gut entwickelt wie im Vorjahr. Wie die Bank in ihrem Zwischenbericht schreibt, sei nach schwachem Konjunkturstart zu Jahresbeginn eine wachsende Bereitschaft der Kunden in Industrie und Gewerbe, aber auch der privaten Kreditnehmer festzustellen, sich zu verschulden. Zunehmendes Interesse registriert die Bank bei Baufinanzierungen. Auch die Firmenkunden hätten vermehrt die Vorteile der langfristigen Finanzierung durch Festzinshypotheken genutzt.

Bei 76,3 (77,3) Mrd. DM Bilanzsumme (Konzern: 134,1 Mrd. DM) ermittelte die Bank zur Jahresmitte zeitanteilig einen wachsenden Zinsüberschuß von 706,7 Mill. DM (plus 4,2 Prozent) und ein Plus von 21,4 Prozent beim Provisionsüberschuß auf 189,5 Mill. DM. Den Erträgen stehen höhere Verwaltungsaufwendungen gegenüber. Allein für Gehälter und Löhne sowie soziale Abgaben wurden 355 Mill. DM (plus 7,2 Prozent) aufgewendet.

Das Teilbetriebsergebnis stieg auf 340,7 (328,8) Mill. DM. Hohe Handelsgewinne im Effekten- und Schuldscheingeschäft, mit deren Fortdauer aber nicht gerechnet werden könne, führten nach Angaben des Instituts zu einem „deutlich" über dem Vorjahresniveau liegenden Betriebsergebnis.

Im Bankgeschäft gingen die Forderungen an öffentliche Haushalte zurück, während die Ausleihungen an Firmen „merklich stiegen". Insgesamt betrugen die Kundenforderungen 22,5 (23,5) Mrd. DM. Von 37,3 (Ende 1985: 40) Mrd. DM Fremdmitteln waren 9,5 Prozent Spargeld. Mit 1,6 Mrd. DM Neuzusagen sei das Hypothekengeschäft besonders stark gewachsen. Insgesamt seien Hypotheken und Kommunaldarlehen in Höhe von 3,9 (2,5) Mrd. DM zugesagt worden, davon 1 Mrd. DM für Wohnungsbauten.

Zur Refinanzierung habe die Vereinsbank seit Anfang 1986 Pfandbriefe und Schuldverschreibungen für 5 Mrd. DM verkauft. Damit seien 33,0 (31,6) Mrd. DM an Schuldverschreibungen im Umlauf.

Jahn wieder an der Spitze

Wienerwald-Gründer übernimmt den Inlandskonzern

dpa/VWD, **München**

Die Münchner Unternehmerin Renate Thyssen wird sich künftig auf die Betreuung des Wienerwald-Auslandsgeschäfts konzentrieren, während Unternehmensgründer Friedrich Jahn die Inlandsgeschäfte übernimmt. Beide gaben in München den Verkauf des deutschen Konzernteils an Jahn bekannt. Der Kaufpreis wurde nicht genannt. Die rechtlich völlig selbständigen Unternehmensteile sitzen künftig in München und in Luzern, Schweiz.

Jahn habe bereits sein Amt als Mitglied des Verwaltungsrats der Wienerwald Holding AG, Luzern, niedergelegt. Renate Thyssen, die im Juni zum Schätzpreis von etwa 18 Millionen DM die Wienerwald-Aktien von Banken (Schweizerischer Bankverein, Bayerische Landesbank) erworben hatte, sei nicht länger Geschäftsführerin.

Anfang Juli war Jahn, der Ende 1982 Vergleich über seinen weltweit ausgebreiteten Konzern anmelden mußte, aber weiter als Präsident des Verwaltungsrats fungierte, noch als künftiger Außendienst-Leiter unter Führung von Renate Thyssen genannt worden.

Wienerwald besteht heute aus 323 Restaurants (die Hälfte Lizenznehmer), zehn Autobahn-Raststätten und sechs Hotels. Zum internationalen Bereich gehören laut Wienerwald unter anderem fünf Hotels mit 1500 Betten, 60 Restaurants und neun Autobahn-Rasthäuser in Österreich. In Deutschland war die Schweizer Holding bisher durch die Tochter Wienerwald GmbH, München, die Wienerwald 2000 Betriebsgesellschaft und die Tourotel GmbH vertreten, die 235 Restaurants (die Hälfte Franchisenehmer) und ein Hotel in Offenbach betrieb.

1984 setzte die Gruppe netto etwa 247 Millionen Schweizer Franken um (307,4 Millionen DM), die Lizenznehmer kamen auf 133 Millionen Franken (165,5 Millionen DM). Der Umsatz in der Bundesrepublik betrug 1984 etwa 180 Millionen DM, der der Lizenznehmer 155 Millionen DM. Bis zum Vergleichsantrag 1982 hatte der Wienerwald-Konzern etwa 1600 Betriebe mit 27 000 Mitarbeitern.

Neues Pkw-Werk sichert Arbeitsplätze

Daimler-Benz plant in Rastatt Beschäftigungsausgleich mit nahen Lkw-Fertigungen

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Mit dem Bau des dritten Pkw-Werks der Daimler-Benz AG, das – wie berichtet – seinen Standort in der mittelbadischen Stadt Rastatt haben wird, dessen Investitionskosten auf 1,8 Mrd. DM veranschlagt werden und das bei vollem Ausbau rund 7000 Mitarbeiter beschäftigen wird, schlägt das Unternehmen sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe.

Einerseits ist im Hinblick auf die steigenden Lieferzeiten bei den rundum stark gefragten Mercedes-Pkws eine etwas zügigere Anhebung der Produktion angeraten. So muß der Autokäufer beim 190er durchschnittlich zwar „nur" drei bis vier Monate auf sein Fahrzeug warten, beim attraktivsten Modell der Mittelklasse aber, nämlich dem 300 E, reichen die Lieferfristen bereits bis in das Jahr 1988 hinein. Und dies, obwohl Daimler-Benz seine Produktion ständig und stetig ausweitet, im laufenden Jahr 1986 um 54 000 Pkws auf über 595 000 Einheiten. Dabei soll das neue Werk in Rastatt (die zwei anderen Pkw-Werke sind in Sindelfingen und Bremen), wenn alles nach Plan läuft, 1990 zunächst mit Montagearbeiten seinen Betrieb innerhalb des Fertigungsverbundes aufnehmen, um dann Zug um Zug zu größerer Fertigungstiefe überzugehen.

Der zweite, nicht minder wichtige Effekt, der mit jenem neuen Werk erzielt würde, ist ein verbesserter Beschäftigungsausgleich der schon vorhandenen Produktionskapazitäten in dieser Region. Im Blickfeld ist dabei die schon seit einiger Zeit nach dem Ausklingen des Bestell-Booms der Öllander und der durch die schlaffe Baukonjunktur hierzulande andauernde Nachfrageschwäche und daraus entstandene Minderauslastung der Nutzfahrzeugwerke. Daimler-Benz betreibt in „Reichweite" von Rastatt, nämlich in Gaggenau, Mannheim und Wörth Nutzfahrzeugwerke.

Nicht zuletzt besteht in Rastatt selbst bereits ein Werk mit 1300 Beschäftigten, in dem Nutzfahrzeuggetriebe hergestellt werden. Dieses Werk ist Teil des Gaggenauer Werks, das 6700 Mitarbeiter beschäftigt, und vor allem den Unimog und den MB-trac baut. Schon bisher sind immer rund 300 Mitarbeiter für jeweils ein Vierteljahr in die stark beschäftigten Werke des Pkw-Sektors in Sindelfingen und Untertürkheim (Motoren, Aggregate) „abgeordnet" worden. Ein solcher Beschäftigungsausgleich ließe sich mit dem Bau eines neuen Pkw-Werks in Rastatt leichter lösen.

Schon im Mai dieses Jahres hatte Daimler-Benz-Chef Werner Breitschwerdt auf der Bilanz-Pressekonferenz klargemacht, daß es bei einem zusätzlichen Pkw-Standort weniger um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern „in allererster Linie um die Sicherung der vorhandenen" ginge. Seinerzeit bezifferte er die jährlichen Stückzahlen, ab denen sich eine Pkw-Montage (bei Anlieferung der Teile) lohnen würde, auf 20 000 bis 30 000 Fahrzeuge. Die Mindestgröße für eine komplette Pkw-Fertigung, also mit großer Fertigungstiefe, gab er mit 100 000 Fahrzeugen pro Jahr an.

Bei Daimler-Benz verweist man im übrigen darauf, daß es im Falle größerer Schwierigkeiten beim Genehmigungsverfahren in Rastatt Möglichkeiten gebe, ersatzweise die Kapazitäten in Bremen zu erweitern.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

An Shell verkauft

Bartlesville (VWD) – Die Phillips Petroleum Co. hat eine Vereinbarung unterzeichnet, die den Verkauf einer Reihe von Off-shore- und On-shore-Explorations- und Produktions-Liegenschaften an die Shell Oil Co. vorsieht. Bereits im Juli hatte Philipps über Verhandlungen mit der Royal Dutch Petroleum-Tochter über den Verkauf einiger Öl- und Gas-Beteiligungen vor der kalifornischen Küste berichtet. Über den Verkaufspreis machte Phillips keine Angaben. In Kreisen der US-Ölindustrie hieß es dazu, daß der Preis zwischen 200 und 250 Mill. Dollar liege. Nach Angaben von Phillips haben die Verkäufe an Shell und die Veräußerung einer Anlage zur Herstellung von amorphem Kohlenstoff zu Beginn dieses Jahres insgesamt zu dem Verkauf von Aktiva von fast 2 Mrd. Dollar geführt.

Burger nach München

München (dpa/VWD) – Die Burger King GmbH, nach eigenen Angaben mit 41 Gaststätten die zweitgrößte Hamburger-Kette in der Bundesrepublik, ist am 1. Juli von Wiesbaden nach München umgesiedelt. Das Unternehmen mit 82 Mill. DM Umsatz im Jahr 1985 (plus 37 Prozent) will sich künftig „voll" auf den süddeutschen Raum konzentrieren, den bisher die Konkurrenz dominiere, gab das Unternehmen an.

Trennung bei Pieroth

Mainz (dpa/VWD) – Das in Schwierigkeiten geratene Weinhandelsunternehmen Pieroth in Burg Layen bei Bingen hat sich von Werner Klopfer, Geschäftsführer mehrerer Tochtergesellschaften, getrennt. Dies sei ein „technisches Auseinandergehen", erklärte der Frankfurter Rechtsanwalt Wilhelm Schaaf auf Anfrage. Schaaf erstellt im Auftrag der Gläubigerbanken ein Gesundungskonzept der Gruppe. Das Sanierungskonzept laufe gut, betonte Schaaf.

Auftrag für Koppers

Düsseldorf (J. G.) – Die Krupp Koppers GmbH, Essen, erhielt von der Redestillationsgemeinschaft GmbH (Redest), Bochum, den 15 Mill. DM teuren Auftrag zum Bau einer Anlage für die destillative Trennung von Aromaten aus druckraffiniertem Kokerei-Rohbenzol. Diese nunmehr 44. Aromatenanlage, die das Ingenieurunternehmen des Krupp-Konzerns seit 1970 gebaut hat, ersetzt eine 1954 von Koppers gelieferte Anlage durch moderne Technik mit bis zu 50 Prozent Energieeinsparung.

Kredit für Manila

Manila (VWD/AP) – Die Philippinen erhalten von der Weltbank einen Kredit über 504 Mill. Dollar. Präsidentin Aquino hat die Zentralbank unterdessen angewiesen, ein Programm zum Abbau der Auslandsverschuldung von 26 Mrd. Dollar auszuarbeiten.

Superseile für Bangkok

Düsseldorf (J. G.) – Den Vorstoß in eine neue technische Dimension superdicker vollverschlossener Brücken-Drahtseile mit 167 (bisher 122) mm Durchmesser meldet die Thyssen Draht AG, Hamm, mit dem nun gegen starke Auslandskonkurrenz erhaltenen 10-Mill.-DM-Auftrag zur Lieferung von 1200 t Drahtseilen für die neue Menam-Brücke in Bangkok.

Recycling-Papier ist ein Renner

Peter Temming spürt Folgen des schwachen Dollar

THOMAS LINKE, **Hamburg**

Seit November letzten Jahres ist die Peter Temming AG, Glückstadt, an der Börse. Die Emission ist positiv aufgenommen worden, nach Ansicht des Vorstands, der die „erfreuliche Ertragskraft" betont, zu Recht. Der Hauptversammlung am 13. August wird vorgeschlagen, aus dem auf 2,1 (4,1) Mill. DM gesunkenen Jahresüberschuß auf die Stammaktien im Nennwert von 12,75 Mill. DM eine unveränderte Dividende von 5 DM auszuschütten. Für die neu emittierten, ab 1. Oktober 1985 gewinnberechtigten Vorzugsaktien im Nennbetrag von 5,25 Mill. DM wird eine zeitanteilige Dividende von 1.50 DM vorgeschlagen.

Beide Produktbereiche – Papier und der Papierrohstoff Linters, ein Abfallprodukt der Baumwollpflanze, das besonders zellulosehaltig ist – haben 1985 zu einem Ergebnis beigetragen, das Vorstandsmitglied Gerhard Wanko noch „gut" nennt. „Vergessen sie nicht, daß wir 1984 durch Engpässe am Markt und den hohen Dollar im Bereich Linters außergewöhnlich gut verdient haben", erläutert Wanko.

Bei Papier konnte der Absatz um fast 8000 auf 62 500 Tonnen ausgeweitet werden. Besonders erfreut sind die Glückstädter über die Akzeptanz von Recycling-Papieren im Büro: „Der angebliche Trend hin zum papierlosen Büro hat sich zum Glück nicht bestätigt", verkündete der Temming-Vorstand.

Im Produktbereich Linters lagen Absatz und Umsatz leicht unter den Vorjahreszahlen. Hier zeigen sich erste Auswirkungen des sinkenden Dollarkurses. Denn auf dem Weltmarkt für Linters konkurriert Temming fast nur mit US-Firmen: Im Augenblick liegen die Schleswig-Holsteiner auf Platz drei der Weltrangliste der Produzenten.

Den Umsatz von 205,2 (208,3) Mill. DM erwirtschafteten 572 (567) Mitarbeiter. Der Rohertrag ging um drei Prozent auf 87 Mill. DM zurück. Das Ergebnis wird durch eine Rücklage für eine neue Papiermaschine – Kosten: 60 Mill. DM – in Höhe von 10,4 Mill. DM belastet.

Der Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr ist „erwartungsgemäß" – mit einer Unbekannten, dem Dollarkurs. Im Linters-Bereich mit einem Umsatzanteil von 53 Prozent rechnet Temming mit deutlich verringerten Erträgen. Wanko sieht ernsthafte Probleme bei einem Dollar unter 2 DM. Die erfolgreiche Sparte Papier lasse in diesem Jahr wieder ein gutes Gesamtergebnis erwarten.

Rotaprint: Senat beschließt Bürgschaft

rtr, **Berlin**

Der Berliner Senat hat eine an Bedingungen geknüpfte Bürgschaft in Höhe von 10,2 Mill. DM für den in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Druckmaschinenhersteller Rotaprint GmbH beschlossen. Der stellvertretende Senatssprecher Jörg Henschel sagte dazu in einem Interview des Senders Freies Berlin, es sei eine „zusätzliche Liquiditätsleistung von den Banken" erforderlich. Es sei jetzt „an den Banken, sich zu erklären".

Die Berliner Commerzbank, Führerin eines Bankenpools, kritisierte in einer Pressemitteilung, sie sei zunächst nicht von dem Senatsbeschluß unterrichtet worden und kenne auch nicht die Bedingungen der Landesregierung. Sie wisse nicht, ob die von Wirtschaftssenator Elmar Pieroth und Finanzsenator Günter Rexrodt bereits zuvor erhobenen Zehn-Punkte-Forderungen geändert worden seien.

Plural erschließt neue Dienstleistungen

dos. **Hannover**

Der anhaltende Rückgang des traditionellen Gebäude- und Glasreinigungsgeschäfts hat bei der Plural Servicepool GmbH & Co KG, Hannover, zu verstärkten Anstrengungen in anderen Dienstleistungsbereichen geführt. Nach Angaben der Geschäftsführung zählen dazu Objektschutzaufgaben, Sicherheitstransporte, Schädlingsbekämpfung und Hygienedienst.

Das Unternehmen hat den Umsatz 1985 nur unwesentlich auf 52,8 (52,6) Mill. DM steigern können. Im laufenden Jahr wird mit einem kosten- und preisbedingten Zuwachs von gut drei Prozent gerechnet. Beschäftigt werden 4600 Mitarbeiter, darunter 20 Prozent Vollzeitbeschäftigte. Plural gehöre damit zu den führenden Unternehmen der Branche. Das Gebäudereinigerhandwerk erzielte 1985 einen Umsatz von 4,3 Mrd. DM. Plural erreiche im Durchschnitt eine Umsatzrendite von zwei Prozent nach Steuern.

Aktien überwiegend fest

Nachfrage führte zu zahlreichen Plusankündigungen

DW. – In Erwartung eines weiter sinkenden Dollar hat sich das Interesse der Ausländer an deutschen Spitzenaktien verstärkt. Die gewachsene Nachfrage führte in zahlreichen Papieren zu Plusankündigungen. Selbst in den marktgängigen Werten wie Siemens, Deutsche Bank oder VW gab es zweistellige Kursgewinne. Trotz zwischenzeitlicher Glattstellungen des Berufshandels schlossen die meisten Papiere in der Nähe ihrer Tageshöchstnotierungen. Unterstützt wurde die freundlichere Stimmung durch eine fortschreitende Zinssenkung.

Sensationell ist die Kursentwicklung der Puma-Aktien. Sie waren in der Vorwoche auf 450 DM zurückgefallen, wurden jetzt aber zu rund 670 DM notiert. Die Käufer sind eindeutig Ausländer. Ausländisches Interesse will man auch für Springer-Aktien ausgemacht haben, deren Kurs in letzter Zeit bemerkenswert stabil lag. Die Einigung der Opec-Länder auf Förderbeschränkungen löste bei den Ölaktien sprunghaft steigende Notierungen aus. So bei Royal Dutch, Norsk Hydro und auch bei Dt. Texaco. In den Titeln der Großchemie vollzog sich der Wiederanstieg noch zögernd. Sehr fest aber Siemens. Kali u. Salz setzten ihre sprunghafte Aufwärtsbewegung fort. Auflebendes Interesse auch für RWE-Aktien, weil man letztlich davon ausgeht, daß das Aktiengesetz Eingriffen der nordrhein-westfälischen Landesregierung in die Unternehmensführung Grenzen ziehen wird.

Frankfurt: Puma machten mit plus 129 DM einen großen Sprung nach vorn. Flachglas erhöhten um 30 DM und Tucher um 18 DM. Escada zogen weiter um 30 DM an. Nachgegeben haben Holzmann um 10 DM.

Düsseldorf: Conc. Chemie und DAB lagen jeweils um 2 DM fester. Hagen Batterie erhöhten um 3,50 DM und Heinrich um 10 DM. Kochs Adler verloren 4 DM und Verseidag 9 DM. Nordstern verminderten um 30 DM.

Hamburg: Beiersdorf erhöhten sich um 6 DM. Phoenix Gummi waren um 5 DM fester. HEW und Triton legten je 0,50 DM zu. Hapag verloren 0,50 DM und Bremer Vulkan gaben um 5,10 DM nach.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 20 DM höher taxiert. Schering konnten 13 DM, Springer 10 DM und DeTeWe 9 DM zulegen. Berliner Elektro lagen um 5 DM freundlicher. Dt. Hypobank Berlin verloren 6 DM.

München: Aigner stockten um 9 DM, Audi AG um 5 DM und Dywidag um 8 DM auf. Um jeweils 4 DM verbesserten sich Leonische Draht und NAK Stoffe. Patrizier verloren 8 DM und Energie Oberfranken 5 DM.

Stuttgart: DLW erhöhten weiter um 23 DM. WCM legten um 20 DM zu. Zeag verbesserten sich um 9 DM. Württemb. Feuer wurden 15 DM teurer.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 255,52 (249,48)
WELT-Umsatzindex: 4240 (2490)
Advance-decline-Zahl: 144 (110)
50-Tage-Linie: 261,82 (262,52)
200-Tage-Linie: 272,25 (272,06)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Toronto

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Rentenoptionen

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Öffentliche Langläufer aufwärts

Das Auslandsinteresse für langlaufende öffentliche Emissionen hielt an. Dabei waren solche Anleihen bevorzugt, die mit sogenannten Warrants versehen werden können. Hier zogen die Kurse bis zu 0,30 Prozentpunkte an. Angeregt wird das Geschäft sowohl durch Aufwertungserwartungen als auch in Hoffnung auf weiter sinkende Zinsen. Am Pfandbriefmarkt gab es wieder sinkende Renditen. Im Großgeschäft stellten sie sich bei zehnjährigen Emissionen auf 6,50 Prozent, bei fünfjährigen auf 5,60 Prozent.

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	5.8.	4.8.
8 Afr. Entwicklb. 79/87	101G	101G
10 dgl. 82/89	109,5G	109,5G
8 dgl. 84/91	106bG	106bG
9 Air Canada 82/92	111G	111
7¾ dgl. 85/93	105,35bG	105,25
9½ Alcoa 82/89	104,5T	106T
7½ Allied Chem. 84/94	103bG	103,25G
8¼ AMCA Ltd. 83/91	104,25	104,1G
8¾ A.N.A.S. 83/88	105,5	105,25G
8½ dgl. 84/91	108	107,85
5¾ Am. Express 79/87	100,05	100,5

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Um das Limit niedriger lag Kaffee. Uneinheitlich präsentierte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	4.8.	1.8.
Sept.	264,50	263,50
Dez.	264,00	266,00
März	262,50	263,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	234,08	235,88
Am. Durum	200,06	233,66

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.		96,00
Dez.	geschl.	96,80
März		98,90

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.		76,00
Dez.	geschl.	75,90
–		–

HAFER Chicago (c/bush)		
Sept.	103,75	104,00
Dez.	111,25	111,75
März	114,50	113,50

MAIS Chicago (c/bush)		
Sept.	164,00	168,25
Dez.	170,25	174,50
März	181,25	184,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.		83,50
Dez.	geschl.	83,90
März		84,80

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	4.8.	1.8.
Sept.	162,00	164,95

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	4.8.	1.8.
	30,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	17,50	17,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Aug.	15,58	15,78
Sept.	15,75	15,96
Okt.	15,78	16,09
Dez.	16,31	16,58
Jan.	16,40	16,70
März	16,75	17,00
Mai	16,95	17,25

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	16,25	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4 % fr. F.	9,50	9,50

TALG New York (c/lb)		
top white	10,25	10,25
fancy	9,75	9,75
bleichf.	9,50	9,50
yellow max. 10% fr.F	8,50	8,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Aug.	61,05	61,10
Okt.	55,15	55,50
Dez.	53,05	53,45

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Aug.	83,25	83,57
Febr.	77,80	79,00
März	76,85	77,90

Devisenterminmarkt

Am Euromarkt schwächten sich die DM-Zinsen am 5. 8. leicht ab, die Dollar-Terminabschläge notierten erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,38-0,28	1,00-0,90	1,95-1,75
Pfund/Dollar	0,45-0,43	1,24-1,21	2,53-2,48
Pfund/DM	2,10-0,70	4,80-3,40	8,60-7,20
FF/DM	-15+1	28-12	48-32

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5.8.: Tagesgeld 4,50-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5.8.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 5.8.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5.8.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¼-6⅜	4⅝-4¾	4⅝-4⅝
3 Monate	6¼-6½	4⅝-4⅞	4⅝-4¾
6 Monate	6¼-6½	4½-4¾	4⅝-4⅝
12 Monate	6⅜-6⅝	4½-4¾	4⅝-4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 5.8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	955,00	1271,10
5 US-Dollar (Indian)**	580,00	727,60
5 US-Dollar (Liberty)**	340,00	501,60
1 £ Sovereign alt	181,25	229,43
1 £ Sovereign Elizabeth II.	171,75	218,60
20 belgische Franken	132,25	176,99
10 Rubel Tscherwonez	174,00	225,72
2 südafrikanische Rand	164,75	209,48
Krüger Rand, neu	731,50	873,81
Maple Leaf	755,50	901,17
Platin Noble Man	1184,46	1004,00
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	203,50	260,49
20 schweiz. Franken „Vreneli"	147,75	196,94
20 franz. Franken „Napoléon"	141,00	189,24
100 österr. Kronen (Neuprägung)	704,25	858,71
20 österr. Kronen (Neuprägung)	140,25	182,69

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 100,00, Rendite 5,50.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 5.8.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,313	6,45
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,15	5,95
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,50	6,30
Deutsche Bk. $	287,00	25.1.95	139,00	8,93
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	111,97	5,30
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	81,73	5,30
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,26	6,40
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	–	–
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	54,20	6,30
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,31	6,10
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,06	6,65
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,81	6,20
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,09	6,75
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,97	6,65
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,57	6,77
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,70	6,44
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,10	6,32
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,65	6,30
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,70	6,62
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,20	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	113,55	4,48
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,60	4,93
WestLB 503	115,76	3.10.88	105,75	4,28
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,80	5,28
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	–
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,875	8,48
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,75	10,81
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,625	8,84
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	62,25	8,46
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,125	8,37

SCHACH / WM

Kasparow vor erstem Sieg

LUDEK PACHMANN, Bonn

Garri Kasparow steht in der vierten Partie der Schach-Weltmeisterschaft vor dem ersten Sieg über Anatolij Karpow. Das Spiel wurde mit deutlichen Vorteilen für den Titelverteidiger abgebrochen.

Die Notation (Kasparow Weiß): **1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sc3 Lb4, 4.Sf3 c5, 5.g3 cxd4,**

Also eine Abweichung von der zweiten Partie, in der sich Karpow mit Sc6, 6.Lg2 d5!? verteidigte.

6.Sxd4 0-0,

Hier erweist sich Karpows Grundeinstellung, jedes Risiko zu meiden, als nachteilig für ihn. Kasparow bekommt spürbaren und dauerhaften Positionsvorteil. Die bekannte scharfe Variante wäre: 6.... Se4, 7.Dd3 Da5, 8.Sb3 oder Sc2!?

7.Lg2 d5, 8.Db3 Lxc3+, 9.bxc3! ...

Und nicht 9.Dxc3 e5, nebst 10.... d4!

9.... Sc6, 10.cxd5 Sa5,

Nach 10.... exd5 wäre 11.Lg5 stark, nach 10.... Sxd5, 11.Sxc6 bxc6, 12.0-0 erhielte Weiß ein sehr aktives Läuferpaar.

11.Dc2 Sxd5, 12.Dd3! Ld7, 13.c4 Se7, 14.0-0 Tc8, 15.Sb3 Sxc4, 16.Lxb7 Tc7, 17.La6 ...

Etwas überraschend, da der Läufer die lange Diagonale verläßt, aber wohl begründet: Sonst nämlich würde der stark postierte Springer auf c4 ein Ersatz für das Läuferpaar sein.

17.... Se5, 18.De3 Sc4, 19.De4 Sd6, 20.Dd3! ...

Ein interessantes Damenmanöver bringt nun die schwarzen Springer in eine passive Stellung.

20.... Tc6, 21.La3 Lc8, 22.Lxc8 Sdxc8, 23.Tfd1 Dxd3, 24.Txd3 ...

Kasparow erreicht damit eine Stellung, die eigentlich Karpow in seinen Partien anstrebt: Unauffälliger, aber dauerhafter Endspielvorteil. Karpow war hier schon in Zeitnot. Für seine letzten 20 Züge hatte er nur 27, Kasparow aber 45 Minuten Bedenkzeit.

24.... Te8, 25.Tad1 f6, 26.Sd4! Tb6!?,

Nach Ta6 wäre auch 27.Sb5 unangenehm. 27.... Tc6, 28.Lxe7 wie in der Partie. Oder: 27.... Tb6, 28.Sc7 Tf8, 29.Td7.

27.Lc5 Ta6, 28.Sb5 Te6, 29.Lxe7 Sxe7, 30.Td7 ...

Auch das Turmendspiel nach 39.Sxe6 Txe6 wäre leicht gewonnen.

30.... Sg6, 31.Txa7 Sf8, 32.a4 Tb8, 33.e3 h5, 34.Kg2 e5, 35.Td3 Kh7, 36.Tc3 Tbc8, 37.Txc6 Txc6, 38.Sc7 Se6, 39.Sd5 Kh6, 40.a5 e4. Abgebrochen.

BUNDESLIGA / Kölns neuer Libero Morton Olsen schert sich nicht um sein Alter. Der Däne sagt:

„Fußball wird mit dem Kopf gespielt"

MARCUS BERG, Köln

Am Freitag beginnt die 24. Saison der Fußball-Bundesliga. Eine Spielzeit mit noch weniger Stars als zuvor, meinen Skeptiker. Ihre Begründung: Mit den Nationalspielern Littbarski (Köln), Lerby (München), und Förster (Stuttgart) gingen der höchsten deutschen Spielklasse wieder Publikumslieblinge (an Frankreich) verloren. Ausgleich aber kann ein Mann bringen, der bereits 36 Jahre alt ist: Morton Olsen, den der 1. FC Köln verpflichtet hat. Die WELT stellt den Kapitän der dänischen Nationalmannschaft vor.

Otto Rehhagel, Trainer von Werder Bremen, sagt über ihn: „Unglaublich, dieser Mann. Alles, was er macht, tut er mit Sinn und Verstand." Noch höher in der Bewertung greift der dänische Nationaltrainer Sepp Piontek: „Ich habe in meiner bisherigen Laufbahn nur einen vergleichbar guten Libero gesehen: Franz Beckenbauer." Und für den deutschen Nationaltorwart Harald („Toni") Schumacher ist dieser Mann sogar ein Phänomen: „Er ist so fit, daß er eigentlich gar nicht mehr zu trainieren braucht. Er muß nur etwas laufen, um sich bei Laune zu halten." Die Rede ist von Morten Olsen, 36 Jahre alt, Däne, Fußball-Profi, der in der nächsten Saison beim 1. FC Köln auf der *Libero-Position spielen wird.*

Die internationalen Stars zieht es in diesen Tagen eher nach Frankreich oder Italien, wo das Geld locker zu sitzen scheint, mit Morten Olsen aber kommt ein Weltstar in eine Liga, die stark um Anerkennung ringen muß. Warum nur? Er selbst kann es nur so erklären: „Die Bundesliga reizt mich einfach." So wie er es sagt, ist es ihm abzunehmen. Er redet nicht lange drumherum, sondern bringt die Sache direkt auf den Punkt. So auch bei der Frage, warum er ausgerechnet beim 1. FC Köln gelandet ist. Olsen: „Ich hatte nach der WM noch einige andere Angebote, aber die sportlichen Perspektiven gaben den Ausschlag *zugunsten des 1. FC Köln.* Es ist unglaublich, daß Köln zuletzt gegen den Abstieg kämpfen mußte."

Die neuen Kollegen sind zum größten Teil für ihn alles Bekannte. In Brügge, wo er während seiner Tätigkeit beim RSC Anderlecht wohnte, verfolgte er im Fernsehen die Spiele des 1. FC Köln. Schumacher, *Klaus* Allofs oder Pierre Littbarski waren ihm schon lange ein Begriff. Olsen: „Aber auch die Talente wie Thomas Häßler oder Olaf Janßen habe ich aufmerksam beobachtet. Sie sind mit Begeisterung bei der Sache."

Georg Keßler, Trainer beim 1. FC Köln, verspricht sich von dem neuen Mann eine bessere Organisation der Abwehr. Er sagt: „Er ist ein Mann, der Erfahrung mitbringt. Er wird Toni Schumacher entlasten." Auf dem Libero-Posten vor dem Nationaltorwart soll der Däne seine Fähigkeiten einsetzten: Ruhe, Übersicht, Cleverneß im Zweikampf, dynamische Vorstöße und seine für einen Abwehrspieler erstaunlich gute Technik. Für Olsen sind die Zeiten der Kämpfertypen in der Abwehr ohnehin vorbei: „Bei den heute minimalen Leistungsunterschieden im internationalen Fußball muß eine Mannschaft durch die Bank mit guten Technikern besetzt sein."

Der Mann aber, mit dem er immer wieder verglichen wird, scheint wenig von ihm zu halten. Vor dem Gruppenspiel der deutschen Mannschaft gegen Dänemark bei der Weltmeister*schaft in Mexiko fand der Teamchef* Franz Beckenbauer kaum lobende Worte über den Libero. Beckenbauer meinte in der Mannschaftssitzung zu seinen Spielern, Olsen gehe höchstens einmal im Spiel über die Mittellinie und außerdem sei er sehr langsam, also leicht zu umspielen. Harald Schumacher: „Dann haben wir gesehen, wie unheimlich schnell er ist." Nun ja, auch ein Teamchef muß nicht immer richtig liegen.

An das Ende seiner Karriere denkt Morten Olsen, der am 14. August 37 Jahre alt wird, noch keineswegs. Unlängst hat er sich in einem Gespräch mit Harald Schumacher darüber gewundert, daß so viele deutsche Spie*ler schon so früh nicht mehr in der* Nationalmannschaft spielen wollen. Olsen: „In Dänemark spielen wir alle, solange es geht."

Für ihn ist auch nach 14 Jahren der Beruf als Fußballspieler immer noch eher eine Lust als eine Last. Deshalb hat es ihn auch betrübt, daß er sich gleich nach wenigen Trainingstagen in Köln einen Muskelfaserriß zuzog. Er nennt den Grund *dafür: „Nach der* WM habe ich nur 14 Tage pausiert. Das war zu kurz, denn die WM stellt hohe Anforderungen. Ich verlor fünf *Kilo Gewicht* und kam noch ziemlich schlapp nach Köln. Um schnell wieder in Topform zu kommen, forcierte ich das Training zu stark." Auch einem alten Hasen wie ihm unterlaufen noch Fehler. Doch gleichzeitig beweist das auch seinen großen Ehrgeiz, den er mit nach Köln gebracht hat. Er sagt: „Ich glaube, ich kann den hohen Ansprüchen in der Bundesliga noch genügen. Fußball wird schließlich nicht nur mit den Beinen, sondern auch mit dem Kopf gespielt."

Die Kölner sind an diesen Mann mit Weltruf relativ günstig gekommen. Der RSC Anderlecht, mit dem Olsen in der letzten Saison *Meister* Bayern München aus dem Europapokal warf, hat kein Anrecht auf eine Ablöse. Dafür kassiert der Spieler aber kräftig. Es sollen 500 000 Mark netto im Jahr sein. Beim Aushandeln von Geldern und Prämien war Morten Olsen auch immer schon Spitze. Nicht zuletzt deshalb war der 82malige Nationalspieler auch *Mann*schaftsführer der Dänen. Verbandspräsident Carl Nielsens charakterisiert den Unterhändler Olsen so: „Hart, geschickt, aber sehr fair." Das trifft genau auch auf den Spieler Morten Olsen zu.

SPORT-NACHRICHTEN

Michael Opitz verletzt

Gelsenkirchen (sid) – Michael Opitz vom Fußball-Bundesligaklub Schalke 04 erlitt einen Schlüsselbeinbruch und muß mehrere Wochen pausieren. Opitz zog sich diese Verletzung auf *ungewöhnliche* Weise zu. Als er nachts Diebe stellen wollte, die sich an seinem Wagen zu schaffen machten, wurde er gegen eine Hauswand geschleudert, wobei er sich die Blessur zuzog.

Gummersbach: Sperre

Gummersbach (sid) – Der Handball-Bundesligaklub VfL Gummersbach muß bis zum 15. Dezember auf den Isländer Kristjan Arason verzichten. Arasons bisheriger Klub, der Aufsteiger VfL Hameln, verweigert die Freigabe. Bis Dezember wollen die Gummersbacher ihren früheren Spieler Erik Rasmussen jeweils zu den Spielen aus Island einfliegen lassen.

Jochen Mass Siebter

Sears Point (sid) – Der Bad Dürkheimer Jochen Mass wurde mit seinem Partner Darin Brassfield (USA) Siebter beim 300-km-Rennen im kalifornischen Sears Point auf einem Porsche 962. Mass liegt in der Gesamtwertung der amerikanischen IMSA-Serie für Gruppe-C-Sportwagen auf dem neunten Rang.

Nemes und Roßkopf

Düsseldorf (sid) – Die Weltranglisten-Fünfte Olga Nemes (ATSV Saarbrücken) und Jörg Roßkopf (Borussia Düsseldorf) wurden zu Deutschlands „Tischtennisspieler des Jahres" gewählt. Für Olga Nemes stimmten 75 Prozent der Einsender. Jugend-Europameister Roßkopf gewann nur knapp vor seinem Klubkameraden Ralf Wosik.

Rangfolge unverändert

New York (sid) – Der zweimalige Wimbledonsieger Boris Becker und die Heidelbergerin Steffi Graf nehmen in der aktuellen Tennis-Welt*rangliste weiterhin jeweils* den dritten Rang ein. Bei den Herren führt Ivan Lendl (CSSR) vor Mats Wilander (Schweden). Bei den Damen ist Martina Navratilova die Nummer eins vor Chris Evert-Lloyd (beide USA). Claudia Kohde-Kilsch (Saarbrücken) ist Fünfte.

MOTORSPORT

Formel 1 doch weiter mit BMW?

dpa, München

Vor sechs Wochen hatte BMW für das nächste Jahr seinen Rücktritt aus der Formel 1 verkündet. Jetzt sieht es so aus, als würde der Automobil-Hersteller aus München doch noch Motoren liefern. Wolfgang-Peter Flohr, Geschäftsführer der BMW Motorsport GmbH: „Wir gehen davon aus, daß Brabham auch 1987 mit unseren Mo*toren fährt.*" Bernie *Ecclestone,* Chef von Brabham und des gesamten Formel-1-Geschäfts, pocht auf die Einhaltung des Vertrages, der ihm die Lieferung des Vierzylinder-Turbos bis Ende 1987 garantiert. Andernfalls verlangt er eine hohe Entschädigung, im Gespräch sind 20 Millionen Mark. BMW will sich auf solche Spekulationen gar nicht erst einlassen. Flohr: „Wenn Ecclestone darauf besteht, halten wir den Vertrag ein." Und: „Wenn wir noch ein Jahr dranhängen, können wir auch ein oder zwei andere Teams beliefern."

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Stratton Mountain (USA). 1. Runde: Gilbert – Giammalva (beide USA) 2:6, 6:4, 6:1, Krishnan (Indien) – Visser (Südafrika) 6:3, 6:4, Davis – Wilder (beide USA) 5:7, 7:5, 7:6. Pernfors (Schweden) – di Laura (Argentinien) 6:1, 6:2, Curren – Solomon (beide USA) 6:3, 6:3. – **Meisterschaften** von Österreich in Kitzbühel. 1. Runde: Armellini (Italien) – Jelen (Deutschland) 7:6, 6:4, *Skoff* (Österreich) – Maurer (Deutschland) 6:3, 6:3, Perez (Uruguay) – Westphal (Deutschland) 7:6, 6:0, Mezzardi (Italien) – Osterthun (Deutschland) 6:3, 6:2. – **Damen-Turnier** in Montreal. 1. Runde: Pfaff (Deutschland) – Mendell (Südafrika) 6:4, 6:1.

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: FC Kleve – Bayer Uerdingen 1:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: unbesetzt, Jackpot 6 287 474,20 Mark, 2: 314 373,70, 3: 8566,00, 4: 134,40, 5: 9,70. – **Toto,** Elferwette: 1: 153 226,90, 2: 5194,10, 3: 563,30. – **6 aus 45:** 1: unbesetzt, 2: 32 705,80, 3: 1701,40, 4: 40,40, 5: 4,60. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 211,80, 2: 38,00. – Rennen B: 1: 215,30, Rennen B: 93,30. – Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot 36 945,40. (ohne Gewähr).

STAND ● PUNKT / *Zu heiß? Irgendwo ist doch immer Winter*

Wir wissen es ja, für den Hochleistungssport *ist immer* Saison, ist das Jahr durchgehend geöffnet. Tennis in der Halle, Leichtathletik in der Halle, Fußball auch schon. Wenn eben das natürliche Wettkampfwetter gerade nicht herrscht, findet das Spektakel im Saale statt. Es gibt ja schließlich auch Weltmeisterschaften im Angeln ohne Fisch und Wasser (Casting).

Von der Stirne heiß rinnen muß der Schweiß, soll das Werk den Meister loben ... Das ist hier nicht wetterbedingte Zustandsbeschreibung eines normalen deutschen Arbeitsab*laufes in diesen hochgradigen Tagen,* es ist triste Erkenntnis für jeden Athleten: Wenn er im Winter was Großes will, muß er im Sommer dafür arbeiten. Und umgekehrt. Das ist normal geworden. Und so schwitzen wir denn zwischen Badehose und Eis am Stil dem nächsten Großereignis entgegen.

Nein, nicht der Schwimm-Weltmeisterschaft. Der Auftakt im alpinen Ski-Weltcup läßt den Puls rasen. Am Samstag ist es soweit – heiß ersehnt. Die Welt ist groß und rund, der Athlet ein Vagabund – und irgendwo *ist immer Winter. In Argentinien* zum Beispiel, knapp 3000 Meter hoch in den Anden, wo ein Fleischwarenfabrikant sein eigenes Skiparadies anlegen ließ und den gesamten europäischen Ski-Zirkus aus dem Sommer wegkaufte. Nun könnte man meinen, das sei ja gar nicht so schlimm, fahren bräuchte nur der, der will. Doch es gibt Weltcuppunkte, ab Samstag – und dann irgendwann wieder einmal, wenn es in unseren Breiten (hoffentlich) schneit. Also: Keiner hat Lust, aber jeder fährt hin. Diese Punkte im Sommer *sind für den Winter wichtig.*

Und wer es wagen sollte, das ganze eine Eulenspiegelei zu nennen, der wird als arroganter alter Europäer eingeordnet, der nicht über die heimischen Hügel blicken kann. Der deutsche Sportdirektor Weinbuch: „Wir sind ein Weltverband. Die Australier fliegen in ihrem Sommer ja auch in den europäischen Winter zu den Weltcuprennen."

Heißt das nun alpiner Skisport oder andiner Skisport? Man wird ja noch mal fragen dürfen. que

Expressionistische Schattenwelten des Georges Franju

Nur Schwarz und Weiß

Die meisten Programmkinos haben ihn schnöde aus ihrem Filmkanon verbannt, und selbst mancher Cineast reagiert eher ratlos auf den Namen Georges Franju. Denn während seine Kollegen von der Nouvelle Vague Ende der fünfziger Jahre respektlos das Kino der Väter attakkierten, drehte Franju noch immer *Filme, die auf merkwürdige Weise* aus der Zeit fielen und weit entrückten Vorbildern huldigten. Da gab es jene dramatischen Kämpfe zwischen Licht und Dunkelheit zu bestaunen, die schon von den deutschen Expressionisten ausgefochten wurden. Denn für Franju schien der Weg zu den Schattenwelten eines Murnau, Wegener oder Lang stets kürzer als zu den unbekümmerten Bilderstürmern Godard und Truffaut.

Schon in seinen berühmten Dokumentarfilmen „Das Blut der Tiere" und „*Hotel des Invalides*" – beide

Judex – heute, 22.30 Uhr, WDR III
Wahrnehmungen eines Einzelgängers – morgen, 23.30 Uhr, WDR III

sind noch im Rahmen dieser Reihe zu sehen – flirteten Fakten und Phantasie höchst verstörend miteinander. Und auch in seinen *großen* Spielfilmen scheint dieser Regisseur zeigen zu wollen, wie dicht noch immer ein archaisches Grauen unter der glänzenden Oberfläche unserer Zivilisa*tion schlummert. Dabei ist gewiß* nicht jede seiner Geschichten dem faszinierenden formalen Können des Georges Franju ebenbürtig. So muß etwa mancher Dialog angesichts raffinierter Überblendungen und graziöser Kamerafahrten eher banal wirken. Aber fast aus jedem seiner Filme graben sich doch etliche Szenen so tief ins Gedächtnis, daß man sie schwerlich vergessen kann.

So lebt denn auch ein Film wie „Kopf gegen die Wände" weniger von der harschen Kritik an der klinischen Psychiatrie als vom klaustrophobischen Zauber der Anstalt und von Bildern, deren Helligkeit mühsam der Dunkelheit abgerungen zu sein scheint. Auch „Augen ohne Gesicht" funktioniert weniger als klassischer *Horrorfilm* denn als alptraumhaftes Filmpoem, das größten Schrecken mit leisester Zartheit konfrontiert.

Fast immer also grenzen diese Geschichten an die verwunschenen Sphären des Märchens und beschwören eine Welt, in der frevelhafte Doktoren und dumpfe Tyrannen Menschen und Tiere maßlos leiden lassen. Und fast *immer* sind die Helden Gefangene. Entweder im hermetisch abgeriegelten Krankenhaus, im unterirdischen Verließ oder im unsichtbaren Käfig einer Ehe. Auch in „Judex" *kreuzen* die Mächte des Lichts mit denen der Finsternis die Klinge. Freilich nicht auf pathetische, sondern auf jene naiv-romantische Art, in der Louis Feuillade einst seine Stummfilmabenteuer um „Fantomas" oder eben jenen geheimnisvollen Rächer Judex drehte. Franju ging es dabei allerdings nicht um ein schlichtes Remake dieser damals erfolgreichen Serie, sondern erneut um eine phantastisch versponnene und surreal gebrochene Fabel, in der sich zarte Opfer und gemeine Täter in einem un*wirklichen Reigen begegnen.* So bleiben von diesem Film vor allem Bilder haften: vom dämonischen Maskenball, von weißen Tauben in der Nacht und einer Fahrt bis an die Grenze des Totenreichs. Mit dem unentrinnbaren Sog solcher Kameramalerei beweist Georges Franju eindrucksvoll, daß Schwarz und Weiß immer noch die schönsten Kinofarben sind.

WILM HART



Alain Resnais, der literarischste und vielleicht intelligenteste unter Frankreichs Filmregisseuren, führt in seinem Episodenfilm **Das Leben ist ein Roman** (ZDF, 22.40 Uhr) die Filmstile vom Melodram bis zum Science-fiction ad absurdum. Auf unserem Foto Vittorio Gassman und Geraldine Chaplin. FOTO: KINDERMANN

Star aus dem Schwarzengetto

Daß der farbige Labour-Politiker Paul Boateng eine Persönlichkeit mit weiteren Karriereaussichten ist, wurde bei Luc Jochimsens Reportage **Schwarz und erfolgreich** deutlich. Daß als politische Heimat für aufstrebene Farbige nur die Labour-Party in Frage käme, versuchte der Bericht zu suggerieren, obwohl gerade bei Labour Schwierigkeiten mit der Integration der verschiedenen Rassen existieren.

Als Anwalt für Bürgerrechtsfälle erlangte Boateng Popularität. Der Rassendiskriminierung, die er selbst erfahren hat, will Boateng auf lange Sicht ein Ende bereiten. Im nächsten britischen Unterhaus wird er als erster farbiger Abgeordneter seit 1929 sitzen. Um den tristen sozialen Hintergrund für Farbige zu dokumentieren, spielte Jochimsen neben Bildern von Rassenkrawallen, Stücke der aus Brixton stammenden Gruppe „Afrosax" ein. Die mit Ironie versehenen Texte zeigten dann besser als Beispiele der täglichen Diskriminierung, daß auf Boateng noch viel Arbeit warten wird.

*Versöhnlich Jochimsens Schluß*wort. Der Erfolg des „Stars aus dem Schwarzengetto" sei ein Beispiel für die Integrationsfähigkeit des britischen Systems. Bleibt zu fragen, was er als einziger Schwarzer unter 650 weißen Abgeordneten bewirken kann.

HENDZIK GROTH

Eros-Schwulst statt Befreiung durch Fantasy

Wie angenehm, daß die Autoren *Susanne Müller-Hanpft* und Martin Bosboom nicht wieder den in Literatenzirkeln so gerne praktizierten journalistischen Hofknicks machten, sondern schon mal, wenn auch nur rhetorisch, am mürben Sockel ihres Themen-Standbilds schabten.

Das hieß Marion Zimmer-Bradley und meint jene Amerikanerin, 1930 in Albany/New York geboren und äußerlich mehr Gertrude Stein denn Lanzelots Morgaine ähnlich, die hierzulande seit zwei Jahren mächtig „in" ist und für uns vor allem mit solchen Buchtiteln wie „Die Nebel von Avalon", „Tochter der Nacht", aber auch ihren „Darkover"-Romanen zu Rang und Namen kam.

***Abschied vom amerikanischen* Traum** hießen diese 45 ZDF-Minuten, noch untertitelt als die „Erotischen Phantasien der Marion Zimmer-Bradley" – viel versprechend wortreich, doch am Ende eigentlich als zuviel des Guten.

Des Guten?

Nun, daß man die Fantasy-Heroine Zimmer-Bradley immer wieder an ihrem Schreibcomputer die Zähne fletschen sah, eine manisch in blue notes verknallte Mundharmonika sich um *amerikanische Halbprovinz-Impres*sionen winden hörte und eine Jana Marinova immer wieder zwischen den Stonehenge-Steinen robenflatternd stehen und gehen sehen durfte.

Das war zwar ganz schön, signalisierte zugleich aber die Ratlosigkeit in der Annäherung an diese kantige Amerikanerin mit den schönen und vor *allem starken Heldinnen,* sei's in König Arthurs Zirkel oder bei Herrn Caliostro: MZB, die seit ihrem 19. Lebensjahr mit Science-fiction-Heftchen und Soft Pornos das Geld verdiente. Sie ist in Wirklichkeit auch nie etwas anderes als eine in der Wolle gefärbte kommerzielle Autorin gewesen, deren eigene Kreativität auch dadurch noch im Schongang bleiben darf, daß sie sich mit Vorliebe etablierte und möglichst alte literarische Sujets schnappt, deren männliche Helden degradiert und die weiblichen zu den eigentlichen Machern umfrisiert.

Königin der Nacht, Dame vom See, na ja, und so fort, verpappt mit jeder *Menge Eros-Schwulst: Das ist kein* Abschied von amerikanischen Träumen, sondern, im Gegenteil, der perfekte Bückling einer Taktikerin vor den oft kitschigen und maßlos banalen Gesetzen des US-Marktes. Nichts davon „Befreiung durch Fantasy", von subtilem Eskapismus und dergleichen Rechtfertigungskram.

Insofern war der Film doch gedämpft schonungslos, allemal dekuvrierend, nirgends kritiklose Verbeugung.

Man fragt sich eben nur, wo all die Dreiviertelstunden kostbarer Fernsehzeit bleiben für die ungezählten, wirklich guten, meisterhaften, ärmeren, ehrlicheren und vor allem bescheideneren Autoren dieser Welt ...

ALEXANDER SCHMITZ

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber: Kochen
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Manuel
Film von Peter Obrist
12.00 Umschau
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
Die Sportkanonen
15.05 Unsere kleine Farm
Er liebt mich, er liebt mich nicht
15.50 Tagesschau
16.00 „Ich möch zo Foß noh Kölle jon ..."
Erinnerungen an Willy Ostermann
Porträt mit Liedern des Kölner Heimatdichters und Liedersängers anläßlich seines heutigen 50. Todestages
16.45 Computerzeit
Die Welt der Elektronenrechner
Im Herzen des Computers
17.15 Da schau her!
Solar-Autos
Schlittenhunde
Murmeltiere
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Videopoly oder Duponts Verschwinden
Film von W. Deuber und P. Stierlin
21.45 Brennpunkt
Leben in Nicaragua?
22.30 Tagesthemen
23.00 Sport extra
Internationales Leichtathletik-Sportfest in Koblenz
Reporter: Dieter Adler und Michael Schlicksupp
23.30 Show-Bühne
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Grisu, der kleine Drache
15.30 Ferienkalender
16.05 Mickys Trickparade
16.30 Väter der Klamotte
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Robin Hood
Die Kreuzritter
19.00 heute
19.30 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
Portugal in der EG. Was bedeutet das für die portugiesische Jugend?
20.15 ZDF-Magazin
Themen: Sanktionen gegen Südafrika sinnvoll? SPD und DGB lassen Betriebsräte im Stich. Schweizer helfen Berliner Kindern. Dokumentation zu Menschenrechten drüben
Moderation: Fritz Schenk
21.00 Die Profis
21.45 heute-journal
22.10 St. Augustine in Washington
Mutterkirche der schwarzen Katholiken
Film von Dieter Kronzucker
22.40 Das Leben ist ein Roman
Französischer Spielfilm (1983)
Mit Vittorio Gassmann, Ruggerio Raimondi, Geraldine Chaplin
Regie: Alain Resnais
0.25 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Stunde der Fenster
21.15 Pallesen-Pilmark-Show
Unsinn am Klavier
21.45 Hobbythek
22.30 Judex
Französischer Spielfilm (1963)
Regie: Georges Franju
0.05 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Das „Schreibiologische" Zentrum Hannover
19.40 Z. E. N.
19.45 Zwischen Moor und Meer
20.00 Tagesschau
20.15 Hamburger Journal Spezial
21.00 Offerte
21.15 Erbe der Väter (6)
22.10 Die Band
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Regie: Martin Scorsese
„The Band" hieß eine legendäre Rockgruppe, die durch Bob Dylan bekannt wurde. Sie gab im November 1976 in San Franciso ihr Abschiedskonzert. Songs und Interviews lassen die Rock-Scene der 60er Jahre noch einmal lebendig werden
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Ein Platz für Tiere
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST
16.00 Kim (1)
Englischer Spielfilm (1983)
17.30 Five by Five
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
20.10 Detektei Blunt (9)
21.00 9 aktuell
Nur für Baden-Württemberg:
21.15 Forum Südwest
Psychiatrie-Reform:
„Neue Konzepte – Neue Hoffnungen?
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 Fragezeichen
Reizwort: Asylanten
Live-Diskussion mit Zuschauer-Telefon (06131/31031)
Gemeinschaftsprogramm:
22.15 Tod in Hollywood
Amerikanischer Spielfilm (1965)
0.15 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen
18.45 Rundschau
19.00 Showgeschichten
19.45 Der Forellenhof
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Hollywood
Aus der Stummfilmzeit
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Die Buben von Catskill
23.55 Rundschau

SAT 1

15.00 Captain Future
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
Die Mondberge (2)
Anschl.: Die kleinen Strolche
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Jack Duffy
Anschließend: Dies war Aubrey
18.30 APF-blick
18.45 Sport
19.45 Ciakmull
Italienischer Western (1970)
21.30 APF-blick
22.15 M – Ein Männermagazin
Gesellschaftsfähige Horizontal-Dame
22.45 Mit Tennisschläger und Kanonen
Die Primaballerina
Anschließend: APF-blick

1 PLUS

19.00 Reisewege zur Kunst
19.45 Follow me (18)
20.00 Tagesschau
20.15 Graf Yoster gibt sich die Ehre
Die Erbschaft
Die Ritter vom Schlüssel
21.05 Rebellion der Verlorenen (2)
Regie: Fritz Umgelter
22.30 Die Zeitmaschine
Amerikanischer Spielfilm (1960)
Nach dem Roman von H. G. Wells
Mit Rod Taylor, Yvette Mimieux
Regie: George Pal
0.10 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 1. August – Nationalfeiertag der Schweiz
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Endstation Supermarkt
22.30 Leonard Cohen
Halleluja in Moll
Film von Georg Stefan Troller
„Dance me to the end of love" ist Leonhard Cohens letzter Hit. Vor 20 Jahren begann der Kanadier mit „Suzanne" seine Karriere. 1985 kam der 50jährige Sänger und *Dichter auf seiner Welttournee* auch nach Deutschland
23.00 Nachrichten

RTL plus

18.15 Regional 7
18.35 Brigitte zu Besuch
Lack, Leder, Luxus – Trends der Herbst-Winter-Mode 1986/87
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Die Brandstifter
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Man nennt ihn Sacramento
Italienischer Western (1970)
Regie: Giorgio Christallinio
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.15 Wer bin ich?
22.40 Geheimauftrag für John Drake
23.00 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Mann, der Pimperling

C.A. – Verheiratet war sie mit einer wahren Leuchte mathematischer Wissenschaften, dem Professor Pringsheim in München („Der furchtbar süße kleine Mann, der jetzt an der Universität Spectabilität genannt wird"). Die kluge und resolute Hedwig Pringsheim-Dohm (1855–1942), die durch ihre Tochter Katja Schwiegermutter Thomas Manns wurde. Sie muß eine ganz patente Frau gewesen sein, mit dem Blick fürs Wesentliche, durch Ironie gemildert. Das verraten ihre Briefe, die sie ihrer Herzensfreundin, der Frau des Verlegers Albert Langen 1907 bis 1932 schrieb. Hans-Rudolf Wiedemann hat sie jetzt – mit dem obligaten Geleitwort von Golo Mann – in dem Band „Thomas Manns Schwiegermutter erzählt" herausgegeben (Werkstätten-Verlag, Lübeck, 12,50 Mark).

Die Verlegersgattin wohnte ebenfalls in München, aber damals verbreitete man Klatschgeschichten eben noch per Brief. Es heißt da *1907:* Katja lebe sehr zurückgezogen, „da ihr Mann ein rechter Pimperling ist, der nicht viel verträgt..."

1924 ist plötzlich der „Pimperling" die Meßlatte für den Rest der Familie: „Daß mein Schwiegersohn jetzt auf der Höhe seines Ruhmes angelangt ist, wird Dir vielleicht bekannt sein. Erika ist bei der Bühne, wird, hübsch und talentvoll wie sie ist, gewiß ihren Weg machen. Die ersten Schritte auf diesem Wege versucht sie eben in Berlin bei Reinhardt. In Berlin verdient sich auch Klausmann, der nunmehr mit Not und Mühe auf 18 Jahre es gebracht hat (nachdem er sich 17jährig mit der gleichaltrigen Pamela Wedekind verlobte!), seine literarischen Sporen..."

Ende des Jahres 1927 äußert sie: „Urgroßmutter bin ich noch nicht, obgleich meine Enkelin Erika schon eineinhalb Jahre verheiratet ist" (mit Gustaf Gründgens). „Aber das ist eine so komische moderne Ehe, daß sich schon geradezu der Heilige Geist bemühen müßte, um mir Urgroßmutterfreuden zu verschaffen..."

1932 folgt dann: „Unser Nachbar Hittler ist gottseidank zimlich blamiert..." (bei der Reichstagswahl am 13. März 1932 hatten die Nationalsozialisten erhebliche Verluste erlitten). Schon *1907* hatte sie geschrieben: „Denn als ich neulich irgendwo das Wort von Emerson las, nichts ist so ordinär wie die Eile, beschloß ich, es fürderhin zum Motto meines Lebens zu machen. Ja, Kuchen! Es wird fortgewurschtelt."

Lortzings „Hans Sachs" im Heidelberger Schloßhof

Rangelei um Kunigunde

Schloß-Spiele recht und schön. Aber was dabei aufgeführt werden soll neben dem unvermeidlichen „Student Prince", auf den in Heidelberg auch bei eingedämmten Touristenströmen aus den USA gesetzt wird, dazu wurden in den letzten 10 Jahren keine wirklich plausiblen Lösungen angeboten.

In diesem Sommer half die „Renaissance"-Ausstellung nach und erinnerte an eine Oper, die das Interesse am deutschen Mittelalter auf unkomplizierteste Weise thematisierte: Lortzings „Hans Sachs". Anlaß für die Oper war das Jahr 1840; die 400jährige Wiederkehr der Erfindung des Buchdrucks schärfte den Blick für die Vergangenheit, stimulierte für die 48er Revolution. Gegen Ende des Jahrhunderts verpuffte dieser Aufschwall zum selbstgefälligen Mummenschanz. Man tut Lortzing nicht unrecht, wenn man das Stück in die Sphäre nachrevolutionärer Behaglichkeit *um* 1880 versetzt. -

So treuherzig wie sonst ging es diesmal im Heidelberger Schloßhof nicht zu, denn aus dieser Brechung hatte Saskia Kuhlmann pfiffige Ideen entwickelt. Aus dem veränderten zeitlichen Blickwinkel wird der Sängerwettstreit zur Vereinsmeierei in historischem Kostüm. Richard Wagner, der fast 20 Jahre nach Lortzing, *basierend auf dem gleichen Schauspiel* Deinhardtsteins, seine „Meistersinger" schrieb, ist der von König Ludwig zu diesem Nürnberger Stadtfest eingeladene Gast. Der Konfrontation mit dem Meisterwerk ging man durch diesen Seitensprung raffiniert aus dem Wege. Mit dem Sturmgewitter des „Holländers" kommt Wagner in der Postkutsche angerattert, zusammen mit der arg triefnäsigen Cosima.

Spätestens nach der eigentlichen Ouvertüre müßten Frau Kuhlmann nach normaler Berechnung die Ideen ausgehen. Sie läßt aber immer wieder neue Figuren ins Spiel eingreifen, läßt keine Verrutscher ins Mittelalter zu. Natürlich ist es leichter, aus dem Kaiser Maximilian, der am Ende den Dichterfürsten Sachs rehabilitierte, König Ludwig zu machen als aus Sachs Junior einen Ururenkel jenes mittelalterlichen Pferdeschmieds. Doch die Hilfskonstruktion mittels der Zeitmaschine gibt dem biederen Singspiel deutlichen Aufwind, macht es zu einer heimlichen Wagner-Hommage, die ins Bayreuther Beiprogramm gehörte.

Lortzing versetzte sich nicht mit historischer Akribie um Jahrhunderte zurück, sonderen baute auf seinen etwas derben Theaterinstinkt. Seine Typen bemühen sich vergebens, zu Charakteren zu werden. Der joviale Hans Sachs, ein vom Zarenthron gestiegener Dichterfürst mit bürgerlichem Selbstbewußtsein und baritonalem Kavalierston, der bei Peter-Christoph Runge bereits etwas überreif klang. Dann der bramarbasierende, dumm-selbstgefällige van Bettkollegen (Wolfang Babl), um dessen Töchterchen Kunigunde (Maria Russo) sich Sachs mit dem Augsburger Ratsherrn Eoban Hesse (Oskar Pürgstaller) rangelt.

Görg heißt der spitzzüngige Buffo, dem Jürgen Sacher in Ermangelung einer Stolzing-Gestalt heldische Töne verleiht. David Effron spielte mit seinem Eastman Philharmonic Orchestra im wahrsten Sinne des Wortes manchmal etwas neben dem Ensemble, konnte auch schwer einen fülligen Raumklang erzielen, konzentrierte sich aber auf den romantischen Gefühlston. Star des „Hans Sachs", darüber ließ die Aufführung keinen Zweifel, war Richard Wagner, dem sich bei der Vertreibung Sachs' aus seiner Heimatstadt ungute biographische Erinnerungen aufgedrängt haben müssen.

Hier im Finale des zweiten Aktes zeigte sich Lortzing von seiner besten Seite, demonstrierte eine an den „Waffenschmied" erinnernde Ensemblekultur. Doch den „Waffenschmied" drängt unser Repertoire immer mehr ins Abseits. Dorthin, wo wahrscheinlich auch der „Sachs" weiterhin stehen wird. ROLF FATH

Bielefeld: Sieben Künstler zur „Gegenwart der Farbe"

Mozarts Spanplatten

Wenn der Besucher die Treppe emporsteigt, empfangen ihn Ulrich Erbens Etüden: Breite Pinselzüge bringen Farbe in durchscheinenden oder undurchsichtigen Streifen und Feldern auf die Leinwand. Hier kokettiert die Farbe mit ihrem Gemaltsein, dort verdichtet sie sich zu einem schwebenden Feld.

So erlebt man den Auftakt zur „Gegenwart der Farbe", die sieben Künstler in der Kunsthalle in Bielefeld darbieten. Dem Laien ist oft die Farbe alles. Der Kunsthistoriker, besonders der Motivkundler, verdorben von verschossenen Dias und schlechten Schwarzweißfotos, redet oft über Farbe wie der Blinde vom Regenbogen. Da ist eine solche, wenn auch punktuelle Darstellung wie in Bielefeld vielleicht der Anlaß zu einer richtig durchgearbeiteten Großausstellung? Pläne dazu hat es gegeben...

Hier beschränkt man sich auf konzeptuelle Farbmaler – also auf Künstler, die „aus der Farbe heraus" malen. Bei Ulrich Erbens einfachem, aber wirkungsvollem Konzept des Ausbalancierens ästhetischer Gegensätze zieht sich das Bild hinter das Erleben von Farbe(n) zurück. Anders scheint es bei Markus Baldegger zu sein: In seinen informellen Farbvermalungen will die Farbe offenbar kaum bildnerische Gesetze anerkennen.

Das Beziehungsgeflecht von Farbe und Form untersuchen Reimer Jochims und Donald Alberti. Jochims bricht Spanplatten in eigenwillige Formen. Manche pulsieren majestätisch wie ein Mozartsches Metrum. In mehreren Schichten trägt er dann Farbe auf, die zu einer ästhetischen Entsprechung zur Form führt. Zur Umgebung hin wird sie auf mehrfache Weise vermittelt – durch ihr Lichtrelief an der Oberfläche, hervorgerufen durch das Spiel von Licht und Schatten an den dickeren und aufstehenden Partien.

Verwandt mit Jochims scheinen Johannes Geccelli und George Lawson. Lawson bietet auch Monochromie, aber mit einem lebhaften Oberflächenrelief und Tiefe durch das gelegentliche Durchscheinen des Grundes – seine großen, fast quadratischen Leinwände erinnern aber, wenn sie zu einem Triptychon zusammengestellt sind, an Rodtschenko, der die Malerei in den einfachen Grundfarben in den Nullpunkt geführt hat.

Farberlebnis mit Meditation, aber auch konstruktiver Ordnung bietet Johannes Geccelli. Streifen werden selbst Farbe, indem sie andere Farben verdecken, die gelegentlich vorwitzig am Rande der Bilder hervorlugen. Verdichtungen bringen eine schwingende Senkrechtachse hervor, die als zentrales Bildelement dem Auge einen Einstieg in eine Farbwunderwelt bietet.

Eine Ausstellung für den Verstand ebenso wie für die Sinne. Und: Malerei zeigt sich endlich wieder einmal als eine Übung, die geistige Anstrengung und sinnliches Training erfordert. (Bis 31. Aug.; Katalog 28 Mark)

GERHARD CHARLES RUMP

Ein Wiedersehen mit der Künstlerkolonie Barbizon

Hier wird jeder Baum zum Modell

Ihre Bilder sind weltberühmt geworden, sie hängen im Pariser Louvre oder im „Jeu de Paume", Impressionisten aus der Schule von Barbizon: Théodore Rousseau, Auguste Renoir, Claude Monet, Jean-François Millet, Camille Corot, Charles François Daubigny. Damals freilich ging es den Künstlern miserabel: Ständig knapp bei Kasse, weil niemand ihre Bilder kaufen wollte, scharten sie sich in Barbizon um ein gutherziges Gastwirtsehepaar, das nicht ahnen konnte, welchen Wert die Schränke, Wände, Decken und Büfetts einmal bekommen sollten, die die immer hungrigen Schüler von Barbizon bei „Père Ganne" bemalten, um damit ihre Zeche zu begleichen.

1840 vollzieht sich der Bruch mit der traditionellen Kunst: Rousseau und Millet entdecken die herrlichen Landschaften, Wälder und Felder in der Umgebung von Barbizon, die das Auge noch heute originalgetreu wiederfindet, wenn er den Wald von Fontainebleau durchquert hat.

Rousseau läßt sich in Barbizon in der Rue Grande nieder; eine Scheune, direkt neben der Kirche wird sein Atelier. In dieser ärmlichen Behausung arbeitet und wohnt er bis zu seinem Tode. Einige seiner bedeutendsten Werke entstehen hier in den zwanzig Jahren am Ort. Seine Frau bringt jedes Jahr Kinder zur Welt. Die Stimmung zu Hause ist nicht immer rosig, schlägt sich nieder in Rousseaus manchmal düsteren Waldlandschaften. Melancholische Eichen werden zum prägenden Merkmal seiner Werke. Seine Grabstätte auf dem Friedhof von Chailly-en-Bière, wo auch Millet seine letzte Ruhe fand, entspricht dem Charakter seiner Bilder: Eine verlassene Waldgegend, in die sich Touristen kaum verirren.

Barbizon wird berühmt, als George Sand sich zu ihren Künstlerfreunden gesellt. Rousseau, dem sie sich eng anschließt, weckt ihre Phantasie für das ländliche Milieu, indem er sie überall mit in die Dorfhäuser schleppt. Ihre lebensnahen Schilderungen gelangten zu hoher literarischer Bedeutung.

Barbizon zieht immer mehr Künstler an. Die Romanschriftsteller Goncourt amüsieren sich über den Anblick, den die Maler bieten: „Jeder Baum hier scheint ein Modell zu sein, das von lauter Farbtöpfen umringt ist." Verlaine kommt hierher und Henri Murger, dessen Textfragmente für Puccinis Oper „La Bohème" noch heute in der einstigen Auberge von Père Ganne zu sehen sind ebenso wie Illustrationen von Mimi, Rudolf und Musette, die Murgers Malerfreunde auf einer Holzwand verewigt haben.

In dem kleinen Gasthaus, das inzwischen ein Museum ist, lebten Künstler und Intellektuelle wie die Bauern: Morgens früh auf den Beinen, mittags ins Bistro zu „Ganne", der ursprünglich ein Lebensmittelgeschäft mit kleinem Ausschank betrieben hatte. Als sich die Künstlerrunde drastisch vergrößert, funktioniert er sein Geschäft in ein kleines Gasthaus um. *Reich werden kann er an den* Künstlern freilich nicht: Deswegen verwandeln sich Père Gannes Möbel langsam in üppig bemalte Ausstellungsstücke, Schränke, Schubladen, Kommoden werden zur Staffelei – als Gegenleistung für Speis' und Trank. Eines Tages gibt es fast keine Oberfläche in der Auberge mehr, die nicht bemalt ist.

Doch Madame Ganne muß auch auf den Pfennig achten, sie kann nicht unbegrenzt Kredit geben. So bleibt das Büfett geschlossen. Die Wirtin steckt den Schlüssel ein, und verläßt die Gaststube, um sich nicht erweichen zu lassen. Erst nach ein paar Stunden kommt sie zurück und traut ihren Augen nicht: Auf dem verschlossenen Büfett sieht sie, aufgemalt mit feinem Pinselstrich, Töpfe, Pfannen, Schüsseln, alle säuberlich mit Deckeln verschlossen. Man kann sich den Hunger und die Gespräche vorstellen, womit sich die Künstler über den Inhalt der verschlossenen Töpfe den Mund wässerig geredet haben. Madame soll am Ende doch weich geworden sein.

Barbizon übt auch heute noch seine Anziehungskraft auf Künstler aus. In der Rue Grande reiht sich eine Galerie an die andere. Junge Maler treffen sich hier regelmäßig wie auf dem Montmartre. Das bunte Gemisch lockt auch die Touristen aus aller Welt an, weil sich kaum jemand der pittoresken Atmosphäre des Dorfes entziehen kann. Ein Abstecher um die Ecke lohnt sich ebenfalls: Aus der alten Postkutschenstation ist ein originelles Antiquitätenarsenal geworden. Die Inhaberin wohnt in einem der zauberhaften kleinen romantischen Häuser dahinter, dessen Innenwände über und über bemalt sind mit Bildern von Barbizon-Künstlern.

Nach dem Besuch von Barbizon ist ein Abstecher nach Moret sur Loing von Gewinn. *Hier sollte man sich das* Kuriosum vom Ort nicht entgehen lassen, es steht auf dem Hof des Rathauses: Ein Fassadenrest aus dem Jahre 1527, der von einem Haus des Königs François I. stammen soll. Diese Fassade hat 1822 der Kavallerie-Offizier Fortuné de Brack für 2000 Franc gekauft; seine Geliebte sollte dahinter wohnen, Mademoiselle Mars, eine berühmte Schauspielerin. Die Dame aber wollte das Haus in Paris haben; sie ließ es daher Stein für Stein abtragen und auf dem Wasser in die Hauptstadt transportieren. Die Liaison ging allerdings in die Brüche, Mademoiselle starb, ehe sie ins neu zusammengesetzte Haus einziehen konnte. 1956 verkaufte der Compte d'Ussel das Gebäude als Bürohaus, machte jedoch zur Bedingung, daß die Fassade an die Stadt Moret zurückgegeben würde. Hier hat sie nun ihren endgültigen Platz gefunden.

ELISABETH RUGE



Mit Gemälden auf Schränken und Wänden die Zeche bezahlt: „Die Wüste" von Diaz de la Peña



Hier trafen sich die ewig hungrigen Künstler: Der Gasthof von Père Ganne in Barbizon FOTOS: DIE WELT

Belocchios Neuauflage des Films „Teufel im Leib"

Sehenswerte Bettwäsche

Immerhin wirbt Maruschka Detmers für dieses Opus, mit einem Handtuch vor dem Bauch. Und trotzdem erweist sich das Werk dann als ungewöhnlich öde. Regisseur Marco Belocchio konnte sich offenkundig nicht entscheiden, ob er einen Porno drehen sollte oder etwas Ernsteres. Nun ist „Der Teufel im Leib" ein saftloses Mittelding geworden. In ihrer Erwartung nach der einen oder anderen Seite enttäuscht, verlassen die Zuschauer die Vorstellung meist vor dem Ende. Die anderen schlafen meistenteils ein.

Den „Teufel im Leib" hat es schon mal gegeben. Raymond Radiguet schrieb den Roman in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges. Der Autor war keine zwanzig Jahre alt, die von ihm geschilderte Liebe verboten, das Werk also skandalträchtig. Ein Gymnasiast war in melodramatischer Leidenschaft einer verheirateten Frau verbunden, deren Mann seinem Lande unterdessen als Soldat diente. Diese wenig patriotische Gesinnung wurde auch der Verfilmung zum Vorwurf gemacht, die unter der Regie von Claude Autant-Laras 1947 entstand. Für den 25jährigen Gérard Philipe bedeutete sie den Durchbruch. Autants „Teufel" (mit Micheline Presle) ist kein Meisterwerk; die radikale Liebesgeschichte ist zugunsten eines biederen gesellschaftskritischen Ansatzes zurückgeschraubt, in eine Schnulze verwandelt. Dennoch bleiben alle Zuschauer wach.

Das eben fällt bei Belocchio schwer. Er hat sich bemüht, noch etwas Radikalität aus dem Sujet herauszukitzeln. Er verlegt es in die italienische Gegenwart. Der Ehemann dient nun nicht mehr als Soldat, sondern ist Terrorist. Er will aber ins bürgerliche Leben zurückkehren und hat sich schon als Kronzeuge verdingt. Seine Angelobte (Maruschka Detmers) schnappt sich vor seiner Freilassung schnell noch den hübschen *Gymnasiasten (Federico* Pitzalis). Die Koketterie mit einem quasipolitischen Ambiente hat eine Entsprechung auf psychologischer Ebene. Der Vater des Gymnasiasten ist Psychiater und hat das untreue Mädchen mal behandelt. Sie hat einen Knacks. Deswegen lacht sie immer so quietschend wie eine Notbremse.

Doch Charaktere werden so nicht erschaffen, und eine Handlung wird so nicht motiviert. Es gibt eine vereinbarte Situation, aber keine Entwicklung, keine Dramatik. An knöchernen Dialogen hangelt man sich von Bettszene zu Bettszene. Selbst der Kameramann hatte offenbar anderwärtig Besseres zu tun; er hat sein Stativ in einer *Position festgeschraubt.* Da hapert es auch mit der erotischen Spannung. Eine Fellatio-Szene hat im Vorfeld des Films für Gemurmel gesorgt – lohnt sich nicht! Nur die Bettwäsche ist sehenswert. Eines allerdings wird überaus anschaulich: im Wortsinn offenbart sich, was bohrende Langeweile ist.

DIETMAR BITTRICH



Lacht wie eine quietschende Notbremse: Maruschka Detmers in „Teufel im Leib" FOTO: CONCORDE

Die Musiktage in Hitzacker unter neuer Leitung

Nachtmusique für Tiere

Allmählich gerieten die Sommerlichen Musiktage in Hitzacker in den Ruch der Beliebigkeit. Kammermusik vom Barock bis zur Moderne hieß das weitläufige Motto, unter dessen Hut sich eine Woche lang alles vereinte. Und auch die Zeitgenossen, Arrivierte wie Newcomer, beanspruchten einen kleinen Teil im Flekkerlteppich des Repertoires. Das soll nach dem Willen von Eduard Brunner nun anders werden.

Der geschätzte und mit Hitzackers Struktur seit Jahren vertraute Klarinettist hat mit diesen 41. Musiktagen von Günther Weißenborn die künstlerische Leitung übernommen. Weißenborn verabschiedete sich mit einem Mozart-Britten-Mahler-Programm von Hitzacker und gleichzeitig vom Taktstock. Der neue Mann wandte eine Schocktherapie an: Festspiele, meint Brunner, sind schließlich kein kulinarisches Ferienamusement, sondern Erweiterung des kulturellen Horizonts und die Animation, sich auseinanderzusetzen mit den Strömungen neuer Musik.

Brunners Trumpf ist der „composer in residence", einer, dessen Musik die Musiktage wie ein roter Faden durchzieht. Den Anfang machte der koreanische, in Berlin lebende Komponist Isang Yun. Aber Brunner hatte die Rechnung ohne seine Abonnenten gemacht. Aufmerksam hörten sie den Evokationen des Gurus aus dem fernen Osten zu, applaudierten höflich und wagten Widerworte höchstens einmal außerhalb des Konzertsaals und untereinander.

Nun ist Yuns Musik keine, die in ihrer formalen Verschlüsselung und rhythmischen Vielschichtigkeit dem westlichen Hörer leichten Zugang gewährt; der *Asiat Yun ist kein Mann,* der sich eloquent und kontaktfreudig mitzuteilen weiß. Zwischen ihm und den Zuhörern gab es freundlich-höfliche, letzten Endes aber fruchtlose Kommunikation.

Der in zweijährigem Turnus veranstaltete Kompositionswettbewerb droht im provinziellen Mittelmaß zu versanden. Alle Partituren lebten diesmal von geborgter Originalität, lassen hören, daß alles schon einmal schlüssiger dagewesen ist. Abgespulte Spielmusik und Dada-Jux – Hitzackers künstlerisches Management wäre gut beraten, schärfere Maßstäbe anzulegen.

Allmächtiger Star der Tage von Hitzacker war Schubert. Peter Schreier sang makellos und bewegend den „Schöne Müllerin"-Zyklus. Beim Trio Gerhard Oppitz (Klavier), Dmitri Sitkovetzky (Violine) und David Geringas (Violoncello), einem noch jungen Ensemble, verschmolzen die Instrumente klanglich nahtlos ineinander. Und im C-Dur-Streichquintett, dem tiefsten Traum, der in Musik je geträumt wurde, verband sich das junge Salzburger Hagen-Quartett mit Geringas zu einem beispielhaft entrückten, erdenfernen musikalischen Diskurs.

Hitzackers Interpreten-Riege garantierte höchste Kompetenz. Da waren die glänzenden Geiger Dmitri Sitkovetzky und (u.a. mit zwei Bach'schen Solo-Sonaten) Oleg Kagan, glänzende, so virtuose wie musikalische Vertreter der russischen Geigenschule. Da waren David Geringas und Natalia Gutman, beide meisterhafte, unübertreffliche Cellisten. Da war Gerhard Oppitz, ein großartiger, vielseitiger Pianist, so kraftvoll-unverkrampft in der Führung wie von nachdrücklicher Diskretion als Partner des Sängerfürsten Schreier. Und da waren die Atem-Equilibristen, Brunner mit seidenweichem Klarinettenton, Klaus Thunemann, das Fagott aus der Komikerrolle befreiend zum Medium großer Musik.

Die „Nachtmusique" zeigte, daß *Musik nicht nur eine ernste Sache ist:* Hannelore Hoger las, fabelhaft, von vielen Solisten instrumental mit Verve und Witz assistiert, mit Loriots Süffisanz jonglierend, dessen Text zu Saint-Saëns' „Karneval der Tiere". Der musikalische Zoo als Sinnbild Hitzackers: eine Mischung verschiedenster Charaktere und Temperamente. HANS-OTTO SPINGEL

JOURNAL

Bestandskatalog der Stiftsbibliothek Xanten

DW. **Xanten**

Fast 450 Inkunabeln aus den ersten Jahrzehnten nach Erfindung der Buchdruckerkunst sowie seltene Bücher des 16. bis 18. Jahrhunderts gehören zum Bestand der Stiftsbibliothek Xanten. Mit Hilfe des Vereins zur Erhaltung des Xantener Doms wurde jetzt ein Katalog dieser Bibliothek erarbeitet, der nicht nur alle Titel alphabetisch nach Verfassern auflistet, sondern sie zusätzlich auch noch nach Druckorten, Verlegern und Drukkern aufschlüsselt und häufig auch ihre Signete abbildet. Eine Besonderheit des voluminösen Bandes ist darüber hinaus ein gesondertes Verzeichnis der Inkunabeln (Verlag Butzon & Bercker, Kevelaer, 664 S. mit zahlr. Abb., 220 Mark).

Afrika-Kunde an Hamburger Universität

epd, **Hamburg**

Die *Universität Hamburg wird* im Wintersemester 1986/87 einen Nebenstudiengang „Afrika-Kunde" einrichten. Das Lehrangebot setzt sich aus Beiträgen der Fachbereiche Theologie, Rechtswissenschaft, Philosophie, Geschichte, Geologie, Wirtschaftskunde, Orientalistik und Kulturlehre zusammen. Das neue Fach kann mit einem Magisterab*schluß beendet werden.*

Einzige Liszt-Oper wird aufgeführt

dpa, **Bayreuth**

Die einzige Oper von Franz Liszt wird 161 Jahre nach ihrer Pariser Uraufführung am 26. August in Bayreuth im Rahmen des internationalen Jugend-Festspieltreffens erstmals in Deutschland gespielt. Liszt schrieb „Don Sancho ou le Chateau d'Amour" im Alter von 16 Jahren. Die Opernaufführung gehört zu einem dreiteiligen Liszt-Projekt, das sich auch mit seiner Zeit als Hofkapellmeister in Weimar und der Reformierung der Kirchenmusik durch den Pianisten und Komponisten befaßt.

Solisten und Ensembles beim Pantomimen-Treff

DW. **Köln**

Das größte europäische Pantomimen-Festival findet vom 26. September bis 5. Oktober statt. Als Veranstalter präsentieren Milan Sládek und die Stadt Köln zehn Tage lang in 27 Vorstellungen Pantomimen und visuelles Theater. Aus zwölf Ländern West- und Ost-Europas, Amerikas und Asiens reisen 21 Gruppen und Solisten an. Das Schwergewicht liegt in diesem Jahr bei der theatralen Ensembleform.

Hauptplatz von Caere entdeckt

dpa, **Rom**

Archäologen haben bei Cerveteri, nördlich von Rom, den Hauptplatz der Etrusker-Stadt Caere entdeckt. In Cerveteri konnten bislang außer einem großen Gräberfeld kaum Überreste aus dem Leben der Etrusker besichtigt werden. Die Ausgrabungen brachten die Fundamente eines eindrucksvollen Tempels zutage, neben dem offenbar ein großes öffentliches Gebäude mit elliptischem Grundriß gestanden hat, vielleicht die Curia.

Klassische chinesische Opern wieder zugelassen

AFP, **Peking**

Der neue chinesische Kulturminister Wang Meng will 80 Opern des klassischen chinesischen Repertoires wieder zulassen, die seit 1953 unter Aufführungsverbot standen. Wie die englischsprachige „China Daily" berichtete, gehören die Werke der *Pingju-Gattung (aus Peking)* und der in Sichuan (Südwestchina) entwickelten Oper an. Gao, der im Mai zum stellvertretenden Kulturminister ernannt worden ist, versicherte gegenüber der Zeitung, das Kulturministerium wolle eine „aufgeklärte" Politik betreiben und „Reformatoren" des Kultursektors schützen. Er bedauerte, daß Romane oder Filme für soziale Probleme des Landes verantwortlich gemacht würden.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Bei Buddhas Geburt gab es ein Sternenwunder, bis in Detail demjenigen von Bethlehem vergleichbar. Das Christentum ist freilich Offenbarungsreligion, der Buddhismus eine mystische Religion – ein grundsätzlicher typologischer Unterschied, unabhängig von der Wahrheitsfrage, die nur persönlich beantwortet werden kann. Im Band „Buddha für Christen" stellt nun die Herderbücherei Materialien für eine fundierte Auseinandersetzung zur Verfügung. Es werden zunächst die wichtigsten Lehren dargestellt; klug ausgewählte Texte gestatten sodann ein eigenes Urteil. P. F. R.

Erhard Meier/Adel Theodor Khoury: „Buddha für Christen", Herderbücherei, 192 S., 9,90 Mark

Die jungen Frauen, die Razzien und der Heroin-Tourismus

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Sie hieß Anja und lief aus ihrer Therapiestätte in der Bundesrepublik, wo sie von ihrer Drogensucht geheilt werden sollte, weg. Anja fuhr nach Amsterdam. Dort angekommen hatte sie aber weder ein Dach über dem Kopf noch genügend Geld in der Tasche. Notgedrungen hauste sie eine Zeitlang mit einem Freund in einem alten ausrangierten VW-Käfer. Um an die tägliche Heroindosis zu kommen. ging Anja – wie Hunderte anderer drogensüchtiger Frauen in Amsterdam – „auf den Strich".

Anja war in einer aussichtslosen Situation. Ein Teufelskreis, aus dem es für sie kein Entrinnen mehr gab. Ihr Gesundheitszustand wurde immer schlechter. Durch exzessiven Drogenkonsum hatte sie ein solches Stadium der Leberzirrhose erreicht, daß die Ärzte eines Amsterdamer Krankenhauses ihr keine Chance mehr gaben. Kurz darauf starb die aus Nürnberg stammende Anja in Amsterdam. Sie ist nicht einmal 30 Jahre alt geworden.

Die Geschichte dieses Mädchens ist ein tragischer, aber auch typischer Fall des „Heroin-Tourismus", wie er in einer breit angelegten Studie jetzt erstmals wissenschaftlich untersucht wurde. „Bezeichnend ist", sagt Drogenforscher Dirk Korf von der Universität Amsterdam, unter dessen Leitung die Fallstudie mit dem gleichnamigen Titel „Heroin-Tourismus" erarbeitet wurde, „daß die meisten heroinsüchtigen Frauen in Amsterdam aus der Bundesrepublik Deutschland kommen."

Die Deutschen bilden die größte Gruppe

Überhaupt – so stellt die Untersuchung fest, und bestätigt damit die bisherigen Schätzungen – ist die Gruppe der Deutschen unter den aus 22 verschiedenen Ländern stammenden ausländischen Drogensüchtigen in Amsterdam mit Abstand die größte. Mindestens 475 deutsche Drogenabhängige lebten im Erhebungszeitraum (Juli 1985) in Amsterdam. Die „Pendler", die nur für einen Tag oder ein Wochenende kommen, sind dabei nicht berücksichtigt.

Sie sind nicht die einzigen. Auch viele süchtige Italiener strömten in den letzten Jahren scharenweise in die Großstadt an der Amstel. „Wobei wiederum auffällt, daß darunter relativ wenige Frauen sind", sagt Dirk Korf. Das Durchschnittsalter der in der Studie befragten 97 drogenabhängigen Personen lag bei 27 Jahren. Festzustellen ist auch hier: Die weiblichen Abhängigen waren insgesamt wesentlich jünger als die männlichen.

Dirk Korf hat für die Tatsache, daß drogenabhängige Deutsche so zahlreich nach Amsterdam kommen und Mädchen und Frauen aus der Bundesrepublik darunter vergleichsweise überrepräsentiert sind, nur eine für ihn sinnvolle Erklärung parat: „Der Familienverband, vielleicht überhaupt die gesamten Sozialstrukturen", so meint er, „sind in Italien noch besser intakt als in der Bundesrepublik." Korf folgert daraus, daß es für eine Italienerin auf Grund der intensiveren familiären Einbindung viel schwieriger ist, bereits im Teenager-Alter das Elternhaus zu verlassen. „Deutschen Mädchen fällt das offensichtlich leichter."

Verhaftungen sind an der Tagesordnung

Der wichtigste Grund aber, warum so viele Süchtige aus dem Ausland nach Amsterdam pilgern, liege darin, „daß die meisten von ihnen bereits vor ihrer Einreise in die Niederlande Schwierigkeiten mit der Justiz in ihrem Heimatland hatten". In Amsterdam, das nach wie vor das Image einer freien und toleranten Stadt hat, erhoffe man sich Straffreiheit und eine „sorgenlosere" Existenz. Genau das Gegenteil aber tritt meist ein.

Seit die Stadtverwaltung ihre Haltung in der Drogenfrage radikal geändert hat und ihre „Entmutigungspolitik" gegenüber der Drogenszene konsequent fortsetzt, sind auch in Amsterdam Razzien, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Anklagen an der Tagesordnung.

Und in Abstimmung mit der Haager Regierung ging man auch verstärkt dazu über, ausländische Drogenkonsumenten rigoros in ihre Heimatländer abzuschieben. Amsterdam als „Drogenasyl" hat ausgedient – so die neue vom sozialdemokratischen Bürgermeister Ed van Thijn eingeleitete Linie.

Obwohl Crack, die neue derzeit in den USA grassierende Todesdroge, in Amsterdam noch nicht aufgetaucht ist, scheint der „Drogen-Tourismus" trotz der härteren Gangart der Behörden in diesem Sommer wieder zuzunehmen. Das zumindest könnte man aus den jüngsten Zahlen schließen. Im ersten Halbjahr dieses Jahres starben in Amsterdam mit 27 Personen wieder mehr junge Menschen an den Folgen einer Überdosis Heroin als im gleichen Vorjahrszeitraum (20 Tote). Darunter war nicht nur die Nürnbergerin Anja, sondern auch der aus Herdecke stammende Klaus-Dieter.

WETTER: Wärmer

Lage: Das Wetter wird von einem Hoch bestimmt, das sich von Südwestfrankreich nach Nordosten bis zur Ostsee erstreckt, nur der Nordwesten wird im Tagesverlauf von der Warmfront des Tiefs bei Irland gestreift. Insgesamt wird wieder wärmere Luft herangeführt.

Vorhersage für Mittwoch: Im Nordwesten im Tagesverlauf Bewölkungsaufzug, aber nur im Küstenbereich vereinzelt leichter Regen. Temperaturen 19 bis 21, nachts 12 bis 15 Grad. Im übrigen Deutschland überwiegend sonnig und Anstieg der Temperaturen auf 23 bis 28 Grad, tiefste Werte nachts um 15 Grad.

Weitere Aussichten: Freundlich, im Südwesten aufkommende Gewitter.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.54 Uhr*, Untergang: 21.00 Uhr; **Mondaufgang:** 7.24 Uhr, Untergang: 22.04 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 6. Aug., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik 12 · Stockholm 16 · Paris · München 14 · Wien · Dubrovnik 21 · Nizza 22 · Rom 18 · Madrid · Lissabon 19 · Malaga 22 · Palma 25 · Tunis 26

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	17	bd
Bielefeld	20	he
Braunlage	17	bw
Bremen	20	he
Dortmund	19	bw
Dresden	18	bd
Düsseldorf	19	bw
Erfurt	22	he
Essen	17	bw
Feldberg/S.	9	bw
Flensburg	19	bw
Frankfurt/M.	23	bw
Freiburg	20	bd
Garmisch	15	R
Greifswald	16	R
Hamburg	21	bw
Hannover	20	he
Kahler Asten	15	bw
Kassel	21	he
Kempten	15	R
Kiel	21	he
Koblenz	22	bw
Köln-Bonn	18	bw
Konstanz	18	bd
Leipzig	21	bw
List/Sylt	15	bw
Lübeck	20	bw
Mannheim	24	he
München	19	bd
Münster	18	bw
Norderney	18	bw
Nürnberg	21	he
Oberstdorf	14	R
Passau	20	bd
Saarbrücken	17	bw
Stuttgart	20	bw
Trier	20	bw
Zugspitze	5	R

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	30	he
Amsterdam	17	he
Athen	33	he
Barcelona	26	he
Belgrad	31	he
Bordeaux	21	he
Bozen	31	wl
Brüssel	17	bw
Budapest	30	wl
Bukarest	31	wl
Casablanca	27	he
Dublin	15	bw
Dubrovnik	28	bw
Edinburgh	13	Rs
Faro	23	wl
Florenz	32	wl
Genf	20	bd
Helsinki	27	he
Hongkong	30	bw
Innsbruck	20	bw
Istanbul	30	wl
Kairo	32	wl
Klagenfurt	24	bd
Konstanza	28	he
Kopenhagen	19	he
Korfu	32	wl
Las Palmas	23	he
Leningrad	28	wl
Lissabon	22	he
Locarno	27	he
London	19	bw
Los Angeles	20	bd
Luxemburg	17	bw
Madrid	26	wl
Mailand	26	wl
Malaga	27	he
Mallorca	29	he
Moskau	24	he
Neapel	28	he
New York	25	he
Nizza	23	he
Oslo	19	he
Ostende	17	he
Palermo	28	wl
Paris	19	he
Peking	24	bw
Prag	22	bw
Rhodos	28	wl
Rom	30	wl
Salzburg	19	bd
Singapur	31	bw
Split	30	he
Stockholm	20	bd
Straßburg	22	he
Tel Aviv	30	he
Tokio	29	he
Tunis	31	he
Valencia	27	bw
Varna	31	he
Venedig	27	he
Warschau	31	wl
Wien	22	bd
Zürich	18	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Ein Archäologe aus Dänemark ist den Vorfahren der Lübecker auf der Spur

FOTO: AP

Ein Holzwall erzählt Geschichte

An einer der ältesten Grabungsstellen in Deutschland versucht zur Zeit der dänische Archäologe Hellmuth Andersen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Vor- und Frühgeschichte der Hansestadt Lübeck, Licht in das Dunkel der Geschichte des Abodriten-Stammes zu bringen. Die Aufmerksamkeit des Dänen, ein Ausgrabungsspezialist für befestigte Anlagen in Nordeuropa, gilt dem sogenannten slawischen Burgwall (Foto).

Wie die Analysen von Holzproben ergaben, legte der slawische Stamm der Abodriten den Wall 819 um Alt-Lübeck zum Schutz gegen Feinde an.

Die Abodriten, damals Verbündete Karls des Großen im Kampf gegen die Sachsen, beherrschten von Alt-Lübeck aus, einer Siedlung am früheren Zusammenfluß von Schwartau und Trave, den Handelsweg von der Ostsee ins Innere des Landes.

Der aus Erde, Holz, Lehm und Torfplatten gebildete Wall, der das Gebiet mit 107 Meter Länge und 78 Meter Breite umschloß, war 13 Meter breit und 3 Meter hoch.

Mit sogenannten Holzpackungen dehnte dann der Abodritenfürst Gottschalk (1044–1066) den Wall auf eine Breite von 25 Metern aus. Ihren geschichtlichen Höhepunkt erlebte der Stamm, dessen genaue Herkunft bis heute ungeklärt ist, unter der Führung von König Heinrich. Die strategisch so günstig gelegene Befestigung wurde zur Residenzstadt erhoben. Mit dem Übertritt von Heinrich zum Christentum wurde auch eine Kirche gebaut. Der Standort des Gotteshauses ist heute aber nur noch am Fundament erkennbar. Verschwunden ist auch das Gold, das einst in den Gräbern der Familienmitglieder des Fürstenhauses lag, die in der Kirche bestattet worden waren. Das Gold ging bei Raubgrabungen Mitte des vergangenen Jahrhunderts verloren.

Um die Siedlung, die 1138 abbrannte und zur Gründung des heutigen Lübeck rund sechs Kilometer nordöstlich der alten Stätte auf dem Hügel Buko führte, bemüht sich Andersen seit zehn Jahren. Gemeinsam mit seiner Frau und Strafgefangenen aus der Hansestadt gräbt er jeden Sommer für vier Wochen. GEORG BAUER

„Gummistopper" und „Gleiter" für Motorräder

hd, München

Die Zahl der schweren und häufig sogar tödlich verlaufenden Unfälle von Motorradfahrern könnte durch geringfügige Veränderungen an ihren Maschinen auf ein Minimum reduziert werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine vierjährige Untersuchung des HUK-Verbandes.

Rund ein Drittel aller tödlichen Motorradunfälle sind „Alleinunfälle". Sie ereignen sich fast ausschließlich in Kurven durch Wegrutschen der Maschine oder durch „Überbremsen". Die Analyse von 300 solcher Unfälle, experimentelle Simulation und Computerberechnungen haben ergeben, daß die Unglücksfahrer zumeist von ihrer eigenen Maschine verletzt oder getötet werden: Sie rutscht schneller über die Fahrbahn als der nach vorn geschleuderte Fahrer und begräbt ihn unter sich.

Wie die Untersuchung ergab, kann das Motorrad jedoch gebremst und sogar in seiner Richtung gesteuert werden. Zwei Gummi-„Stopper" über dem Schwerpunkt und ein unten angebrachter „Gleiter" machen es möglich. Die aufwendigen Versuche unter Leitung von Professor Max Danner haben überdies gezeigt, daß ein mit dieser Neuerung ausgestattetes Motorrad in der ursprünglichen Richtung weiterrutscht und den Gegenverkehr nicht gefährdet.

Der Farbfilm feiert 50. Geburtstag

Anfang August 1936 flimmerte in Berlin der erste deutsche Tonfilm in Farbe über die Leinwand: „Das Schönheitsfleckchen" mit Lil Dagover als Madame Pompadour unter der Regie von Rolf Hansen. Der Stoff des französischen Dichters Alfred de Musset wurde nach dem Opticolor-Berthon-Siemens-Verfahren verfilmt. Damalige Kritiker fanden die Farbqualität des Films relativ gut. Nur die Bildhelligkeit war ihrer Ansicht nach bei der Projektion auf die Leinwand zu schwach.

Auch bei der Operette „Frauen sind doch bessere Diplomaten", 1939 bereits mit dem Agfacolor-System gedreht, zeigten sich die Farben noch verschwommen und ausdruckslos. Erst ein zweiter Versuch – „Die Goldene Stadt" (1942) – zeigte, daß Agfacolor Zukunft hatte. Einer der technisch besten Filme jener Jahre war 1943 „Münchhausen".

Der deutsche Film verfügte damals über bemerkenswerte technische Einrichtungen, die bei Kriegsausbruch als die besten Europas galten: 27 Filmateliers, Trickstudios, Anlagen für Mikro-Aufnahmen und Spezialeinrichtungen für Unterwasserfilme.

Deutschland lag nur drei Jahre hinter der Entwicklung des amerikanischen Technicolor-Verfahrens zurück, das damals mit dem später Weltruf erlangenden Farbfilmsystem nur wenig Ähnlichkeit hatte.

Agfacolor, der Dreifarbenfilm, funktionierte einfacher und war billiger. Trotz starker Farbschwankungen wurden bis 1945 fünfzehn Farbfilme in dieser Technik gedreht. Mit durchschnittlich 80 Filmen jährlich nahm die deutsche Produktion abendfüllender Filme hinter den USA den zweiten Rang in der Welt ein.

Als eine Kombination von Farbfiltern und Farbdruck wurde 1922 das erste Technicolor-Verfahren entwickelt. Wegen der hohen Kosten ließen einige Produzenten oft nur den Schluß des Films in Farbe drehen. Zu Rot kamen blaue und gelbe Negative in die Kamera. Auf diese Weise ergaben sich ganz neue Farbstufen. Szenen, die sich in einem Salon abspielten, waren in einem gelblichen Sepiaton gehalten, während die Nachtbilder einer Waldgegend in eine blaugrüne Mischung getaucht waren. Feuersbrünste fanden stets auf rötlichem Zelluloid statt, Mondscheinszenen auf bläulichem. Nach einem eigenen Verfahren unternahm auch die Sowjetunion 1936 das erste Farbfilm-Experiment, übernahm aber nach dem Zweiten Weltkrieg das deutsche Agfacolor-Verfahren.

Lange hatte man geglaubt, Farbfilme könnten ausschließlich in Ateliers gedreht werden, aber der Regisseur Henry Hathaway fing schon 1936 in sehr guten Farbbildern die Romantik der Wildnis ein.

David O. Selznick machte das Technicolor-System mit „Vom Winde verweht" 1939 populär. Seither hat sich der Farbfilm immer mehr durchgesetzt. Schwarz-Weiß wird fast nur noch als Stilmittel eingesetzt.

JOSEF LUCKE (dpa)



Mit Lil Dagover als Madame Pompadour begann 1936 die Ära des deutschen Farbfilms. FOTO: DPA

Fast jeder zehnte Deutsche ist verwitwet

Bonner Forschungsauftrag zur Lage von sechs Millionen Menschen / 85 Prozent der Betroffenen sind Frauen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

In Inhaltsverzeichnissen und Stichwortlisten offizieller Publikationen kamen sie bisher in aller Regel nur im Zusammenhang mit „Witwenrenten" oder „Witwerrenten" vor – jetzt hat das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit erstmals eine Sonderauswertung der amtlichen Statistik zum Problem der „Verwitwung" vorgenommen und zeigt das Ergebnis vor: Sechs Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind verwitwet, das heißt: Fast jeder zehnte Bürger des Landes hat den Tod eines Ehepartners erlebt und ist keine neue Ehe eingegangen.

Die Bedeutung von Kindern und Verwandten

Trotz des Millionenschicksals „mit gravierenden Auswirkungen auf alle Lebensbereiche" gibt es bisher keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse darüber, wie die erste Zeit nach dem Tode des Ehepartners gelebt wird, stellt das Bundesfamilienministerium fast etwas erschrocken fest. Niemand hat sich offensichtlich bisher um Auflistung der Probleme und Schwierigkeiten bemüht, womit man sie bewältigen kann, wie sie erleichtert werden könnten – oder wie sie zusätzlich durch Unverständnis der Umgebung erschwert werden. Familienministerin Rita Süssmuth hat deswegen ein Forschungsprojekt vergeben, das die „Bewältigungsmuster", die Bedeutung von Kindern und Verwandten „sowie die Notwendigkeit anderer Stützungssysteme untersuchen soll".

Bisher vorliegendes Material soll angeblich beweisen, daß irgendwann immer für den übrigbleibenden Teil des Ehepaares ein „neuer Lebenssinn" gefunden wird. Dennoch ist aber der Anteil verwitweter Menschen (vor allem älterer Frauen) mit „dem Gefühl von Nutzlosigkeit und Enttäuschung" immerhin so groß, daß vom Familienministerium festgestellt wird: „Ein wichtiges menschliches Potential unserer Gesellschaft liegt brach."

Das soll jetzt anders werden: Mit dem Modellprojekt „Familien helfen Familien" setzt man sich von Staats wegen dafür ein, daß der Erfahrungsvorsprung älterer Menschen für die jüngere Generation zugänglich wird und daß „die im Verlauf eines ganzen Lebens gewonnene Kompetenz älterer Frauen in die nachbarschaftlichen Hilfe- und Unterstützungssysteme einbezogen wird".

Bis Ende 1983 hat das Familienministerium in Tübingen ein Modell gefördert, in dem ältere Frauen zur aktiven Gestaltung ihres Lebens ermutigt werden sollten. Angesprochen waren damals vor allem berufstätige Frauen kurz vor dem Ausscheiden aus dem Berufsleben, aber auch „Frauen, die auf Grund des Verlustes ihres Partners ihre Situation als besonders krisenhaft erleben". Nachteil der „Modellvorhaben" ist es immer, daß ihre staatliche Förderung irgendwann einmal ausläuft, und daß dann Länder und Gemeinden einspringen müssen.

Die wenigsten denken wieder ans Heiraten

Über 85 Prozent der in der Bundesrepublik Deutschland Verwitweten sind Frauen, und ebenfalls soviel Prozent sind davon älter als 60 Jahre. Die Wiederverheiratungsquote bei Witwen, von denen mehr als ein Viertel zum Zeitpunkt des Todes ihres Mannes jünger als 60 Jahre war, ist außerordentlich gering. Lediglich „junge Witwer", so das Familienministerium, heiraten überwiegend wieder.

Über die wirtschaftliche Situation von Witwern und Witwen sagen die jüngsten Untersuchungen, daß nur sechs Prozent der Männer und neun Prozent der Frauen ein Niedrigsteinkommen von weniger als 600 Mark im Monat haben. 30 Prozent der Witwen verfügen über weniger als 1000 Mark im Monat, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß sie während der Zeit der Kindererziehung nicht berufstätig waren und daher keinen eigenen Rentenanspruch erwerben konnten. Hier soll die Berücksichtigung von Erziehungszeiten in der Rentenberechnung helfen.

Der Schicksalsschlag der „Verwitwung" wirkt sich offenbar auch so auf die Persönlichkeit aus, daß Beschwerden über die eigene Situation ausbleiben. Obwohl die Wohnverhältnisse Verwitweter, hier wieder vor allem älterer Witwen, gravierende Mängel aufweisen und sie schlechter als die Verheirateter gleichen Alters sind, hört man nur von rund zehn Prozent der Betroffenen Klagen. Immerhin: „In bezug auf die Wohungsausstattung und die Umweltbelastung wünschen 20 Prozent Verbesserungen."

Die Vorstellung, Alter und Verwitwung seien gleichbedeutend mit Einsamkeit und Isolation kann nach Angabe des Familienministeriums nicht aufrechterhalten werden: Nur 20 Prozent der Verwitweten haben am Wohnort keine Verwandten.

Carolins Mann bekommt Ärger mit dem Militär

e. a. a. Rom

Der Ehemann von Prinzessin Caroline von Monaco, Stefano Casiraghi, kann sich über die Geburt seiner Tochter Charlotte nicht recht freuen. Nur 24 Stunden, nachdem er zum zweitenmal Vater geworden ist, droht dem 26jährigen italienischen Staatsbürger aus Como der Einberufungsbefehl zum Militär. Erst jetzt wurde bekannt, daß Stefano Casiraghi 1979 bei der Musterung zurückgestellt worden war, da er den Behörden ein ärztliches Attest vorgelegt hatte, aus dem hervorging, daß er einen Tumor in den Geschlechtsorganen habe und daher „vorübergehend zeugungsunfähig" sei. Ein Richter in Turin bestätigte, daß Casiraghi im Verdacht stehe, sich absichtlich – und möglicherweise mit betrügerischen Methoden – vor der Einberufung gedrückt zu haben. Bereits 1984, als die Nachricht von Carolines erster Schwangerschaft durch die Welt ging, war Casiraghi vom Militär vorgeladen worden, aber aus unbekannten Gründen nicht untersucht worden. Selbst seine zweite Staatsbürgerschaft – bei seiner Hochzeit 1983 erhielt er die monegassische – befreit Casiraghi nicht vom Wehrdienst in Italien. Das Gesetz besagt, daß Italiener mit Doppelstaatsbürgerschaft nur dann freigestellt werden, wenn sie diese schon vor ihrem 18. Lebensjahr besaßen.

Segler für US-Marine

AP, Washington

Der Marineminister der Vereinigten Staaten, John F. Lehman, hat den Bau eines Rahseglers in Auftrag gegeben. Das Schulschiff soll 1990 fertiggestellt sein und zwei Jahre später an den Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas teilnehmen. Derzeit verfügen die USA nur über einen Rahsegler für Ausbildungszwecke: die zur Coast Guard gehörende Bark „Eagle", die 1936 als „Horst Wessel" bei Blohm und Voss vom Stapel gelaufen ist.

In Kiesgrube ertrunken

dpa, Braunschweig

Polizeitaucher haben gestern in einem Kiesgrubensee bei Braunschweig die Leichen zweier Kinder gefunden. Das sechsjährige Mädchen und ihr ein Jahr jüngerer Bruder waren mit den Eltern zum Baden und Grillen an den See gefahren. Als ein Unwetter aufzuziehen schien, wollte die Familie aufbrechen. Während die Eltern packten, gingen die Kinder noch einmal zum Wasser.

Mord aufgeklärt

dpa, Madrid

Ein spanischer Schafhirte hat gestanden, am Wochenende einen 28jährigen deutschen Touristen in der Nähe von Alar del Rey (Provinz Palencia) ermordet zu haben. Wie die Polizei gestern bekanntgab, habe der Hirte den Deutschen umgebracht, als dieser die Vergewaltigung seiner Freundin zu verhindern suchte.

52 Tonnen Zahngold

dpa, Madrid

Weltweit sind im vergangenen Jahr 52 Tonnen Gold für Zahnfüllungen und -kronen verwendet worden, wie jetzt die Zeitschrift „Gold 86" in Barcelona meldete. Das Fachblatt berichtet weiter, daß für Goldmünzen 108 Tonnen Gold verarbeitet worden seien (14 Prozent weniger als 1984).

Mutter unter Verdacht

AP, Miami

Unter dem Verdacht, in ihrer Luxuskabine auf dem Kreuzfahrtschiff „Emerald Sea" ihre 18 Monate alte Tochter getötet zu haben, befindet sich in Miami (Florida) eine 28jährige Frau in Haft. Das offenbar erwürgte Kind wurde am Montag entdeckt – fünf Tage nach dem Brand, der zur Evakuierung des Schiffes vor den Bahamas geführt hatte.

Unwetter in Österreich

dpa, Wien

Nach tagelanger tropischer Hitze gingen gestern in den Morgenstunden im Osten und Süden Österreichs Wolkenbrüche nieder. Es kam zu Erdrutschen, durch die Bahnverbindungen unterbrochen wurden. Nach Blitzschlägen gerieten mehrere Bauernhöfe in Brand. In Kärnten wurde ein Maurerlehrling vom Blitz getroffen und schwer verletzt.

ZU GUTER LETZT

Unter den Gastgeschenken für den französischen Staatspräsidenten Mitterrand befindet sich auch „der schwarze Stein mit den Fossilien von Bundeskanzler Helmut Kohl", schrieb die „Hannoversche Allgemeine Zeitung".